

INHALT

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Kostenfalle Bewerbungen 3
 Die Verteidigung des Existenzminimums erfordert Hartnäckigkeit und Kreativität. Kleine Tipps für den Hartz-IV-Alltag

Es geht um jede Menge Kohle 4
 Koalition des Klüngels forciert Bau neuer Kohlekraftwerke

ver.di verkauft Beschäftigte 4
 Der Abschluss bei der Telekom und die Folgen

Alles Lug und Betrug 5
 Kleines Einmaleins der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Kritisches zum Abschluss der IG Metall

Wer hat Angst vorm schwarzen Block? 6
 Eine Einschätzung der Straßenschlacht von Rostock

Vom Arbeitsamt nach Afghanistan 7
 Die Bundeswehr rekrutiert Nachwuchs in den Jobcentern

ZEITLUPE

Das Wunder von Madrid 8
 Eine historisch-fiktive Reportage über die Ereignisse vom 7. November 1936

GLOBALES

Chávez und die Medien 9
 Der Sender RCTV und die angebliche Demokratisierung der Kommunikation

Greenkett vs Inicjatywa Pracownicza .. 9
 Ein Interview mit zwei militanten Gewerkschafterinnen

Massive Streiks im öffentlichen Sektor 10
 Solidaritätserklärung der Zabalaza Anarchist Communist Federation

In Europa funkelt's, in China dunkelt's 10
 Schillernde Schmucksteine sind der Tod für chinesische ArbeiterInnen

HINTERGRUND

Mutti kocht und Vati schafft 12-13
 Mensch wird nicht als Frau geboren, Mensch wird dazu gemacht. Geschlechterverhältnisse im Spiegel der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik

KULTUR

Die Unterwerfung unter die abstrakte Zeit .. 14
 Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus

Flemings Ticket 15
 Zum Alltagsmythos James Bond

Work is Freedom. Freedom is work 15
 Ein Roman über die Schöne neue Welt der Arbeitslosen

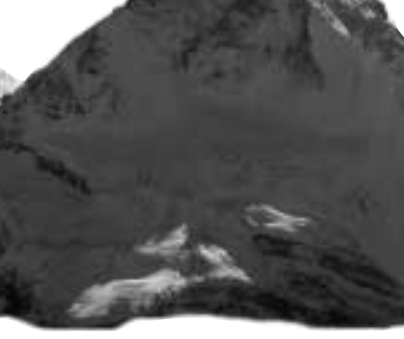
Im Schatten des Gipfels

Deutsche Globalisierungsgewinner in Lateinamerika

Ungeachtet der Proteste gegen den G8-Gipfel in Deutschland wurden im Schatten des Gipfelspektakels wie eh und je von den Globalisierungsgewinnern Deutschlands gute Geschäfte gemacht. Der lange stagnierenden Binnenkonjunktur und dem Rückgang der Massenkaufkraft steht seit Jahrzehnten der boomende Export gegenüber – Deutschland ist der Exportweltmeister. Wer die USA für den Hauptschuldigen weltweiter Ausbeutung hält, übersieht leicht, dass selbst im „Hinterhof“ der USA, in Lateinamerika, deren Stellung nicht unangefochten ist. Das deutsche Kapital ist auch ohne Freihandelsabkommen der Europäischen Union ähnlich wie Spanien massiv in Lateinamerika vertreten.

So stiegen von 2004 bis 2006 die gesamten Investitionen in Lateinamerika um 15 Mrd. auf 60 Mrd. US-Dollar. Es gibt geradezu einen Ansturm des deutschen Kapitals auf die Filetstücke der Industrien in den größeren Ökonomien: 22 Mrd. deutsche Direktinvestitionen in Brasilien, 17 Mrd. in Mexiko – die beiden größten Länder, in denen deutsches Kapital Schlüsselpositionen in mehreren Industriebranchen innehat. „Dabei handelt es sich vorrangig um die Branchen KFZ und KFZ-Teile, Chemie, Pharmazie, Elektrotechnik und Maschinenbau. Damit bleibt diese Region von strategischer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft“, so Peter Rös-

ler, stellvertretender Geschäftsführer des Ibero-Amerika-Vereins (IAV) mit Sitz in Hamburg an der Alster. Dem Verein haben sich zahlreiche Firmen angeschlossen; es ist ein Zentrum ihrer Selbstverständigung über ihre Expansionsstrategien in Lateinamerika mit guten Verbindungen in die alte und neue



Bundesregierung: „Im Wege des diplomatischen Geleitschutzes kann der Bund bei auftretenden politischen Problemen für deutsche Investitionen schnell und effektiv Abhilfe schaffen“, wie Rösler schreibt.

Eine zentrale Schaltstelle hierbei ist die Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft (LAI). Diese wurde 1994 vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und dem Ibero-Amerika-Verein gegründet. Dazu gesellten sich der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels und der Bundesverband deutscher Banken. Vorsitzender der Initiative ist Ludwig Georg Braun, Präsident des DIHK. In Ihrem Selbstverständnis heißt es: „Zielsetzung der

Lateinamerika-Initiative ist die Verbesserung des Gesamtimages der Region in Deutschland sowie die Sicherung und der Ausbau der deutschen Wirtschaftsposition, insbesondere des Mittelstandes in Lateinamerika.“ Als feste Einrichtung hierfür wurde ein Gesprächskreis Lateinamerika eingerichtet. Mitglieder sind von der Bundesregierung das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie von den Kapitalverbänden die Mitglieder der LAI sowie der Sprecher der deutschen Auslandshandelskammern in Lateinamerika. Zusätzlich veranstaltet die LAI die Lateinamerika-Konferenz der deutschen Wirtschaft und organisiert Delegationsreisen und Informationsveranstaltungen.

Wie Kapitalismus funktioniert, wird aus den „Wirtschaftlichen Mitteilungen“ des Ibero-Amerika-Vereins deutlicher als aus dem Globalisierungsgerede deutscher PolitikerInnen. So heißt es in dem Papier „Investieren in Paraguay“: „Es gibt eine Reihe von Faktoren, die ein Direktengagement in Paraguay attraktiv machen könnten. Der gesetzliche Mindestlohn liegt bei 210 US-Dollar im Monat ... In Paraguay spielt die Einkommenssteuer praktisch keine Rolle.

Fortsetzung auf Seite 11

Nachgelegt

Gewerkschaft wendet sich an Beschäftigte im Klinikum Wahrenndorff

Nachdem die Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB) in einer gemeinsamen Aktion mit dem DGB-Ortskartell Lehrte und ver.di gegen das gewerkschaftsfeindliche Vorgehen der Geschäftsleitung des Klinikums Wahrenndorff demonstriert hatte, dem sich eine internationale Protestmailkampagne anschloss (siehe DA Nr. 181), wandte sie sich nun in zwei Schritten direkt an die Beschäftigten.

Traurige Berühmtheit

Das Klinikum Wahrenndorff in Sehnde-Ilten ist dank der Öffentlichkeitsarbeit, die die GGB in den letzten Monaten entfaltet, und der Unterstützung, die sie dabei von einer Vielzahl von gewerkschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen erhielt, keine unbekannte Größe mehr. Die privatpsychiatrische Klinik in der Nähe von Hannover ist gerade durch sich stetig verschlechternde Arbeitsbedingungen und immer wieder einsetzende Angriffe auf gewerkschaftliche Strukturen zu trauriger Berühmtheit gelangt.

In den Prozessen, die in den Monaten April und Mai vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Hannover geführt wurden, musste die Geschäftsleitung jetzt allerdings mehrere Schlappen einstecken. So gingen mehrere Klagen auf tarifliche Bezahlung zugunsten der Beschäftigten aus. Außerdem wurden neun der zehn außerordentlichen Kündigungen gegen insgesamt vier Betriebsratsmitglieder der

kämpferischen ver.di-Liste nicht ersetzt. (Der Betriebsrat hatte seine Zustimmung verweigert, weshalb deren „Gültigkeit“ bzw. „Rechtmäßigkeit“ von den Arbeitsgerichten entschieden werden musste.) Damit sind diese hinfällig; über eine Sonderkündigung wird derzeit noch verhandelt. Spätestens mit diesen Prozessen wurde deutlich, auf welche Weise Kündigungsgründe in der Klinik wahrheitswidrig zustande kommen können.

Kontaktverbot per Arbeitsvertrag

Mittlerweile drohen allerdings schon neuerliche Angriffe auf die Beschäftigten, die auch direkte Auswirkungen auf die PatientInnen zur Folge haben werden. So wird derzeit über den Entwurf eines sog. „Verhaltenskodex“ verhandelt. Dieser Kodex soll Bestandteil der Arbeitsverträge werden. Danach soll es Beschäftigten untersagt sein, freundschaftliche, sexuelle oder andere, nicht professionelle Beziehungen zu Schutzbefohlenen zu unterhalten. Diese Weisung erstreckt sich ausdrücklich auch über die Entlassung der PatientInnen und BewohnerInnen hinaus. Zudem wird per „Kodex“ ein absolutes Redeverbot über „Klinikinterne“ Angelegenheiten außerhalb des Kreises der Klinikbeschäftigten verhängt. Dieses gilt auch gegenüber den eigenen Angehörigen. Aufgrund der schwammigen Formulierung fallen dann nicht nur tatsächliche Betriebsgeheimnisse darunter, son-

dern jedwede Informationen, beispielsweise über die Arbeitsbedingungen.

Da die Formulierung absolut ist, fallen theoretisch auch sämtliche Verbindungen zu Lebens- oder EhepartnerInnen, Kindern, FreundInnen oder KollegInnen darunter, sobald sie die Klinik einmal als PatientIn betreten haben. Die GGB sieht in diesem „Kodex“ einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von PatientInnen und Beschäftigten und damit einen Verstoß gegen verfassungsmäßig garantierte Rechte.

Paroli bieten

Mit einer Flugblattaktion wandte sich die GGB deshalb am 5. Mai direkt an die Beschäftigten im Klinikum Wahrenndorff. Darin wurden sie dazu aufgerufen, ihre Rechte als ArbeitnehmerInnen wahrzunehmen und sich miteinander zu solidarisieren. Ein Ziel sollte es sein, sich in einer kämpferischen Betriebsgruppe zusammenzuschließen.

Die Flugblätter wurden zeitgleich in den Klinikbereichen Ilten und Köthenwald verteilt; Unterstützung erhielt die GGB dabei von den KollegInnen anderer Branchengewerkschaften der FAU Hannover. Am 29. Mai erneuerte die GGB ihren Aufruf: um noch mehr MitarbeiterInnen zu erreichen, sandte sie die Flugblätter per Post direkt auf die Stationen und in die Wohnbereiche zu den Beschäftigten.

Nandor Pouget, GGB Hannover

CATWALK



DA im Internet

Die Direkte Aktion ist ja schon seit längerem in die FAU-Homepage eingebunden – aber etwas schwierig zu finden. Ab jetzt könnt Ihr über <http://www.direkteaktion.org> die DA direkt abonnieren oder Euch einen Überblick über die letzten Ausgaben verschaffen. Die Ausgaben ab Nr. 170 stehen als PDF zur Verfügung. Der weitere Ausbau der Seite ist in Planung.

Soli-Sampler für G8

Etwas spät ist das Label mit der schwarz-roten Fahne zwar mit seinem Beitrag zu den G8-Protesten, aber dafür hat Falling Down Records eine internationale Musikauswahl unterschiedlichster Richtungen (Punk, Reggae, Songwriter...) zu günstigen 5,- Euro zu Stande gebracht. Und der Sampler macht auch nach Heiligendamm Sinn, denn der Erlös des Samplers mit 24 Songs fließt an Opfer der staatlichen Repression. Nähere Infos gibt es auf: www.falling-down-records.de.ms Bestellungen sendet Ihr am besten an falling-down@gmx.de oder per Post an Falling Down Records, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster.

Kauf Dich glücklich

Der Syndikat-A Medienvertrieb hat jetzt einen neuen Onlineshop. Unter <http://www.syndikat-a.de> könnt Ihr neben Büchern, Broschüren, Tonträgern, Buttons usw. jetzt auch drei CDs von Fred



Alpi, einem der derzeit bekanntesten libertären französischen Musiker, bestellen. Die FAU organisiert übrigens eine Tour mit Fred Alpi in diesem Herbst.

FAU-Ticker

+++ während des Jahreskongresses (25.-28.05.07) gab es Arbeitsgruppen zu den Themen Gewerkschaftsstrategien, Statuten, Internationales, IT-Syndikat und 30 Jahre FAU
 +++ bei der DA wurden die Redaktionen für Zeitlupe, Kultur und Letzte Seite sowie das Layout neu besetzt +++ das A.M.S.E.L. der FAU beteiligte sich am traditionellen Ostermarsch unter dem Motto „Deizid statt Genozid“. Alle Hefen ihrer anarcho-syndikalistischen Flugschriftenreihe stehen auf www.fau-amsel.info.ms zum Herunterladen bereit +++ das Bildmaterial zu einem Lichtbildvortrag der A.M.S.E.L. „120 Jahre Haymarket – Die deutschen Anarchisten in Chicago“ ist jetzt mit einigen ergänzenden Artikeln als DIN A 4-Heft (90 Bilder auf 60 Seiten) druckfrisch bei FAU-MAT zu bestellen. Bei Interesse an Gedenkveranstaltungen am 11.11., dem Hinrichtungsdatum, wird der Lichtbildvortrag gerne zur Verfügung gestellt +++ am 17. Juni fand in Hannover das Regionaltreffen Nord statt. Kiel wurde als neue Ortsgruppe aufgenommen und gleich mit der Regionalkoordination betraut +++ nächstes Regionaltreffen Nord: 2. September in Hamburg +++

Frisches Blut für die Direkte Aktion: Auf dem FAU-Kongress zu Pfingsten sind einige Aufgaben neu verteilt worden. So sind zur Kultur-Redaktion zwei Genossen dazu gestoßen. Für die Letzte Seite gibt es demnächst eine eigenständige Redaktion, Zeitlupe und das Layout sind vollständig neu besetzt worden. Schließlich wurde auch jemand für die Betreuung und den langfristigen Ausbau der Internetpräsenz der Direkten Aktion gefunden. (Wegen der Neubesetzungen hat sich auch die Postanschrift der DA geändert. Die neue Anschrift ist auf der letzten Seite zu finden.) Wir dürfen gespannt sein auf die nächsten Ausgaben ...

Die aktuelle Ausgabe widmet sich wie immer den Themen, die aus Sicht einer anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft wichtig sind. Dazu gehören, neben den Arbeitskämpfen, die auch anderswo stattfinden, natürlich der Streik bei der Telekom und der Tarifabschluss der IG Metall. Die Fakten sprechen da eigentlich für sich. Und natürlich ist auch der G8-Gipfel bzw. die Bekämpfung der Proteste dagegen Thema. Hier zeigt sich auf mehr als nur beunruhigende Art und Weise, mit was für staatlichen Repressionen in nächster Zeit noch zu rechnen ist.

Auf zwei Artikel mit weniger tagespolitischer Ausrichtung möchte ich ganz besonders hinweisen: Der Hintergrund-Artikel greift zwar eine aktuelle Diskussion auf, stellt sie aber in den Kontext einer langen Entwicklung des Geschlechterverhältnisses. Und im Kulturteil können wir einiges darüber lernen, dass die Vorstellungen von Zeit, die uns heute selbstverständlich vorkommen, da wir mit ihnen aufgewachsen sind und es gar nicht anders kennen, überhaupt gar nicht so selbstverständlich sind.

Viel Spaß beim Lesen,
 Holger (letztmalig Layout)

In der DA 180 hatten wir unsere LeserInnen gebeten, gestempelte Briefmarken an die Aboverwaltung zu schicken. Wir wollen sie einer libertären Bibliothek im Kosovo zukommen lassen – die Kinder dort sind ganz wild darauf. Bis heute erreichten uns viele Spenden, dafür herzlichen Dank! Es gab auch die Zusage über drei ganze Alben – nur leider ist diese wichtige E-Mail unauffindbar. Meldet Euch doch bitte nochmal!

Viele Grüße,
 die Aboverwaltung



Versammlung während des Jahreskongresses der FAU (Pfingsten)

SYNDIKATE, ORTSGRUPPEN UND KONTAKTE DER FREIEN ARBEITER/INNEN-UNION (FAU-IAA)

- REGION NORD**
- Bielefeld c/o „Umweltzentrum“, August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr, jeden 1. Do. im Monat libertäre Filme in der Kneipe im AJZ, faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de
 - BREMEN FAU-IAA LOKALFÖDERATION BREMEN, Postfach 10 56 74, 28056 Bremen, fauhb@fau.org, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, (0162) 38 29 46 7
 SYNDIKAT DER LOHNABHÄNGIGEN UND ERWERBSLOSEN (SLE-FAU), sle-hb@fau.org, c/o FAU Bremen
 - Bremerhaven . . Kontakt über Bremen
 - Flensburg c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
 - Hamburg FAU-IAA HAMBURG, Fetsstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, fauhh@fau.org, (040) 43 22 124
 - Hannover UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, TIERMEDIZINISCHES SYNDIKAT, tiermedizin@fau.org, GEWERKSCHAFT GESUNDHEITSPROFESSUREN (GGB), ggb-hannover@fau.org
 - Kiel FAU-OG KIEL, fauki@fau.org
 - Lübeck Kontakt über OG Hamburg
- REGION WEST**
- Bochum Kontakt über FAU DORTMUND, faudo@fau.org
 - Bonn FAU-OG BONN, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Alstadt, (0228) 90 93 171, E-Mail: faubn@fau.org, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
 - Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, faudo@fau.org
 - Duisburg FAU DUISBURG LOKALFÖDERATION, Querstr. 38, 47178 Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Bürgerhof“, Sternbuschweg 97, 47057 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, faudu@fau.org, www.fau-duisburg.tk
 - Düsseldorf . . . FAU DÜSSELDORF, ALLGEMEINES SYNDIKAT, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, faud@fau.org, www.fau-duesseldorf.org
 - Krefeld (02151) 39 42 70
 - Moers c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, faumo@fau.org
 - Münster FAU MÜNSTER, c/o Emma-Goldman-Zentrum, Dahlweg 64, 48153 Münster, faums@fau.org, www.fau.org/ortsgruppen/muenster, Treffen: 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Dahlweg 64 (Organisatorisches), 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Don Quijote, Scharnhorststr. 57 (offenes Diskussionstreffen)
- REGION OST**
- Altenburg fauabg@fau.org
 - Berlin Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, faub@fau.org, (030) 287 008 04, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, Offenes Büro freitags 16.00 - 20.00 Uhr
 ALLGEMEINES SYNDIKAT, 2. und 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, asy-b@fau.org, (030) 287 008 04
 BILDUNGSSYNDIKAT, 1. und 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr, bsy-b@fau.org, (030) 287 008 05
 KULTURSYNDIKAT, 1. und 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, ksy-b@fau.org, (030) 287 008 06
 GNLL BERLIN-BRANDENBURG, Treffen jeden letzten Do. im Monat 20.00 Uhr, faugrs@fau.org
 Stammtisch PFLEGE UND GESUNDHEITSWESEN: 2. Donnerstag im Monat 19.00 Uhr im Café Walden, Choriner Str. 35, gesundheit.asy-b@fau.org
 FAU-Tresen in der Lunte jeden 2. und 3. Mo. ab 20.00 Uhr, Weisestr. 53, Neukölln, U8 Boddinstr.
 - Dresden FAU DRESDEN, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 - 20.00 Uhr, fau-dd@gnuviech.info
 - Frankfurt/O. . . . FAU-IAA, c/o Utopia, Berliner Straße 24, 15230 Frankfurt/Oder, fauff@fau.org, www.fau-ffo.de
 - Göttingen FAU-IAA GÖTTINGEN, c/o Buchladen „Rote Straße“, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
 - Gransee FAU-IAA ORTSGRUPPE UND GNLL/FAU LANDWIRTSCHAFT BERLIN-BRANDENBURG, faugrs@fau.org, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsburg
 - Halle/Saale c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-KONTAKT
 - Leipzig c/o „Libelle“, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 17.00 - 18.00 Uhr, leipzig@fau.org
 - Magdeburg FAU MAGDEBURG, faumd@fau.org, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstrasse 13, 39104 Magdeburg
 - Potsdam FAU POTSDAM, Hermann-Elflein-Straße 32, 14467 Potsdam, (0177) 639 50 60, faupdm@fau.org, www.fau-potsdam.de, Treffen des ASy jeden Fr. 19.00 Uhr, Präsenzzeiten jeden Donnerstag 17-19 Uhr, FAU-Tresen jeden 2. und 4. Do. ab 19.00 Uhr in der OLGA, Charlottenstraße 28 in Potsdam
- REGION SÜD**
- Aschaffenburg . Kontakt über Frankfurt/M.
 - Dachau Kontakt über München
 - Dreieich Kontakt über Frankfurt/M.
 - Frankfurt/M. . . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, fauffm@fau.org
 - Freiburg FAU-ORTSGRUPPE, c/o Infoladen Freiburg, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg, faufr2@fau.org, Treffpunkt jeden 3. Fr. im Monat um 20.00 Uhr in der KTS (dann machen wir dort immer eine Veranstaltung)
 - Gießen FAU-ORTSGRUPPE UND BILDUNGSSYNDIKAT, c/o „Infoladen Gießen“, Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, faugi@arcor.de, faugi@fau.org, www.ak44.de, jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats, jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend / Café Sabotage – offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen“
 - Lich FAU-ORTSGRUPPE, Postfach 1215, 35420 Lich, fauli@fau.org
 - Mainz Kontakt über Frankfurt/M.
 - München Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0173) 40 48 195, faum@fau.org, www.faum.de – öffentliches Treffen jeden Mi. ab 19.00 Uhr in der Schwanthaler Str. 139 (Rg)
 ALLGEMEINES MÜNCHNER SYNDIKAT ERWERBSLOSER UND LOHNABHÄNGIGER (A.M.S.E.L.), offenes Treffen jeden 2. und 4. Do. ab 19.19 Uhr im EineWeltHaus in der Schwanthalerstraße 80 (Rg), www.fau-amsel.info.ms (0179) 72 06 614
 - Neustadt/W. . . . FAU-ORTSGRUPPE, Postfach 2066, 76829 Landau, faunw@fau.org
 - Nürnberg fbnbg@gmx.de
 - Tübingen c/o Infoladen „Grenzenlos“, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
 - Wiesbaden GNLL-KONTAKT, über Frankfurt/Main
- SCHWEIZ**
- FAU-CH Postfach 580, CH-8037 Zürich
 - Bern FAU BERN, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, bern@fauch.ch
- BUNDESWEITE BRANCHEN-KOORDINATIONEN**
- BILDUNGSSYNDIKATE:**
 bsy-public-info@list.fau.org, www.bildungssyndikat.de
 GNLL/FAU LANDWIRTSCHAFT:
 Berlin-Brandenburg, über Gransee, gnll@fau.org
 GNLL/FAU NATURKOSTINDUSTRIE: über Hamburg
- REGIONALKOORDINATIONEN**
 NORD: KIEL | WEST: DÜSSELDORF (reko-west@fau.org) | OST: POTSDAM | SÜD: FRANKFURT/M.
- GESCHÄFTSKOMMISSION DER FAU-IAA**
 Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, geko@fau.org
 INTERNATIONALES SEKRETARIAT DER FAU-IAA
 Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Postfach 2043, 30020 Hannover, Germany, is@fau.org
- INTERNATIONALE ARBEITER/INNEN-ASSOZIATION (IAA)**
 IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, secretariado@iwa-ait.org, www.iwa-ait.org

Kostenfalle Bewerbungen

Die Verteidigung des Existenzminimums erfordert Hartnäckigkeit und Kreativität. Kleine Tipps für den Hartz-IV-Alltag

Man sollte meinen, dass das Konzept des „soziokulturellen Existenzminimums“ einfach zu verstehen ist: Der Mensch braucht einen bestimmten Geldbetrag im Monat, um menschenwürdig leben zu können. Dass dieser Betrag mit 347 Euro nicht gerade hoch bemessen ist, wenn man bedenkt, dass man hiervon auch noch ca. 50 Euro für Anschaffungen und Reparaturen zurücklegen soll, sollte eigentlich jedem klar sein. Dennoch mindern viele Arbeitsagenturen das Einkommen ihrer „Kunden“ noch zusätzlich, indem sie z. B. sinnlose schriftliche Bewerbungen oder das Erscheinen zu Vorstellungsgesprächen anordnen, ohne dafür die Kosten vollständig zu übernehmen. Wenn die Arbeitsbehörden die Verfassung ernst nehmen, müssten sie alles tun, um solche indirekten Kürzungen zu vermeiden. Stattdessen werden Sachbearbeiter, die sich hier besonders hervortun, zum Teil noch mit Prämien belohnt. Mit diesem Artikel haben wir ein paar Informationen zusammengestellt, die Euch helfen sollen, dieser schändlichen Verwaltungspraxis zu begegnen und den vollen Kostenersatz im Zusammenhang mit Bewerbungen durchzusetzen.

Bewerbungskosten abwälzen

Die Kostenerstattung für schriftliche, E-Mail- und Telefonbewerbungen muss vorher bei der Arbeitsagentur beantragt werden und setzt die Arbeitssuchendmeldung voraus. Hier empfiehlt es sich, beides in einem zu erledigen. Pro Jahr kann die Arbeitsagentur bis zu 260 Euro erstatten. Meistens werden 5 Euro pro Bewerbung ausgezahlt, so dass wir uns auf 52 Bewerbungen pro Jahr beschränken sollten. Die Tatsache, dass es auf die Kostenerstattung keinen verbindlichen Rechtsanspruch gibt, darf uns in keinem Fall zur Resignation verleiten.

Um die Erstattung durchzusetzen, reichen wir eine übersichtlich gegliederte Liste mit allen Bewerbungen und entsprechenden Belegen ein, d.h. Antwortschreiben, Anschreiben, E-Mail-Ausdrucke, Einzelkostennachweise für Telefongespräche. Unsere Telefonnummer und unsere E-Mail-Adresse machen wir aus Gründen des Datenschutzes unkenntlich. Für Bewerbungen, die weniger als 5 Euro gekostet haben, beantragen wir die Pauschale, für die anderen Bewerbungen verlangen wir die vollen Kosten, die wir, mit entsprechenden Nachweisen versehen, fein säuberlich aufgelistet haben. Nun liegt es an dem Sachbearbeiter, den für ihn bequemsten Weg zu wählen und unserem Antrag in vollem Umfang stattzugeben. Sonst kann er sich auf jede Menge Arbeit gefasst machen, die er genauso hasst wie wir.

Denn sollte unser Antrag abgelehnt werden, muss von der Arbeitsagentur sorgfältig und nachvollziehbar begründet werden, warum es uns zuzumuten ist, die Kosten selbst zu tragen. Insbesondere bei Hartz-IV-Betroffenen ist dies fast unmöglich, weil Bewerbungskosten nicht im Regelsatz enthalten sind. Der Verweis auf fehlende Mittel im Haushalt der Bundesagentur reicht keinesfalls aus. Deshalb legen wir im Fall der Ablehnung sofort Widerspruch ein und schildern dabei in bewegenden Worten unsere prekäre finanzielle Lage. Die FAU führt in vielen Städten Beratungsprojekte durch, wo wir gemeinsam mit Gleichgesinnten solche Schreiben formulieren und Erfahrungen austauschen können.

Ein bisschen Originalität in der Begründung unseres Widerspruchs macht es der Arbeitsagentur schwerer, mit Standardformulierungen und Textbausteinen zu antworten, und erhöht so den Verwaltungsaufwand zusätzlich. Außerdem macht es später, beim etwaigen Gang vor das Sozialgericht, keinen guten Eindruck, wenn die Begründung im Widerspruchsbescheid an unserer Argumentation vorbeigeht.

Die Kostenerstattung ist zwar immer ein wenig Glücksache, da wir nie wissen können, ob es die zuständige Arbeitsagentur es nicht doch einmal schafft, einen Antrag ermessensfehlerfrei abzulehnen. Die Chancen dafür stehen jedoch nicht allzu gut, da es mit viel Arbeit verbunden ist und auch eine gewisse Kompetenz notwendig ist. Besonders hartnäckigen



Das bürgerliche Schreckgespenst: Fauler Arbeitsloser nutzt schamlos dreist die staatlichen Sozialleistungen aus

Antragsstellern ist es dagegen gelungen, sogar für Telefonbewerbungen in Form von Ortsgesprächen die volle Pauschale von 5 Euro durch-

zusetzen.

Reisekasse aufstocken

Die Reisekosten zu Vorstellungsgesprächen (inkl. Nahverkehr!) muss in der Regel der Arbeitgeber bezahlen, wenn dieser es nicht im Voraus ablehnt. Auch an den steuerlichen Verpflegungsmehraufwand denken wir, d.h. 6



Die Realität: Das Hartz-IV-Regime macht den alltäglichen Existenzkampf zum Massenphänomen

Euro, wenn ihr an einem Tag mehr als 8 Stunden unterwegs seid, 12 Euro für 14-stündige Abwesenheit und 24 Euro, wenn die Reise den ganzen Kalendertag dauert. Der Arbeitgeber kann diese Pauschalen bezahlen, ohne dass diese versteuert werden müssen. Am größten dürften die Chancen sein, wenn wir die Rechnung mit Belegen und der Bitte um Erstattung direkt an die Buchhaltung schicken.

Lehnt der Arbeitgeber die Erstattung im Voraus ab, kann die Arbeitsagentur einspringen. Hierbei ist es wichtig, die Erstattung möglichst sofort, auf jeden Fall aber vor Fahrtantritt zu beantragen und darauf zu bestehen, dass die Kosten in voller Höhe übernommen werden. Rechtlich verbindlich ist hier nur eine schriftliche Zusicherung. Die Ablehnung des Arbeitgebers können wir beispielsweise durch eine entsprechende Bescheinigung nachweisen. Da Vorstellungsgespräche meistens kurzfristig anberaumt werden, ist es hier ausnahmsweise sinnvoll, persönlich in der Arbeitsagentur zu erscheinen und die Bahn-Fahrkarte aus deren Drucker gleich in Empfang zu nehmen. Die Rechnung mit den Kosten des Nahverkehrs und entsprechenden Belegen reichen wir nach.

Bei mehrtägigen Fahrten können wir Pauschalen für Verpflegungsmehraufwand anset-

zen, und zwar abweichend von den steuerlichen Pauschalen jeweils acht Euro für jeden angebrochenen und 16 Euro für jeden ganzen Tag Abwesenheit. Fahren wir also mit dem Nachtzug von München nach Hamburg, gehen dazu um 22 Uhr weg und kommen erst am übernächsten Tag um 0:05 wieder zuhause an, können wir 32 Euro Verpflegungsmehraufwand geltend machen. Um in den Genuss der Pauschalen zu kommen, wirken wir also darauf hin, dass die Reise vor Mitternacht beginnt bzw. nach Mitternacht endet. Hierzu erklären wir dem Sachbearbeiter, der uns die Fahrkarte ausdruckt, dass wir möglichst früh losfahren müssen, da ja der Zug auch Verspätung haben könnte, und legen die Rückfahrt möglichst

spät, da wir nie wissen können, wie lange das Gespräch dauert.

Wenn die Erstattung für den Nahverkehr bzw. des Verpflegungsmehraufwandes abgelehnt wird, legen wir auch hiergegen Widerspruch ein. Bei einer schriftlichen Zusicherung für die volle Kostenübernahme muss die Arbeitsagentur alle Fahrtkosten plus Verpflegungsmehraufwand erstatten. Ansonsten haben wir zwar keinen unmittelbaren Rechtsanspruch, aber auch hier muss eine Ablehnung sorgsam begründet sein, so dass sich Hartnäckigkeit wieder auszahlen kann.

Um dem Fall vorzubeugen, dass der Arbeitgeber trotz Verpflichtung die Fahrtkosten nicht übernimmt, empfiehlt es sich, zur Sicherheit bei der Arbeitsagentur vor Fahrtantritt einen formlosen Antrag zu stellen. Sollte der Arbeitgeber später die Zahlung verweigern, können wir uns dann immer noch an die Arbeitsagentur wenden. Wenn es um unsere Existenz geht, lassen wir keine Möglichkeit ungegenutzt. Denn eines ist gewiss, wir kriegen nur das, wofür wir kämpfen. Und dafür ist es allerdings auch notwendig, dass wir uns organisieren und um unsere Interessen öffentlich streiten.

Jochen, Bsy München

TERMINE

► BERLIN

(FAU-Lokal, Straßburger Str. 38)

Filmreihe: „Rote Erde“

Die legendäre Serie in neun Teilen

Teil IV + V am **Fr. 6. Juli, 20.00 Uhr**

Teil VI + VII am **Fr. 20. Juli, 20.00 Uhr**

Teil VIII + IX am **Fr. 3. August, 20.00 Uhr**

► DÜSSELDORF

So. 2. Sept., ab 11.00 Uhr:

Fichtenstraße/Pinienstraße

Zakk-Straßenfest

Mit Stand der FAU Düsseldorf

► FREIBURG

Fr. 20. Juli, 20.00 Uhr:

KTS Freiburg, Baslerstr. 103

Film: „Die Strategie der Schnecke“

► MÜNCHEN

So. 8. Juli, 20.00 Uhr:

Kafe Marat, Thalkirchnerstr. 104 (II. Aufg.)

Film: „Five Factories“

Über die Verhältnisse in Venezuela, mit Vortrag und VoKü

So. 14. Juli, 18.00 Uhr:

EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80

Grillfest

Mit Infostand des A.M.S.E.L München (bei Regen am 28. Juli)

Do. 23. August, 19.00 Uhr:

EineWeltHaus (Schwanthalerstr. 80)

Gedenkveranstaltung

Zum 80. Hinrichtungstag von Sacco & Vancetti

► POTSDAM

Do. 5. Juli, 19.00 Uhr:

Kontext, Hermann-Elflein-Str. 32

Arbeitsbedingungen und Selbstorganisation in der Gastronomie

Vortrag und Diskussion

So. 7. Juli, ab 14.00 Uhr:

Hermann-Elflein-Straße

Straßenfest

Mit FAU-Infostand

Weitere Termine auf:

www.fau.org/termine

KOLUMNE DURRUTI



So, G8-Gipfel vorbei – wurde auch Zeit. Nachdem ordentlich Glas und auch ein paar Knochen zerschlagen wurden, kann man sich endlich wieder den nationalen Problemen zuwenden.

Nach wie vor drängend: Der Deutsche ist zu faul zum Kindermachen und stirbt dementsprechend aus. Das wäre nicht weiter schlimm – denn ausgestorben wird gern und viel auf dieser Welt –, müsste man nicht befürchten, die abendländische Kultur könnte da mit in die Kiste fahren. Und da so eine Leitkultur ja

per se und uneingeschränkt schützenswert ist, wird's endlich Zeit, dass man was unternimmt. Bis allerdings Appelle an die deutsche Frau, ihren Uterus dem Gemeinwohl zu verpflichten, Wirkung zeigen, gehen noch ein paar Jahre ins Land, in denen ständig ... nennen wir sie einmal ... „Fremdies“ (das klingt possierlich und fast nicht faschistoid) sich hier niederlassen. Und so steht zu befürchten, die schöne Kultur könnte längst dahin sein, ehe die ersten Gebärmaschinen ans Netz gehen. Was also ist zu tun?

Die Migrationsforschung hat erkannt – eine ihrer größten Leistungen –, dass es schubsende und ziehende Dinger gibt, die anregen, das Land zu wechseln; und während gegen die elende Schuberei, das hat G8 gezeigt, wohl kaum ein Kraut gewachsen ist, wird's endlich Zeit, dass hier nicht mehr so stark gezogen wird. Und wenn man sich nun überlegt, was zieht, kommt man schnell auf zwei ganz große Zieher: die Bürgerrechte und Onkel Sozialstaat.

Erstere sind, gerade wo international der Terror regiert, ganz und gar unpraktisch, aber leider ziemlich beliebt auch hierzulande. Ganz klar: Bei Ali wird noch scharf geschos-

sen, wenn einer falsches Fernsehen schaut. Das brauchen wir hier auch, dann kann er gleich zu Hause bleiben. Und wenn er nun aus Frust den heiligen Krieg ausruft, ist das Grund genug, dem freiheitsverwöhnten Bürger ein paar Datenbanken für Gene, Fingerabdrücke und linksradikale Unterhosen ungewaschener Art zu verkaufen. Da bleiben gleich noch viele mehr daheim. Nur, wie bringt man es soweit?

Ganz leicht eigentlich. Man braucht nur ordentliche Großdemos mit viel Halali und schwarzem Block, brennenden Barrikaden und Knüppel-aus-dem-Sack-Rhetorik in der bundesdeutschen Presse. Dann geht das. Man müsste mal bei der Gipfelprominenz anfragen, ob man das Ganze nicht die nächsten fünf, sechs Jahre ständig in Deutschland aufzieht. Vielleicht immer mal woanders, das freut die Zaunhersteller. Bis dahin darf dann längst wieder kartätscht werden wie einst beim ollen Metternich, Gott hab ihn selig. So kommt der Stein ins Rollen.

Viel schlimmer noch nimmt sich der Sozialstaat aus. Und sind wir ruhig mal ehrlich, er geht uns allen doch schon lange auf den Keks. Beständig spielt man hier Türme von Hanoi mit unserem Geld. Die Reichen werden arm und die Armen faul, anstatt, wie sich's gehört, die einen immer reicher und die andern immer mehr (außerdem leidet der Klassenkampf gehörig drunter). Und nur wer genug zu fressen hat, sorgt sich um die Pressefreiheit – so kann's einfach nicht weitergehen.

Da trifft es sich gut, dass man die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich endlich auch die Mühe macht, diesen sperrigen Apparat Stück für Stück zum Teufel zu jagen. Kann ja auch nicht angehen, dass man hier jeden durchfüttert, nur weil der vorgibt, Mensch zu sein. Klar gibt's darob viel Gejammer und Geschrei, aber da müssen wir nun mal durch, wenn wir sicherstellen wollen, dass auch in fünfhundert Jahren noch jemand den Faust liest. Einzig das Wiedererstarken der Konjunktur bereitet jetzt noch Sorgen, aber da wird uns schon auch noch was einfallen.

Christian Schmidt

Anzeige

Nr. 35 | Herbst 06

arranca!

Kopfstoß
Linke Untäten auf 64 Seiten

In jedem gut sortierten Buchhandel erhältlich. Entwerfer des bis vorerst im Jahr 2006 erscheinenden Schwarze Heide. Gestaltung: DA, 8790 Berlin www.nadk.org/arranca

Es geht um jede Menge Kohle

Koalition des Klüngels forciert Bau neuer Kohlekraftwerke

Widerstand ist nicht strafbar

Vereinhalb Jahre ist es mittlerweile her, dass der hessische Innenminister Volker Bouffier die Beendigung einer Spontandemonstration vor einem CDU-Wahlkampfstand in der Giessener Fußgängerzone anordnete. Der ebenfalls anwesende Giessener Polizeipräsident gab die Anweisung damals brav weiter und die ausführenden Beamten stellten sich dem auch nicht mehr entgegen. Hätten sie aber tun sollen, findet zumindest das Bundesverfassungsgericht. Dieses erklärte den Polizeieinsatz im Mai für rechtswidrig. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sei verletzt worden. Dies hat Konsequenzen für den Giessener Politaktivisten Jörg Bergstedt. Er war in der Folge zu einer Haftstrafe von 8 Monaten wegen schwerer Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt worden. Die Karlsruher Richter erklärten nun, dass der Widerstand gegen einen rechtswidrigen Polizeieinsatz nicht strafbar sei, und kassierten das Urteil. Der Prozess muss nun in Gießen erneut aufgerollt werden. (RO)

Wer das Fernsehen anschaltet, hat seit Wochen keine Chance, den „ambitionierten Klimaschutzzielen“ Angela Merkels und der Bundesregierung zu entkommen. „Deutschland“, so der vermittelte Eindruck, kämpfe selbstlos und unnachgiebig gegen alle internationalen Widerstände — vor allem der USA — für Klimaschutz, unsere Umwelt und Knut, letztendlich für unser aller Wohl. Kein Sterbenswörtchen ist zu hören von den insgesamt 45 geplanten neuen Kohlekraftwerken der deutschen Stromindustrie, die in den nächsten zwei Jahrzehnten ans Netz gehen und ihren Dreck in die Atmosphäre blasen sollen.

Doch vor Ort beginnt sich eine neue Protestbewegung zu formieren. So demonstrierten am 12. Mai mehr als 3.500 Menschen aus den Städten Mainz und Wiesbaden gegen das vom kommunalen Stromerzeuger KMW (Kraftwerke Mainz-Wiesbaden) geplante Steinkohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue. Es soll das aktuell laufende, hochmoderne und erheblich umweltfreundlichere Gaskraftwerk ersetzen. Unterstützt wird KMW durch die Regierungen in Mainz (aktiv) und Wiesbaden (stillschweigend), den DGB-Dachverband Mainz und die IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie).

Unbeleckt aller klimapolitischen Diskussionen plädiert die IG BCE mit dem Totschlagsargument der „Arbeitsplatzsicherung“ für den Kraftwerksbau. Auf Grund des schlechten Images der Kohleverstromung macht man sich die Werbung von Kohlelobby und Stromwirtschaft zu eigen und propagiert unter dem Namen „clean coal“ das „CO₂-freie Kraftwerk“. Die bei der Verbrennung zwangsläufig entstehenden Treibhausgase sollen zurück gewonnen und anschließend endgelagert werden. Ein Verfahren, das bisher weder ausreichend erprobt noch auf der Ingelheimer Aue geplant ist, weshalb Gerhard Timm, der BUND-Geschäftsführer, das „angeblich CO₂-freie

Kohlekraftwerk“ als „PR-Lachnummer“ bezeichnet.

Realpolitik

Der geplante Bau neuer Großkraftwerke ist Teil der stattfindenden Verteilungskämpfe in der



Stromwirtschaft. Die Strommonopolisten E.on, RWE, Vattenfall und EnBW versuchen mit Unterstützung der Politik ihre Stellung zu behaupten, kommunale Stromerzeuger wie KMW dagegen versuchen einen Teil vom Kuchen zu ergattern. Ein möglicher Umbau hin zur dezentralen Nutzung erneuerbarer Energien soll so blockiert werden. KMW steht hierbei exemplarisch für den Filz aus Wirtschaft und Politik und zeigt an einem lokalen Beispiel, wie sehr Machterhalt und Pfünde die inhaltlichen Positionen bestimmen:

Da KMW ein Wirtschaftsbetrieb sei, könne er als Politiker keinerlei Einfluss auf betriebsinterne Entscheidungen ausüben, so CDU-Oberbürgermeister Hildebrand Diehl aus Wiesbaden —

der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender bei KMW ist und als Lokalpolitiker die politischen Rahmenbedingungen der kommunalen Betriebe vorgibt. Die Regierungspartei SPD in Mainz ist vehement für das Kraftwerk, die SPD-Opposition in Wiesbaden vehement dagegen. Die oppositionellen Grünen in Mainz wiederum sind von Be-

ginn an im Widerstandsbündnis der Bürgerinitiativen aktiv, während die Grünen in Wiesbaden in der „Jamaika-Koalition“ stillhalten, um das ungestörte Regieren nicht zu gefährden. Auch DGB und IG BCE entpuppen sich als willige Erfüllungsgehilfen der KMW. Ihr Mantra der „sicheren Arbeitsplätze“ entpuppt sich bei genauerer Prüfung als Propaganda, mit der in Zeiten von Hartz IV die eigene Klientel bei der Stange gehalten werden soll. Die Lüge: „Kohlekraftwerk oder Verlust des Arbeitsplatzes“ — was dann Arbeitszwang im Ein-Euro-Job bedeuten könnte — soll die Belegschaften unter Druck setzen und disziplinieren. So unterschrieben die anwesenden Betriebsräte auf dem (informellen)

Gesamtbetriebsratstreffen der auf der Ingelheimer Aue niedergelassenen Industriebetriebe eine Resolution für das neue Kraftwerk, und das ohne Diskussion und ohne sich je mit dem Thema auseinanderzusetzen zu haben.

Wegweisende Alternativen wie die Greenpeace-Studie „2000 MW — sauber“ werden in diesen Kreisen nicht einmal zur Kenntnis genommen. Laut dieser Studie können durch effizientere Energienutzung und dem Ausbau regenerativer und dezentraler Energiegewinnung umweltverschmutzende Großkraftwerke überflüssig gemacht werden. Dauerhaft würden sogar neunmal so viele — sinnvolle und hochqualifizierte — Arbeitsplätze entstehen. Doch daran besteht kein Interesse. Letztendlich ist es immer der gleiche Klüngel aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Medien, der einerseits aus Gründen der „Energiesicherheit“ den Bau neuer Kohlekraftwerke propagiert und sich parallel dazu aus „Gründen des Klimaschutzes“ für ein Weiterlaufen der Atomkraftwerke oder gar die „Renaissance der Kernkraft“ einsetzt.

Ihr Ziel ist die Zementierung einer zentralistischen Energieerzeugung mit garantierten Profiten für die Energieversorger und gesichertem Mitspracherecht und lukrativen Aufsichtsratsposten für die ebenso zentralistische DGB-Bürokratie und die herrschenden PolitikerInnen. Eine regenerative Energieerzeugung, die ein Umsteuern des gesamten Wirtschaftens hin zu einer dezentralen solidarischen Ökonomie erfordern würde, wird von dieser Koalition bestenfalls in Nischen geduldet.

Ralf Dreis, FAU Rhein/Main

Als FAU Rhein/Main haben wir uns der Kampagne der Bürgerinitiativen angeschlossen und fordern hiermit alle zum Stromanbieterwechsel auf. Entzieht den Stromkonzernen Euer Geld!

Infos unter: www.aku-wiesbaden.de, www.atomausstieg-selbermachen.de

ver.di verkauft Beschäftigte

Der Abschluss bei der Telekom und die Folgen

Lange Gesichter bei den Streikenden, Enttäuschung vielerorten. „Dafür haben wir nun fast acht Wochen gestreikt?“ Die Kolleginnen und Kollegen haben sich im Streiklokal getroffen, um zu erfahren, wie das Ergebnis denn nun aussieht, das für Mittwochmorgen von ihrer Tarifkommission angekündigt worden war. Manches war schon durchgedrungen, nun werden Details bekannt. Länger arbeiten sollen sie. Für weniger Geld. Immerhin wird es keine Entlassungen geben. Aber reicht das als Ergebnis?

Applaus dagegen an der Börse, als das Verhandlungsergebnis bekannt wird. Hier knallen die Sektorkorken, die Börsianer reiben sich die Hände. Die T-Aktie klettert zeitweise um zwei Prozent. „Das ist ein genialer Abschluss für die Telekom!“ So unterschiedliche Reaktionen auf das gleiche Ereignis. Kann da von einem ausgegogenen Kompromiss gesprochen werden, wie ver.di dies tut, wenn die Aktionäre zulasten der Belegschaft jublieren?

Um was ging es bei dem Streik?

Die Deutsche Telekom AG, selbst Spaltprodukt aus der Auflösung der Deutschen Bundespost, ist dabei, sich in zahllose Tochtergesellschaften aufzugliedern. Es entstanden mehr oder weniger selbständige Firmen wie T-Mobile, T-Online, T-Com oder IT-Services. Teils, um attraktive Teilbereiche besser verkaufen zu können, teils, um die dort Beschäftigten in tariflose Branchen und damit in den Niedriglohnssektor abzurängen.

Auslöser für die aktuelle Auseinandersetzung war die Absicht der Telekom-Führung, 50.000 Beschäftigte auszugliedern und in so genannten Service-Gesellschaften weiterzubeschäftigen, überwiegend in Callcentern und im Kundendienst. Anfang April legte die Konzernleitung ihre Sparpläne vor. Die Wochenarbeitszeit sollte sich von 34 auf 38 Wochenstunden erhöhen. Dafür wurde eine Lohnkürzung um neun Prozent in Aussicht gestellt. Die Arbeitszeit würde direkt beim Kunden beginnen, Anfahrtszeiten und Vorbereitungstätigkeiten würden zum

Privatvergnügen. Auch Pausen- und Erholungszeiten bei anstrengender Bildschirmtätigkeit sind „Relikte aus der Vergangenheit“, so die Konzernführung. Insgesamt hätten diese geplanten Verschlechterungen für die Betroffenen Einkommenseinbußen von ca. 40 Prozent bedeutet.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), in der über 70 Prozent der Beschäftigten des ehemaligen Staatskonzerns organisiert sind, kündigte massiven Widerstand gegen diese Pläne an, rief ihre Mitglieder zu Warnstreiks auf und forderte René Obermann, den Konzernchef, zu Tarifverhandlungen auf. In einer Urabstimmung sprachen sich 96,5 Prozent der Betroffenen für einen unbefristeten Streik aus.

Während des Streikes zeigte sich deutlich, dass die zentrale Streikleitung und der Vorstand der Dienstleistungsgewerkschaft nicht gewillt waren, die Auseinandersetzung mit der eigentlich notwendigen Kraft zu führen. Weder wurde der G8-Gipfel in Heiligendamm gezielt bestreikt, noch war man bereit, auch sensible Bereiche wie Geschäftskunden oder Großprojekte stärker in Arbeitskämpfmaßnahmen einzubeziehen. Die ver.di-Führung setzte von vornherein auf Zugeständnisse und Kompromisse. ver.di-Verhandlungsführer Lothar Schröder erklärte bereits am 19. Mai, eine Woche nach Streikbeginn, mit der Ausgliederung könne ver.di sich abfinden, nicht aber mit Lohnsenkungen.

Die Ernüchterung — der Abschluss

Nach über vier Wochen Streik kommt es schließlich doch noch zu Verhandlungen, die die Telekom-Führung zunächst verweigerte. Über eine Woche verhandeln die Gewerkschaftsvertreter mit der Konzernspitze. Dann, am Morgen des 20. Juni, wird das Ergebnis in einer Pressekonferenz präsentiert. Ganz wie geplant, werden 50.000 Beschäftigte der Festnetzzsparte T-Com in drei neu gegründete Firmen versetzt. Ihre Wochenarbeitszeit wird, ebenfalls wie geplant, auf 38 Stunden erhöht, ohne Lohnausgleich ver-

steht sich. Samstag wird ein regulärer Arbeitstag. Der Erfolg der tagelangen Verhandlungen ist im Endeffekt, dass die Löhne nicht um 9 Prozent, wie geplant, sondern lediglich um 6,5 Prozent gesenkt werden. Zunächst gibt es allerdings eine Ausgleichszahlung aus einem Fonds, der zu diesem Zweck eingerichtet wurde, ähnlich wie bei einem Sozialplan. Bis zum Jahre 2011 werden die Zahlungen dann stufenweise abgebaut. Nun die zusätzlichen Punkte, die von ver.di als „Erfolg“ verkauft werden: Die neu gebildeten



... 5 ... 4 ... 3 ... 2 ... 1 — Die Dienstleistungsgewerkschaft am Boden

Service-Einheiten dürfen bis 2010 nicht verkauft werden. Die dort Beschäftigten genießen bis zu Jahre 2012 einen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und bestehende Regelungen wie betriebliche Altersvorsorge, Krankengeld etc. sollen weiter gelten. Außerdem verpflichtet sich die Telekom, 4.000 Auszubildende einzustellen. Allerdings werden die Einstiegsgehälter um mehr als 30 Prozent abgesenkt. Lagen die Löhne der Beschäftigten in der Fernmeldetechnik früher ziemlich genau im Durchschnitt, rutschten sie nun deutlich in Richtung Niedriglohnssektor.

Die Telekom dagegen spart durch diesen Abschluss zwischen 500 Millionen und 900 Millionen Euro pro Jahr ein und wird dadurch auf dem Aktienmarkt wieder interessant. Bisher halten der Bund, die Länder und die bundeseigene KfW-Bankengruppe zusammen noch 31,7 Prozent der Anteile, 4,39 Prozent gehören der

Blackstone Group, einer der berüchtigten „Heuschrecken“. Diese hat aber schon Interesse bekundet, mehr Anteile zu erwerben. Eine durchaus interessante Perspektive für einen von Schulden geplagten Bundeshaushalt.

ver.di kämpft — ums Überleben

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft stand bei diesen Tarifverhandlungen von vornherein unter starkem politischem Druck. Vor dem Hintergrund von sinkenden Mitgliederzahlen und schwindendem Einfluss gab es in den letzten Jahren tarifpolitisch kaum noch Erfolge zu verzeichnen. Im Öffentlichen Dienst wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der fast ausschließlich aus Zugeständnissen gegenüber den Arbeitgebern besteht. Die erwarteten Begeisterungstürme seitens der Mitglieder blieben aus, die Mitgliederzahlen fielen weiter. In anderen Branchen lief es ähnlich.

Dann ein Arbeitskampf in einem der klassischen Kernbereiche. Ein Organisationsgrad von über 70 Prozent. Eine Streikbeteiligung, von der Gewerkschafter oft nur träumen. Ungeahnte Solidarität aus anderen Bereichen und aus der Bevölkerung. Dann doch wieder Taktieren, Zögern, Kompromissbereitschaft seitens der Führung. Angst, über den eigenen Schatten zu springen, und vor allem viel, viel Verständnis für den Sozialpartner. Das alles trotz des immer wieder unter Beweis gestellten Kampfeswillens seitens der Basis. Das Ergebnis stellt sich als eine Niederlage dar. Eine Niederlage, die auch in die Zukunft wirken wird. „Wenn wir bei der Telekom schon so einen miserablen Abschluss machen, was soll dann erst aus den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bereichen werden, die nicht so gut organisiert sind wie wir?“ fasste ein Kollege bei einer Versammlung zusammen.

Die Führung von ver.di hat es versäumt, Durchsetzungskraft zu beweisen, wo es eigentlich möglich gewesen wäre. Die Dinosaurier würden auch immer größer und immer unbeweglicher — schließlich sind sie ausgestorben. Doch der Vergleich hinkt. Gewerkschaften bestehen aus Menschen. Und Menschen können denken. Und sie können handeln und Zustände verändern.

Karl Hoffmann

Anzeige



Wieso gerade 3488? Zurück könnte man das ja für reine Spielerei halten. Die Jahre 1968 und 2007 sind ja 39 Jahre alt. Und 60 + 60 ergeben eben 120. Wichtig sind andere Überlegungen. Zum einen gibt es nicht nur Zuwächse im Abotereich — wir verlieren wir auch Abonnenten. Seltener wegen Unzufriedenheit, der mit Abstand am häufigsten genannten Grund für Abbestellungen ist ökonomischer Natur. Die Verschärfung der sozialen Lage trifft auch viele unserer Leserinnen und Leser. Wir leben zwar drei Preisklassen an, um dem gerecht zu werden. Das Sozialbüro können wir aber nicht billiger machen. Zunächst brauchen wir also Abonnenten oder Mehrabonnenten durch einen Preisnachlass, um diese Abbestellungen auszugleichen. Seit etwa 2005 gelingt uns das. Zum anderen steigt das aber noch nicht, um Mehrabonnenten und Wertentwicklung zu finanzieren. Dazu braucht es deutlich mehr. Zur als Abgabe Veranschlagung wie die Rio-So-Luxemburg-Konferenz wären nicht mehr zu finanzieren, konkrete Beiträge zur internationalen Solidarität (trotz der Plebejierung des deutschen Adress auf der Buchmesse in Hanoi) nicht mehr leistbar.

Verlag, Redaktion, Gewerkschaft
Jetzt abonnieren unter www.jungewelt.de oder einfach anrufen 0 30 53 63 55 80.

Alles Lug und Betrug

Kleines Einmaleins der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Kritisches zum Abschluss der IG Metall

Die Auseinandersetzung in der Metallindustrie ist beendet. Angefangen hatte es mit der Forderung der IG Metall nach 6,5% mehr Lohn. Herausgekommen ist dann nicht ganz die Hälfte dieser Forderung. Dennoch spricht die IG Metall von einem Erfolg. Die Auseinandersetzung und das Gebaren der IG Metall sind dabei beispielhaft für die gewerkschaftliche Lohnpolitik in diesem Lande. Wie deutsche Gewerkschaften den Interessen ihrer eigenen Mitglieder zuwider handeln und sie an der Nase herum führen, soll hier am Beispiel dieser Tarifaufeinanderetzung gezeigt werden.

Betrug Nr. 1: Die Führung der IG Metall orientiert sich am „Erfolg“ der Wirtschaft.

„Wir haben uns die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik angesehen, auch die in unserer Branche, wir haben die Produktivitätssteigerung errechnet und die Preissteigerungen mit in die Berechnung einbezogen. Herausgekommen ist eine Forderung nach Maß. Wir wollen, dass sich das, was wir zusätzlich erarbeitet haben (Produktivitätssteigerung), ebenso auf unserem Konto niederschlägt, wie der Ausgleich für die Preissteigerung“, heißt es in den Tarifnachrichten der IG Metall (1/2007).

Man fordert also ein Stück vom Kuchen, wenn nicht nur gar ein paar abfallende Krümel, aber weder formuliert man eine Kritik an den Ausbeutungsstrukturen, noch orientiert man sich an den Bedürfnissen der eigenen Mitglieder. Doch auch daran gemessen, geht die Rechnung nicht auf. Denn laut den von der IG Metall vorgelegten Zahlen stieg die Produktivität 2006 um 7,1% an, während die Lohnstückkosten um 4,2% sanken. Von einer Angleichung kann also nicht die Rede sein.

Betrug Nr. 2: Großes Gerede, kleines Ergebnis.

„Wir wollen aber auch, dass angesichts der großen Unternehmensgewinne und der real gesunkenen Arbeitnehmerinkommen ein Teil der Gewinne umverteilt wird. Umverteilt zugunsten derer, die diese ja schließlich erarbeitet haben“, so die IG Metall in schon genannten Tarifnachrichten.

Wer jedoch von solchen Zielen spricht und mit meilenweitem Abstand scheitert, und das von Tarifaufschluss zu Tarifaufschluss, der wird unglaubwürdig und sabotiert letztendlich die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen.

Betrug Nr. 3: Maulfromme Rituale der Funktionäre.

Aus sicherer Quelle wissen wir z.B., dass

bereits im März in Bayern die Warnstreiks durch den Druck von Plakaten und Flugblättern vorbereitet wurden, dass aber gleichzeitig intern abgesprochen wurde, man strebe einen maßvollen Tarifaufschluss an, der in der ersten Mai-Hälfte abgesegnet sein soll. Ein Streik wurde also niemals wirklich in Erwägung gezogen. Aber nur

die schauen mit lediglich 125 Euro in die Röhre und bräuchten das Geld am nötigsten. Gäbe es statt Prozente z.B. nur 300 Euro mehr für alle pro Jahr, dann würden die Unterschiede zwischen den Lohngruppen kleiner werden. Dadurch, dass die IG Metall nicht versucht, die Spaltung der ArbeiterInnen zu beseitigen, indem die Ver-



Aufschwung im Geldbeutel

„3 Prozent mehr Geld für die nächsten 12 Monate, eine Einmalzahlung von 400 Euro. Ein Ergebnis, das eine spätere Erhöhung für alle bringt. Für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bedeutet das zum Beispiel: Bezugs auf die gesamte Laufzeit des Tariftrags und die Pauschalzahlungen mit eingerechnet, springt als Plus ein ganzes Monatsgehalt heraus. Bei dieser Tarifrunde ging es aber nicht alleine um mehr Geld. Es ging auch darum, den Unternehmen sehr deutlich zu zeigen, dass eine grundlegende Veränderung der bisherigen tarifpolitischen Grundzüge von den Kolleginnen und Kollegen nicht abge-

lehrt wird. Mit der geplanten Reallohnsteigerung des Wirtschaftswachstums würde der Wert nicht nur die Einkommen in der Metall- und Elektroindustrie verschlechtern. Die Unternehmenskonditionen würden vor allem Lohnbestandteile an den Erfolg eines Unternehmens koppeln. Entgelt auf keinen Fall, als Tarifoffen gesamtarmes. Aber mit dem erklärten Ziel, dies zur Leitlinie ihrer zukünftigen Tarifpolitik machen zu wollen. Es ist gelungen dies zu verhindern. Aber es wird nicht der letzte Versuch sein. Die Unternehmen haben offensichtlich daraus gelernt: Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft sind wachsam.“

Werner Neugebauer Bezirksleiter der IG Metall Bayern

Werner Neugebauer ist ein Mann, der die IG Metall als Wirtschaftswachstum versteht und nicht nur den Lohn, sondern auch die Produktivität im Blick hat. Er ist ein Mann, der die IG Metall als Wirtschaftswachstum versteht und nicht nur den Lohn, sondern auch die Produktivität im Blick hat. Er ist ein Mann, der die IG Metall als Wirtschaftswachstum versteht und nicht nur den Lohn, sondern auch die Produktivität im Blick hat.



IG Metall spuckt große Töne

durch einen Streik hätte mehr durchgesetzt werden können. Es fragt sich also, ob die Warnstreiks nur eine Fassade waren, damit es ein wenig nach Kampf aussah? Damit man nach Außen das Gesicht wahrte und die Mitglieder bei der Stange hält.

Betrug Nr. 4: Keine Vorteile für untere Lohngruppen.

Die Schere zwischen unteren und oberen Lohngruppen wird weitergeführt, lediglich die Einmalzahlungen für April und Mai 2007 kommen den Niedriglohngruppen mehr zugute; außer den Auszubildenden,

handlungsmacht höherer Statusgruppen auch den unteren zugute kommt, verhöhnt sie die Prinzipien der Solidarität.

Betrug Nr. 5: Einstieg in die Risikobeteiligung.

Ein unschöner Nebeneffekt des Abschlusses ist ferner, dass sich in ihm Klauseln befinden, die den Lohn abhängig machen von dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Im schlechtesten Fall darf, bei der Fortführung dieser Logik, dann noch Geld mitgebracht werden, um arbeiten zu dürfen. Die ArbeiterInnen haben nichts zu sa-

gen im Betrieb, sollen aber gegebenenfalls Misserfolge auf Ihre Kappe nehmen. Auf diese Weise setzt die Gewerkschaft nicht die Gegenseite, sondern ihre eigenen Leute unter Druck.

Betrug Nr. 6: Schönrechnerei wie immer.

Bereits beim Abschluss 2006 musste jeder, der nachrechnete, feststellen, dass keine Drei vor dem Komma erreicht war, wenn man die Lohnsteigerung auf einen Jahreszeitraum bezog. Dabei handelt es sich keineswegs um belanglose Zahlenspiele. Mit unehrlicher Kosmetik wie dieser wird versucht, den eigenen Mitgliedern etwas vorzumachen, als ob es sie wären, die man beschwichtigen müsse. Doch wer ständig lügt, den glaubt bald auch der Geduldigste nicht mehr. Und diesmal kam es sogar noch schlimmer.

Betrug Nr. 7: Nicht mehr nur schönrechnen, sondern sogar offen lügen.

Die prozentualen Erhöhungen ergeben auf 12 Monate hochgerechnet (unter der Berücksichtigung der Laufzeit von 19 Monaten) lediglich 3,0 %. Und das auch nur, wenn die zweite Stufe mit der Erhöhung von 1,7% tatsächlich im Juni 2008 in Kraft tritt. (Der Zeitpunkt kann ja auch um bis zu vier Monate verschoben werden.) Es ist die Rede von 4,1%, der Verhandlungsführer der IG Metall spricht sogar von einem Gesamtzuwachs von 5,8%. Doch wer die Fakten kennt, weiß, wie dreist hier gelogen wird.⁽¹⁾ (Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich bei labournet.de eine interessante Diskussion darüber entwickelte, in die auch die Kritik der FAU München Eingang fand.)⁽²⁾

Zum Abschluss

Gewerkschaftsarbeit ist immer ein Stück Reformismus, da ja temporäre Vereinbarungen mit den Arbeitgebern immer wieder gemacht werden müssen. Doch eine kämpferische Basisgewerkschaft könnte, ja, sollte darüber hinaus weisende revolutionäre Perspektiven aufzeigen. Sie muss unmissverständlich klar machen, dass sie nicht mit den kleinen Kuchenstücken zufrieden ist. Ihre Strukturen sind derart, dass nicht die Funktionäre, sondern tatsächlich die ArbeiterInnen über die Kampfmittel entscheiden, während die Forderungen auf Grundlage ihrer eigenen Bedürfnisse formuliert werden. Indem wir tatsächlich kämpfen und nicht nur eine Fassade zur Schau stellen, steigern wir unser Selbstvertrauen und entwickeln die Lust und den Mut für größere Kämpfe. Letztlich bietet sich damit ein solidarischer Zusammenschluss, mit dem wir als ArbeiterInnen uns wirklich identifizieren können.

Christian, Allgemeines Syndikat München

Anmerkungen

- 1) Ab dem 1. Juni 2007 erhöhen sich die Tabellenwerte um 4,1%; für die Monate April und Mai 2007 gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro (Auszubildende: 125 Euro), ab 1. Juni 2008 gibt es eine Entgeltterhöhung von 1,7% für weitere 5 Monate und von Juni bis Oktober 2008 gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von 0,7% pro Monat. Das macht mit anteiligem Urlaubs- und Weihnachtsgeld 3,98%. Die zweite Stufe der Tabellen-Erhöhung und die Einmalzahlung können durch freiwillige Betriebsvereinbarung um bis zu vier Monate verschoben werden. Dadurch reduziert sich der Einmalzahlungs-Betrag entsprechend. Laufzeit des Tarifvertrages: bis 31. Oktober 2008, somit 19 Monate.
- 2) Siehe <http://labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarif07/igm.html>.

Anzeige

Jungle World
PROBE ABO

Ich möchte die Wochenzeitung Jungle World vier Wochen lang für zehn Euro testen. Ich lege zehn Euro in bar oder als Verrechnungsscheck bei. Das Probe-Abo gilt für vier Wochen, es verlängert sich nicht automatisch.

Name, Vorname: _____
Straße, Nr.: _____
PLZ, Ort: _____
Tel./E-Mail (wichtig): _____

Ausfüllen und einschicken an:
Jungle World • Bergmannstr. 68
10961 Berlin

Anzeige

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Jetzt testen: 3 x ak für 5 €*

*Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.

ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10
20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174
Fax: 040-40170175
redaktion@akweb.de
www.akweb.de

HIER KANNST DU DIE DA KAUFEN:

- Berlin:** Friedrichshain Hemp Galaxy, Libauerstr. 2 - Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 - Puke Music, Samariterstr. 34a - Volksladen, Gabriele-Max-Str. 38 Kreuzberg Buchhandlung Argument, Reichenberger Str. 150 - B-Books, Lübbenerstr. 14 - FSK-Kino, Segitzdamm 2 - Fusion, Skalitzer Str. 67 - Kisch und Co., Oranienstr. 25 - Kiosk, Kottbusser Damm 101 - Real Deal, Gneisenaustr. 60 - M99, Manteuffelstr. 99 - oh21, Oranienstr. 21 - Papiertiger, Cuvrstr. 25 - Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a Mitte A-Laden, Brunnenstr. 7 - Der Kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16 - KvU, Kremener Str. 9-11 - Rotes Antiquariat, Rungestr. 20 Prenzlauer Berg BAI2, Torstr. / Ecke Christinenstr. 1 - FAU Büro, Straßburgerstr. 38 - Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77 - Schwarze Risse, Kastanienallee 85 Wedding Buchhandlung Mackensen, Utrechter Str. 4 Bielefeld: Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7 Bochum: UBU, Universitätsstr. 16 - Notstand e.V., Universitätsstr. 150 Bonn: Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76 - Netzladen, Wolfstr. 10, Hinterhaus Bremen: Andere Seiten, Brunnenstr. 15-16 Detmold: Alte Pauline, Bielefelder Str. 3 Dortmund: Taranta Babu, Humboldtstr. 44 Dresden: Buchladen König Kurt, Rudolf-Leonhardt-Str. 39 Düsseldorf: Buchhandlung BiBaBuZe, Aachenerstr. 1 - Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 16 Duisburg: Buchladen, Heerstraße 108, Duisburg-Hochfeld Flensburg: Infoladen Subtilus, Norderstrasse 1 - Carl von Ossietzky Buchhandlung, Heiligengeistgang Frankfurt/Main: Infoladen, Leipziger Str. 91 Frankfurt/Oder: Utopia, Berliner Str. 24 Freiburg/Breisgau: Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15 Gießen: Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44 Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 Hamburg: Buchladen Osterstraße, Osterstr. 171 - Buchhandlung in Schanzenviertel, Schulterblatt 55 - Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46 - Libertäres Zentrum Schwarze Katze, Fettstr. 23 - Nautilus Buchhandlung, Friedensallee 7-9 - Café Libertad Kooperative, Gaußstr. 194-196 Hannover: Anabee Buchladen, Stephanstr. 12-14 - Internationalismus Buchladen, Engelbosteler Damm 4 - Infoladen, Kornstr. 28-30 - Stumpf, Am Welfengarten 2c Herford: Provinzbuchladen, Hämmelinger Str. 22 Hildesheim: IL Hildesheim, Steingrube 19 Köln: Innenstadt Q-hof, Limburger Straße Nordstadt Harvey's, Weißenburgstr. 58 - TTE-Bücherei im Bürgerzentrum alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 Südstadt Der andere Buchladen, Ubierring 42 Sülz Der andere Buchladen, Weyertal 32 Leipzig: Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnenstr. 19 - Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d Ludwigshafen: Naturkost Schwarzwurzel, Jakob-Binder Str 10 Lübeck: Infoladen, Willy-Brandt-Allee 9 Lutter: Burgladen, Auf der Burg Magdeburg: Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13 - Beat Boutique, Olvenstedter Str. 29 Marburg: Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28-30 Minden: Bücherwurm, Alte Kirchstr. 21 Moers: Barrikade, Bismarckstr. 41a, Moers-Meerbeck München: Infoladen, Breisacher Str. 12 - Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43 Münster: Infoladen Bankrott, Dahlweg 64 - Don Quijote, Scharnhorststr. 57 - Kneipe, Frauenstr. 24 Neustadt/Weinstr.: Buchhandlung Quod Libet, Am Elweträtschebrunnen Nürnberg: Literaturladen Libresso, Bauerngasse 14 Oberhausen: Projekt Archiv, Im Druckluft, Am Förderturm 27 Osnabrück: Café Mano Negra, Alte Münze 12 Paderborn: Infoladen, Borchener Str. 12 Potsdam: Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28 - Infoladen Zulu Gorriak, Zeppelinstr. 25 - Bibliothek Kontext, Hermann-Ellein-Str. 32 Reutlingen: Kulturschock Zelle, Insel 1 Tübingen: Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15 Vlotho: Regenwurm, Lange Str. 126 Wiesbaden: Cafe Klatsch Kollektiv, Marcobrunnenstr. 9 - Büchergilde, Bismarckring 27 Österreich: Infoladen Bregenz, JUZ Between, Bahnhofstr. 47, Bregenz/Vorarlberg Schweiz: Infoladen ROMP, Steinerstr. 17, Luzern

An der Uni Potsdam zeigt die Bundeswehr, wo's langgeht

Ab dem kommenden Wintersemester wird die Universität Potsdam einen Masterstudiengang „Military Studies“ anbieten. Wer schon über einen Universitätsabschluss verfügt, der mind. mit der Note 2,0 abgeschlossen wurde, und aus einem Auswahlverfahren ausgewählt hervorgeht, kann sich hier zur Militärsoziologin/zum Militärsoziologen ausbilden lassen. Damit keine Missverständnisse aufkommen, wird auf der Homepage des Studienganges außerdem darauf hingewiesen, dass der Bewerbung ein „Motivations schreiben“ beizulegen ist, in dem der/die BewerberIn ihr „besonderes Interesse“ am Studiengang „plausibel“ machen soll. Als Träger fungieren allerdings nicht nur die Lehrstühle für „Allgemeine Soziologie“ und „Militärsgeschichte“ der Uni Potsdam. Die Bundeswehr ist über ihr „Sozialwissenschaftliches Institut“ höchst persönlich mit im Boot. Dazu kommt zusätzlich, dass „Militärsgeschichtliche Forschungsamt“ des Bundes. Angeboten wird u.a. ein Seminar mit dem Titel „Die Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik“. Als Dozent wird hier mit Dr. Gerd Portugall passenderweise gleich ein Angestellter der deutschen Streitkräfte aufgeboden. Dann kann ja nichts mehr schief gehen. (RO)

Kultursyndikat Berlin setzt Lohnnachzahlungen durch

Im September letzten Jahres wurde einem Mitglied des Berliner Kultursyndikates nach einem Streit mit dem Chef der Berlin-Weddinger Studentenkneipe „Schupke“, in der es als Aushilfe arbeitete, fristlos gekündigt. Das Kultursyndikat nahm sich des Falles an, Protestierte gegen Arbeitsbedingungen sowie einen Stundenlohn von lediglich 5 Euro und ging gegen die Kündigung vor. Da der Arbeitgeber versuchte, das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses an sich abzustreiten und es bis kurz vor der Verhandlung vor dem Berliner Arbeitsgericht am 14. Juni versäumt hatte, ordnungsgemäß schriftlich zu kündigen, war er gezwungen, einer nachträglichen Vergütung von drei Monatslöhnen nach § 12 TzBfG zuzustimmen. (LR)

Wer hat Angst vorm schwarzen Block?

Eine Einschätzung der Straßenschlacht von Rostock



http://de.indymedia.org

Große Aufregung nach den Auseinandersetzungen auf der Rostocker Großdemonstration am 2. Juni. War es aufgestaute Wut über die vorangegangenen Razzien? Die Polizeischikanen während der Hamburger Demo eine Woche zuvor? Reaktion auf das provokante Auftreten verummter Polizeieinheiten? Wurde die Straßenschlacht von gewaltgeilen Autonomen, Greiftrupps der Polizei oder Steine schmeißenden Agents Provocateurs ausgelöst?

Abschließend wird sich dies wohl nicht klären lassen. Natürlich sind viele erschrocken über die Bilder der Straßenschlacht mit brennendem Auto und Verletzten auf beiden Seiten. Doch sie machten für einen Moment die üblichen strukturellen Gewaltverhältnisse sichtbar: Die Unterdrückung in Schule und Elternhaus, im Betrieb, auf Behörden, in Asylbewerberlagern, im Knast, in Heimen oder Fußgängerzonen.

Brennendes Interesse

Dass die Bilder der Gewalt die Berichterstattung über eine internationale Großdemonstration mit 60.000 bis 80.000 TeilnehmerInnen dominieren, wird in der Bewegung völlig zu recht kritisiert. Der angebliche Bürgerkrieg in Rostock soll die politische Botschaft des Protestes in den Hintergrund drängen. Doch nicht schwarz gekleidete DemonstrantInnen verhindern, dass die Forderungen und Inhalte der Bewegung aufgegriffen werden, sondern eine Medienmaschinerie, die allein auf spektakuläre und reißerische Schlagzeilen setzt. Kurz gesagt, ein brennendes Auto verkauft sich besser als Workshops und Diskussionsrunden.

Da dies als bekannt vorausgesetzt werden kann und auch die Wahl von Zeitpunkt und Ort der Eskalation keinen Zweifel daran lässt, dass die Polizei genau diese Bilder produzieren wollte, um die Schlagzeile „Autonome verwüsten Rostock“ zu ermöglichen, stellt sich die Frage der Sinnhaftig-

keit der Auseinandersetzung.

Klar, die heiß ersehnten Bilder der Straßenschlacht spielen den Massenmedien ebenso in die Hände wie den staatlichen Repressionsorganen. Die losgetretene „Gewaltdebatte“ zielt zum einen darauf ab, der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung die breite Zustimmung zu entzie-

„Die Polizeieinheiten haben sich daran gewöhnt, auf keinen effektiven Widerstand zu stoßen, wenn sie in Demos hineinknüppeln, einzelne herausziehen, demütigen, schikanieren und brutal und straffrei zuschlagen.“

hen, die sie momentan genießt. Zweitens soll deren linksradikaler Teil isoliert und als Grund für die weitere Demontage des Demonstrationsrechts und des Abbaus elementarer Grundrechte benutzt werden. Die Debatte um Plastikgeschosse und den Einsatz der GSG9 gegen DemonstrantInnen zeigt die Richtung an. Drittens wird versucht davon abzulenken, dass die tatsächliche weltweit ausgeübte Gewalt wie Krieg, Folter, Hunger, Abschiebung und Ausbeutung, maßgeblich von den G8-Staaten verursacht wird und diese nicht an Lösungen für die drängenden Probleme der Welt arbeiten, sondern deren kapitalistische Ausplünderung organisieren.

Gefahrenabwehr

Doch abgesehen von Pressehysterie, der Aufregung bei „moderaten“ Teilen der Bewegung, den hektischen Distanzierungen vor laufenden Kameras und der gewohnten Hetze der üblichen Hardliner, brachte die Rostocker Großdemonstration gegen den

G8-Gipfel eine interessante Neuerung: Wir sind der Polizei nicht wehrlos ausgeliefert!

Es ist möglich, die Robocop-Einheiten in Schach zu halten und stellenweise sogar in die Flucht zu schlagen. Der Angriff auf die Demo wurde mit einem Steinhagel beantwortet, wie ihn diese Generation deutscher Bullen noch nicht erlebt haben dürfte. Anrückende Hundertschaften wurden ein ums andere Mal zurückgedrängt. Das Bild fliehender Staatsschergen muss bei Tausenden jüngerer DemonstrantInnen einen Aha-Effekt ausgelöst haben.

Wer gewohnt ist, im Wanderkessel durch Städte eskortiert zu werden, wer gelernt hat, dass man sich kaum gegen Polizeiübergriffe schützen kann, und ständig der Willkür von Robocops ausgeliefert ist, muss von der Tatsache, sich auch einmal wehren zu können, schwer beeindruckt sein. Auch die Polizeieinheiten haben sich schon lange daran gewöhnt, auf keinen effektiven Widerstand zu stoßen, wenn sie in Demos hineinknüppeln, wenn Greiftrupps einzelne herausziehen, wenn sie demütigen, schikanieren und brutal und straffrei zuschlagen. Der Anblick einer fliehenden Hundertschaft war in diesem Land einfach ausgesprochen selten.

Die Formulierung, wonach sich „einige Gewalttäter unter die friedlichen Demonstranten gemischt“ hätten, ignoriert schlicht die Tatsache, dass die „Militanten“ ein legitimer Bestandteil der Bewegung sind. Solange es den „friedlichen“ DemonstrantInnen nicht gelingt, den demütigenden und brutalen Angriffen verummter Kampfeinheiten der Polizei Einhalt zu gebieten, gibt es schon aus Gründen der Sicherheit gute Argumente dafür, als so genannter Schwarzer Block in Demos zu laufen.

Allein am Block der Interventionistischen Linken beteiligten sich in Rostock ca. 8.000 Menschen. Die „Militanten“ haben sich nirgends hineingemogelt, sondern waren ein leicht erkennbarer und klar abgegrenzter Teil der Demo. Wer dort mitgelaufen ist, tat es aus ebenso freien Stücken, wie sich andere der FAU, ATTAC oder der Grünen Jugend angeschlossen haben. Wichtig sollte sein, gegenseitige Gefährdungen zu vermeiden, was nur geht, wenn die „Mo-

deraten“ die „Militanten“ nicht dämonisieren und letztere das Sicherheitsbedürfnis anderer akzeptieren.

Mut schöpfen, nicht ansaufen

Und hier liegt das eigentliche Problem, das meines Erachtens in einem Drogen- bzw. Alkoholproblem besteht. Besoffene gefährden andere auf Demonstrationen, nerven in den Camps und sind unberechenbar. Im Block „militanter“ DemoteilnehmerInnen sollten schon aus Selbstschutzgründen keine Besoffenen mitlaufen. Oder geht es doch nur um martialisches Mackergehabe in der Gruppe? Das Einwerfen der Scheiben vollbesetzter Cafés ist jedenfalls nicht revolutionär, sondern entweder das Werk von Zivilbullen, besoffenen Hooligans oder rücksichtslos dummen und gefährlichen Menschen.

Was die Kriminalisierung im Vorfeld der G8-Proteste und die Medienhetze nach der Rostocker Großdemonstration nicht geschafft haben, ist auch der Führung von ATTAC nicht gelungen: Die Bewegung an der Militanzfrage zu spalten. Es war beeindruckend zu sehen, dass sich Tausende GipfelgegnerInnen nicht einschüchtern ließen:

Am Sonntag beteiligten sich 5.000 Menschen am Aktionstag Globale Landwirtschaft. Am Montag demonstrierten 12.000 für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für MigrantInnen. In den bunt gemischten Widerstandscamps, in denen zwischen 15.000 und 17.000 Menschen zelteten, herrschte eine solidarische und gelassene Stimmung. Auf den Plena wurde nicht diskutiert, ob die geplanten Blockaden stattfinden, sondern wie sie in der angespannten Situation organisiert werden können. Gute Vorbereitung, vor Ort gebildete „Räte“ und flexibles Agieren, sorgten für den durchschlagenden Erfolg des dezentralen Blockadekonzepts. Heiligendamm war nur noch über Luft und Wasser erreichbar. Die Tatsache, dass über 15.000 Menschen die Demoverbote des Bundesverfassungsgerichts schlicht ignoriert haben, macht Hoffnung für die Zukunft.

Ralf Dreis, FAU Rhein/Main



http://de.indymedia.org

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
ABONNEMENT
c/o FAU LEIPZIG
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig
da-abo@fau.org
http://www.fau.org

Ich will folgendes Abo haben:

- 6 Ausgaben / 1 Jahr (Euro 9,-)
- 12 Ausgaben / 2 Jahre (Euro 18,-)
- Förderabo – 12 Ausgaben (Euro 25,-)
- 6 Ausgaben Ausland / 1 Jahr (Euro 15,-)
- 12 Ausgaben Ausland / 2 Jahre (Euro 30,-)

WiederverkäuferInnen:

Schickt mir bitte ____ Ex. zum Wiederverkauf (Mind. 3 Ex.75 Cent pro Heft zzgl. Porto auf Rechnung)

2-Jahres-NeuabonnentInnen (nicht Förder-Abo!) können zwischen folgenden Geschenken wählen (ankreuzen):

Broschüre: Dein Recht als JobberIn

Lars Sjunnesson: Ostberlin

Kalender: Syndikal 2007

Meine Anschrift

Vor- und Nachname _____

Straße/Postfach _____

PLZ, Ort _____

Geld:

Mit der ersten Nummer erhaltet ihr eine Rechnung, auf der eure Kundennummer vermerkt ist (bitte als Verwendungszweck angeben). Das Abo gilt ab dem Zeitpunkt, ab dem eure Überweisung auf unserem Konto eintrifft.

Direkte Aktion - Konto 32 33 623
Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, BLZ 600 501 01
Für Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN (Kto.): DE93 6005 0101 0003 2336 23
BIC (BLZ): SOLADEST

Vom Arbeitsamt nach Afghanistan

Die Bundeswehr rekrutiert Nachwuchs in den Jobcentern

Mit mehr als 600 Rekrutierungs- und Reklameinsätzen überzieht die Bundeswehr das ganze Land. Für mehrere Millionen Euro steuern „Karriere-Trucks“ die Innenstädte an, bauen Wehrdienstberater auf Messen und in Schulen ihre Werbestände auf, und all monatlich finden Werbeveranstaltungen in Arbeitsämtern statt.

Der Grund für die massive Rekrutierungsoffensive: Der Bundeswehr droht der Nachwuchs auszugehen. Dass trotz Lehrstellenmangel und Arbeitslosigkeit aktuell nur 90 Prozent der Stellen als Zeitsoldaten besetzt werden können, ist für die Militärstrategen höchst bedrohlich. Schließlich machen diese Kräfte die Hauptmasse der Armee aus und stellen das größte Kontingent bei Kriegseinsätzen.

Ein Heer von Arbeitslosen?

Für den Werbefeldzug der Bundeswehr ist das Arbeitslosengeld II zentrales Rekrutierungsinstrument – Jobcenter sorgen für Nachschub an Soldaten. Die Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt und der zunehmende Druck für Erwerbslose, seit der mehrfach verschärfte Hartz IV-Gesetzgebung jeden noch so miesen Job und jede noch so unsinnige Maßnahme annehmen zu müssen, lockt die Bundeswehr, immer offensiver für den „Job“ des Soldaten zu werben. Und deren ökonomische Argumente scheinen vielen jungen Arbeitslosen verlockend, da ausgerechnet sie, die unter 25-jährigen, am stärksten unter der Schikane der ARGEN zu leiden haben:

Seit vorletztem Jahr erhalten sie in der Regel nur noch 276 Euro monatlich und sind verpflichtet, bei ihren Eltern zu wohnen. Ihnen kann schon bei geringem „Fehlverhalten“ das Arbeitslosengeld komplett gestrichen werden. Vor die Wahl gestellt zwischen einem Leben in Armut bei den Eltern und einer Ausbildung bei der Bundeswehr, entscheiden sich nicht wenige für die Uniform und einen Umzug in die Kaserne – trotz Verpflichtung zu mindestens einem Jahr Auslandseinsatz! Mehr als jeder Dritte einberu-

schulen.

Im sog. „Berliner Modell“ z.B. werben die Arbeitsagenturen darüber hinaus Firmen an, die leicht über ihren Bedarf hinaus ausbilden. Die Bundeswehr beteiligt sich mit 250 Euro monatlich an den Kosten und bekommt dafür die ausgebildeten Fachkräfte als Zeitsoldaten.

Und auch an den Schulen versucht die Bundeswehr für das Kriegshandwerk inklusive

weh an Arbeitsämtern und Schulen. Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen! Nach mehrfachen Störaktionen waren die monatlichen Veranstaltungen an der Arbeitsagentur in Köln komplett ausgesetzt wor-



Zusatzbildungen zu werben und die Meinungshoheit bei mehr als nur außenpolitischen Themen zu erlangen. Fertige Unterrichtseinheiten mit Hochglanzmaterialien „entlasten“ den/die LehrerIn. Die Länderministerien weisen die Schulämter explizit auf eine Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren hin. Ein Bundeswehr-PR-Experte beklagt jedoch, dass die kulturministeriellen Empfehlungen den Lehrern als Endentscheidern einen so großen Spielraum ließen, dass diese letztendlich selbst festlegen, in welchem Maß die Bundeswehr im Unterricht behandelt und ob Jugendoffiziere hinzugezogen würden. Für die Zukunft wird angestrebt, dies verbindlicher zu regeln. AbiturientInnen, die

Dies hatte der Leiter der Kölner Arbeitsagentur angeordnet, nachdem die Bundeswehr bei ihren Werbeveranstaltungen bewaffnete Militärpolizei als Saalschutz eingesetzt hatte und dieses Vorgehen auf breite Proteste gestoßen war.

Auch in Berlin und Bielefeld sagten die Arbeitsagenturen nach Protesten die Info-Veranstaltungen ab. Zu Protestaktionen gegen Bundeswehrveranstaltungen kam es außerdem in den vergangenen Monaten in Bielefeld, Aachen, Bautzen und Görlitz. In der Arbeitsagentur Wuppertal musste die Veranstaltung gleich zu Beginn abgebrochen werden, da der Werbeoffizier eine Torte ins Gesicht gedrückt bekam. In Rostock sagte die Bundeswehr ihre Veranstaltung für den 31. Mai kleinlaut ab, als vorzeitig angereiste G8-GipfelgegnerInnen ihre Teilnahme per Pressemitteilung ankündigten.

In Weimar wehrten sich SchülerInnen gegen den Besuch des Bundeswehr-Infomobils an ihrer Schule. Der Werbetruck wurde über Nacht von oben bis unten mit Antikriegsparolen besprüht und die Bundeswehrwerber auf dem Schulhof tags darauf von einer Dauerkundgebung umzingelt.

Ein Eingreifen in die gut geschmierte Rekrutierungsmaschinerie der Bundeswehr bedeutet hierbei mehr als das konkrete Abwerben einzelner potenzieller SoldatInnen. Es geht um das generelle Zurückdrängen einer Bundeswehr, die sich zunehmend unangegriffen im öffentlichen Raum zu Hause fühlen darf. Eine unwidersprochene Alltagspräsenz des Militärs spiegelt nicht nur, sondern prägt auch gesamtgesellschaftliches Bewusstsein zugunsten einer fortschreitenden Militarisierung des Außen und Innen.

Verena Kemper (Initiative Bundeswehr-Wegtreten)

Weitere Infos findet Ihr unter www.bundeswehr-wegtreten.tk



fene Wehrpflichtige ist zuvor arbeitslos gemeldet gewesen.

Die Zusammenarbeit ist bundesweit durch eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), den Zentren für Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, Wirtschaftsunternehmen und den Arbeitsagenturen geregelt. Die Ausbildung im „Betrieb Bundeswehr“ findet in 34 Ausbildungswerkstätten sowie rund 350 Ausbildungsstätten der Streitkräfte und der Bundeswehrverwaltung statt. Unterricht gibt es an normalen Berufs-

bereit sind, sich für 12 Jahre bei der Bundeswehr zu verpflichten, zahlen an den Bundeswehr-Hochschulen in München und Hamburg keine Studiengebühren.

Wer Öffentlichkeit sucht, muss sie ertragen

Seit geraumer Zeit stiften AntimilitaristInnen und Erwerbslosengruppen Unruhe bei Reklameinsätzen der Bundeswehr. Ihr Schwerpunkt sind die Rekrutierungsveranstaltungen der Bundes-

SSS-DSCHUNGEL

Macht mal Urlaub

Tja, schön gesagt, aber um einen Urlaubsanspruch zu haben, muss mensch ja erst mal lohnarbeiten. So steht es jedenfalls im Bundesurlaubsgesetz (BUrlG). Was viele Beschäftigte aber nicht wissen und Chefs ihnen auch verheimlichen, ist, dass „jeder Arbeitnehmer“ und natürlich auch jede Arbeitnehmerin einen Anspruch haben. Laut § 1 BUrlG hat „jeder Arbeitnehmer in jedem Kalenderjahr Anspruch auf bezahlten Erholungsurlaub“. Dies gilt somit nicht nur für Vollzeitbeschäftigte, sondern auch für alle Teilzeitbeschäftigten, alle befristeten Beschäftigten, alle Leiharbeiter, alle „Aushilfen“, alle geringfügig Beschäftigten (400Euro-JobberInnen) etc. Auch wer nur zwei Stunden am Tag arbeitet, muss trotzdem den ganzen Tag als Urlaub gewährt bekommen.

Zwar entsteht der volle Urlaubsanspruch erst nach 6-monatiger Beschäftigung (§ 4 BUrlG), aber ein Teilanspruch besteht schon vorher. Gemäß § 5 Abs. 1 BUrlG hat der Arbeitnehmer „Anspruch auf ein Zwölftel des Jahresurlaubs für jeden vollen Monat des Bestehens des Arbeitsverhältnisses“.

Diesen kann dann auch jede/r bei einem kürzeren Arbeitseinsatz als 6 Monate in Anspruch nehmen. Sei es in Form von freien, bezahlten Tagen oder einer Ausbezahlung. So besagt § 7 Abs. 4 BUrlG: „Kann der Urlaub wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses ganz oder teilweise nicht mehr gewährt werden, so ist er abzugelten.“

Aber wie hoch ist denn nun der „volle“ Jahresurlaub? Im BUrlG unter § 3 findet ihr den Wert: „Der Urlaub beträgt jährlich mindestens 24 Werktage“ (Abs. 1).

Da auch der Samstag ein Werktag im Sinne des Gesetzes ist, heißt dies bei einer persönlichen 5-Tage-Woche nur noch 20 Tage. Teilzeitbeschäftigte (z.B. 3 Tage Woche) müssen sich entsprechend dem Vollanspruch ihren Teilanspruch ebenfalls ausrechnen. Bei mehreren Teilzeitarbeitsverhältnissen entsteht der anteilige Urlaub in jedem Arbeitsverhältnis, so dass jeder Mensch irgendwann mal 4 Wochen am Stück Urlaub machen kann, wenn er wenigstens mehr als sechs Monate gearbeitet hat, da dann schon der volle Urlaubsanspruch entsteht (s.o.).

Bei der Gewährung des Urlaubs, sprich dem Zeitpunkt, müssen eure Wünsche berücksichtigt werden. „Bei der zeitlichen Festlegung des Urlaubs sind die Urlaubswünsche des Arbeitnehmers zu berücksichtigen, es sei denn, dass ihrer Berücksichtigung dringende betriebliche Belange ...“ (§ 7 Abs. 1 BUrlG).

Lediglich dringende betriebliche Belange können somit eure freie Wahl des Urlaubs einschränken. Der Gesetzgeber meint hier wirklich nur sehr dringende und insbes. außergewöhnliche Ereignisse. Also nicht die alltäglichen Unternehmerrisiken wie Krankheit eines anderen Beschäftigten oder ein gerade wieder mal steigendes Auftragsvolumen oder viele Kunden in der Kneipe, weil schönes Wetter kommen soll. Hier müssen schon außergewöhnlich viel krank werden bzw. ein unerwartetes Auftragsvolumen vorliegen.

Etwas problematischer sieht es allerdings aus, wenn per Direktionsrecht ein Betriebsurlaub festgelegt wird. Da hilft dann nur noch die Gründung eines Betriebsrates, der so etwas verhindern könnte. Aber wenn der dann auch noch mit unterschreibt, seid ihr komplett gelinkt.

Auch darf euch die Chefin nicht einfach wegen Arbeitsmangel Urlaub aufs Auge drücken. Urlaub ist euer individueller Anspruch auf bezahlte freie Zeit. Selbst wenn ihr schon am Jahresanfang vorgeschrieben bekommt, wann ihr Urlaub nehmen könnt/sollt, habt ihr das Recht, auch ohne „wichtigen“ Grund zu widersprechen und euch einen anderen Zeitpunkt auszuwählen. Somit unterliegt die Festsetzung des Urlaubszeitraumes nicht dem sog. „billigen Ermessen“ der Arbeitgeberin, im Sinne von § 315 BGB.

Zusätzlich habt ihr noch einen gesetzlichen Anspruch darauf, den Urlaub zusammenhängend zu nehmen. Lediglich dringende betriebliche Belange ändern das. Aber selbst dann sind euch, bei einer 5 Tage Woche, wenigstens zwei Wochen am Stück zu gewähren: „Der Urlaub ist zusammenhängend zu gewähren, es sei denn, dass dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe eine Teilung des Urlaubs erforderlich machen (§ 7 Abs. 2 BUrlG). Damit ist auch klar, dass ihr auf euren eigenen Wunsch auch Teilurlaub machen könnt.

Ebenso ist dies bei der Übertragung des Urlaubs ins nächste Jahr: „Eine Übertragung des Urlaubs auf das nächste Kalenderjahr ist nur statthaft, wenn dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe dies rechtfertigen“ (§ 7 Abs. 3 BUrlG).

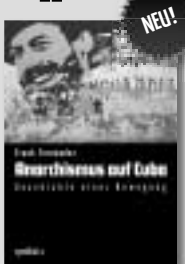
Solltet ihr mal dummerweise im Urlaub krank werden, solltet ihr daran denken, zum Arzt zu gehen und euch einen „gelben Schein“ zu holen. Denn dann bekommt ihr diese Kranktage gutgeschrieben und könnt den Urlaub zu einem späteren Zeitpunkt nehmen. So besagt § 9 BUrlG: „Erkrankt ein Arbeitnehmer während des Urlaubs, so werden die durch ärztliches Zeugnis nachgewiesenen Tage der Arbeitsunfähigkeit auf den Jahresurlaub nicht angerechnet.“ Aber Vorsicht, nicht einfach im Anschluss an die Krankheit zu Hause bleiben. Dann könnte euch eine fristlose Kündigung drohen.

Dies gilt auch prinzipiell. Ihr dürft euch euren Urlaub nicht selbst gewähren, sondern müsst ihn euch vom Arbeitgeber unterschreiben lassen (nur schriftliches ist notfalls wirklich beweisbar) oder gerichtlich durchsetzen. Aber ihr habt das Recht, dass ihr euren Urlaubsantrag „zügig“ unterschrieben bekommt (vgl. ArbG Frankfurt a.M. Az.: 5 Ga 286/03).

Dies sind im Wesentlichen die gesetzlichen Bestimmungen. Von einem zusätzlichen Urlaubsgeld und von 30 Tagen (6 Wochen) Urlaub ist da gar nicht die Rede. Ob euch das zusteht, hängt einerseits von eurem Arbeitsvertrag ab, oder ob ihr in einem Betrieb arbeitet, bei dem die entsprechenden Tarifverträge gelten und auf alle dort Beschäftigten angewendet werden.

Thersites

sundikal-a medienvertrieb • bismarckstraße 41a • d-47443 moers • fon & fax 0 28 41 53 73 16 • www.sundikal-a.de

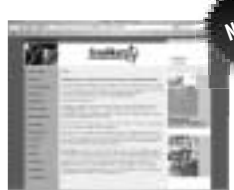


NEU!
Frank Fernández
Anarchismus auf Kuba
Geschichte einer Bewegung
Ein gern verschwiegener schwarz-roter Faden zieht sich durch die Geschichte Kubas. Frank Fernández hat mit seinem Buch diese Geschichte neu aufgerollt. Er zeichnet ein Bild der wechselvollen Geschichte der libertären kubanischen Bewegung, die oft in den diversen politischen Strömungen unterzugehen drohte und letztlich aber erst von Castros „sozialistischer Revolution“ eliminiert werden konnte. Aus dem Englischen von Michael Halbrot.

ISBN 3-9810846-3-2
ISBN 978-3-9810846-3-4
Paperback, 144 Seiten, € 8,90

Vertrieb von Büchern, Broschüren, Tonträgern und mehr...

Neben unserer eigenen Verlagsproduktion (auch für WiederverkäuferInnen) bieten wir ein ausgesuchtes Vertriebsprogramm an Medien für den täglichen Klassenkampf an. Unser komplettes Programm erhaltet du entweder in unserem Laden in Moers, per Mailorder oder aber in unserem Webshop unter www.sundikal-a.de. Über aktuelle Neuerscheinungen und Angebote informiert unser Newsletter, den du bei sundikat-a@faun.org anfordern kannst. Dort kannst du selbstverständlich auch schon den SyndiKal 2008 vorbestellen.



NEU!
SyndiKal – Taschenkalender für das Ende der Lohnarbeit
SyndiKal soll eine tägliche Hilfestellung für alle sein, die sich im Betrieb und im Stadtteil gegen den sozialen Angriff und die tödliche Normalität des Kapitals und seines politischen Systems zur Wehr setzen. SyndiKal wird neben Hintergrundinfos zu jedem Monat des Jahres u.a. einen Infoteil mit Tipps, wie man gegen Bosse und Behörden die Nerven behält enthalten, sowie nützliche Adressen von Gruppen und Medien aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.
192 Seiten,
€ 6,50 / CHF 10,00
Mehr Infos zum Kalender unter www.sundikal.info

Katalog anfordern!

Das Wunder von Madrid

Eine historisch-fiktive Reportage über die Ereignisse vom 7. November 1936

Zum Geleit

2006 jährte sich der Beginn des spanischen Bürgerkriegs zum siebzigsten Mal. Der Bürgerkrieg war der Prolog zum Zweiten Weltkrieg, der vorweggenommene Kampf zwischen dem europäischen Faschismus und den Kräften der Demokratie und des Sozialismus. Nach viermonatigem Kampf rückten die faschistischen Truppen Francos auf die Hauptstadt Madrid zu. Die Ausgangslage war denkbar schlecht. Selbst Optimisten glaubten nicht, dass die Stadt lange zu halten sei. Wir veröffentlichen an dieser Stelle eine literarische Bearbeitung der historischen Ereignisse jener Tage. Im Mittelpunkt dieser Reportage steht das Volk von Madrid.

Zum Text

Diese Reportage wurde erstellt nach Motiven aus: „Die bitteren Träume“ von Max Aub „Spanisches Tagebuch“ von Michail Kolzow „Das Wunder von Madrid“ von Dan Kurzman „The struggle for Madrid“ von Robert Colodny

Zum Abschied

Nach zwei Jahren geben wir mit dieser Ausgabe der DA die Redaktion Zeitlupe ab. Wir hoffen, dass Euch die dargebotenen Beiträge gefallen und bereichert haben. Den GenossInnen der OG Flensburg, die in unsere Fußstapfen treten, wünschen wir ein gutes Gelingen und frohes Schaffen.

Mit schwarz-roten Grüßen
Matthias Seiffert & Holger Marcks (Bsy Berlin)

Die Nacht des 6. November ist kalt und mondlos. Seit dem 1. November rücken die Franco Truppen, 25.000 Mann stark, auf Madrid vor. Technisch und organisatorisch sind sie den verteidigenden Republikanern weit überlegen. Am 4. November nehmen sie den Vorort Getafe ein, am 5. November dringen sie in die Vororte Alcarcon und Leganés ein, hier liegen die Endstationen einiger Buslinien und Straßenbahnen Madrids.

Am 6. November versuchen die Franco-Faschisten über den Arbeitervorort Carabanchel auf die Segovia-Brücke vorzustoßen, um den Manzanares zu überschreiten und in die Innenstadt von Madrid einzudringen.

Aus den umkämpften Vororten ergießt sich ein Flüchtlingsstrom in die Innenstadbezirke von Madrid, ein langer Zug aus Karren, Tieren und Menschen. Ein Mann aus dem Flüchtlingsstrom tritt auf uns zu: „Entschuldigen Sie, wo werden hier die Gewehre ausgegeben?“

Wir fragen zurück: „Zu welcher Organisation gehörst Du?“
„Zu keiner.“
„Zu welcher Partei?“
„Zu keiner.“
„Was bist Du?“
„Landarbeiter.“
„Sag Kamerad. Wozu willst Du ein Gewehr?“
„Ich will mein Land verteidigen.“
„Hat man es Dir weggenommen?“
„Mir? Ich hatte keines, die Volksfront hat es mir gegeben.“

Es gibt an diesem Tag auch einen Zug in die andere Richtung, in die umkämpften Stadtteile. Wir begegnen einer Kolonne, die, vom Retiro-Park kommend, in Richtung Puerta del Sol marschiert. Eine lange Kolonne von Männern, alle in Zivil, unbewaffnet.

Wer sind sie? Wohin wollen sie?
„Es sind die Männer vom Baugewerbe und sie ziehen nach Carabanchel.“
„Ohne Waffen?“
„Sie gehen die Gefallenen abzulösen.“

Zur gleichen Zeit machen sich immer mehr Alte, Frauen und auch Kinder auf den Weg an die Front. Sie wollen die Kämpfenden mit Proviant, Wasser und Decken versorgen.

Auch im Regierungsviertel herrscht hektische Aktivität. Deren Ziel ist aber ein ganz anderes: Die Regierung flüchtet – Verzeihung – verlegt ihren Sitz nach Valencia. Um 18.45 Uhr hat Premierminister Largo Caballero die Zustimmung des Kabinetts dafür eingeholt, einige Minuten später sitzt er in seinem mit Koffern gepacktem Wagen.

General Miaja war als Vorsitzender einer Verteidigungs junta, bestehend aus Vertretern aller in der Volksfront organisierten Parteien und Gewerkschaften, eingesetzt worden. Von Largo Caballero sollte er in diesen Novembertagen nichts mehr hören, abgesehen von einem Brief folgenden Inhalts, überbracht von seinem Adjutanten:

„In Anbetracht dessen, dass das Kriegsministerium und der Generalstab bei ihrer Abreise nicht vermocht hatten, Essgeschirr und Wäsche mitzunehmen, was sich jetzt unangenehm auswirkt, bitte man, dem Überbringer Ess- und Teeservice des Kriegsministeriums auszuhändigen, einschließlich der dazugehörigen Tischtücher und Servietten; man solle auch für den notwendigen Automobiltransport zur sofortigen Übermittlung der genannten Gegenstände nach Valencia sorgen.“



Währenddessen strömen immer mehr Menschen zu den Manzanares-Brücken, nach Carabanchel und in den Casa de Campo-Park. Barrikaden wachsen in den Straßen, zuerst eher provisorische Haufen aus Pflastersteinen

und Möbelstücken, im Casa de Campo werden Schützengräben ausgehoben.

Gruppen von Frauen ziehen durch die Straßen, Gewehre geschultert und schreien mit durchdringender Lautstärke: „Uno, dos, tres, quatro, siete, Todos los hombres al frente.“

Ohne jede Führung und Anweisung durch die Regierung hat Madrid sich entschlossen, sich selbst zu verteidigen.



Im Kriegsministerium: General Miaja versammelt den neuen Generalstab und die Gewerkschaftsführer um sich. Von den Gewerkschaftsführern verlangt er die Mobilisierung von 50.000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern innerhalb der nächsten 24 Stunden. Sie sollen die Stadt zwei Tage lang halten, bis Reserven eintreffen.

In jedem Volkshaus, ja in jedem Theater Madrids versammeln sich die über den Rundfunk mobilisierten Gewerkschaftsmitglieder. Die Handlungsgehilfen im Theater Calderon, die Straßenkehrer im Espanol, die Grafiker im Comedia und die Friseur im Zarzuela Theater.

Fast 300 ihres Gewerbes sind hier, unter ihnen Meister, Gesellen und Lehrlinge. Es fehlen ungefähr hundert. Einige sind in Kommissionen abdelegiert worden, andere sind für die Wache in der Casa del Pueblo eingeteilt, acht sitzen im Vorzimmer des Kriegsministeriums. Andere haben verschlafen, die restlichen trudeln nach und nach ein. Alle Altersstufen sind vertreten: von fünfzehn bis achtundsechzig.

Aber es gibt keine Gewehre. Die wenigen geben sie von Hand zu Hand weiter und einige Waffenkundige erklären den Ahnungslosen, wie man das Gewehrschloss öffnet, wie man zielt, etc.

Jacinto Bonifaz steigt auf eine Bank und spricht zu der Menge:

„Genossen! Die Stunde ist gekommen. Diese faschistische Kanaille steht vor den Toren Madrids... General Miaja, der die Verteidigung Madrids übernommen hat, erwartet, dass unsere Gewerkschaft ihre Mission erfüllt, genau wie die anderen, die sich zu dieser Stunde, wie ihr wisst, an verschiedenen Orten der Stadt versammeln. Die Losung heißt schlicht und einfach: nicht zurückweichen. Wohin man uns schickt, dort bleiben wir: tot oder lebendig.“

Epifanio Salcedo erhebt die Stimme: „Mit was sollen wir losziehen? Mit unseren Rasiermessern?“

„Wir haben für drei Mann je ein Gewehr“, spricht Jacinto Bonifaz weiter. „Das genügt. Auf alle Fälle werden immer hundertfünfzig von uns parat sein und dafür sorgen, dass sie nicht durchkommen. Und sie werden nicht durchkommen, no pasarán! Und wenn sie durchkommen, wird es keinem von uns mehr etwas ausmachen. Falls einer es sich anders überlegt, soll er's jetzt sagen. Bildet jetzt zu zehnt immer eine Gruppe, nach Belieben, und ernennet jeweils einen zum Anführer, und zwar einen, von dem ihr meint, dass er starke Nerven hat; und dann einen, der ihn, wenn er fällt, ersetzten soll. Und für den einen wieder einen, und so weiter...“

„Hat noch jemand eine Frage?“ erkundigt sich Bonifaz, bevor er von der Bank heruntersteigt. Niemand achtet auf ihn, denn sie sind bereits dabei, ihre Gruppen zu bilden.

„So, dann tretet jetzt bitte in Dreierreihen an. Gleich werden die Mäuser gebracht.“

Ungefähr ein Drittel von ihnen hat noch nie eine Waffe in der Hand gehabt.

„Bis fünf Uhr habt ihr genug Zeit zum üben.“

7. November

Es ist kalt, feiner Regen fällt auf Madrid. Madrid ist eine andere Stadt geworden: Jedes Haus ist eine Festung, auf den Dächern und Balkonen sind Molotowcocktails aufgereiht, bereit auf die Angreifer geworfen zu werden, die Fenster sind mit den Matratzen der Bewohner verbarrikadiert. Häuser- und Straßenkomitees sind gebildet worden, die den Barrikadenbau organisieren, Waffen – und seien es alte Jagdgewehre und Schrotflinten – requirieren und verteilen. Die Frauen haben das Nachschubproblem gelöst, indem sie mit der Metro oder der Straßenbahn an die Front fahren und die Kämpfenden mit allem versorgen, was sie brauchen.

Die Niederlagenstimmung hat sich mit der Regierung nach Valencia verzogen.

Carabanchel:

Wir befinden uns an der Landstraße nach Extremadura. Einer der Milizsoldaten, Antonio Coll, erzählt uns, dass er vor dem Bürgerkrieg Amtsdienst im Marineministerium war. Seitdem kämpft er für die Republik. Vor ein paar Tagen war er im Central Kino und hat sich den Film „Tschapejew“ angeschaut. Das Raseln von Panzerketten ist zu hören. Sieben italienische Fiat Panzer rollen heran, sie walzen durch die erste Barrikade. Antonio Coll geht in einem Hauseingang in Deckung, wartet bis der erste Panzer herangekommen ist und hält seine Zigarette an die Zündschnur der Dynamitstange, die er in den Händen hält. Dann springt er aus der Deckung und wirft sie unter den ersten Panzer. Die Explosion bringt ihn zum stehen. Handgranaten fliegen gegen den Turm, der Panzerangriff stockt, ein zweiter Panzer fängt an zu brennen.



Die Milizionäre springen aus ihren Verstecken: „Jetzt sind wir die Angreifer.“

Eine wütende, schlecht bewaffnete Volksmasse stürzt sich wie eine Brandung im Sturm auf den Gegner. Aber es ist ein ungleicher Kampf. Menschen mit bloßen Händen gegen stählerne Maschinen. Auch als die Ersten fallen, gehen die anderen weiter voran. Sie beginnen zu laufen, springen über Hindernisse, Granattrichter und Erdspalten und kümmern sich nicht um die Geschossgarben, die blutige Lücken in ihre Reihen reißen; und wenn sie keine Gewehre haben werfen sie mit Steinen.

Casa de Campo:

Am Lago Casa de Campo treffen wir wieder auf Jacinto Bonifaz und seine Friseur. Hinter ihm liegt ein Mann, den er schon einmal gesehen hat, im Volkshaus. Er wartet darauf, dass sie ihn töten, um an sein Gewehr ranzukommen. Oder um es ihm wegzunehmen, sobald er Angst bekommt, denn so haben sie's ausgemacht. Angst? Angst wovor? Vor den Faschistenschweinen? Das wäre ja noch schöner. Hier lässt sich niemand einschüchtern.

Rechts vor ihm steht Sindulfo Zambrano, vom Gewerkschaftsvorstand, links von ihm Don Pedro Gandarias, von der Plaza de la Cebada. Und hinter ihm liegen der Pinto und der hinkende Juan. Und dahinter kann er noch Juan Pérez und Valeriano Monzón aus der Calle de Atocha erkennen, allesamt unrsiert.

Wann hat man das schon mal gesehen? Unrsierte Friseur! Andererseits, wann hätte man je so viele Friseur auf einem Haufen gesehen, die noch dazu ein Bataillon bilden? Das Figaro-Bataillon: hört sich gut an, ein guter Name.

Zweihundertfünfzig von ihnen stehen auf einem Abschnitt von 300 Metern. Und sie

schießen, ohne zu zielen zwar, aber ununterbrochen. Die Marokkaner der Franco-Truppen fallen, einer nach dem anderen, wenn auch nicht unbedingt die, die man aufs Korn genommen hat. Jacinto Bonifaz zielt sorgfältig auf den Fähnrich und trifft.

„Glück muß man haben.“



Das war das Letzte, was er sagte, eine Kugel traf ihn in den Mund und trat zum Hinterkopf wieder heraus. So konnte er nicht einmal mehr ein „Ai!“ ausstoßen.

Ramiro Hinojosa nimmt sein Gewehr und pflanzt das Bajonett auf. Das braucht er nicht mehr. Ein Maschinengewehr, das plötzlich aus dem Nichts auftaucht, stoppt den Vormarsch der Eliteeinheiten. Aufatmen.

Aber sie stehen noch an der gleichen Stelle, an der man sie bei Morgengrauen aufgestellt hat. Und es ist zwölf.

Ähnliche Szenen spielen sich an diesem 7. November an vielen Stellen rund um Madrid ab. Gegen alle militärische Wahrscheinlichkeit gelingt es den Franco Truppen nicht, nach Madrid einzudringen, im Gegenteil: an einigen Stellen erzielen die Verteidiger sogar Geländegewinne. Bei einem dieser Angriffe wird ebenfalls ein italienischer Panzer zerstört. Als die tote Besatzung durchsucht wird, findet man bei dem Panzerkommandanten ein Dokument mit dem Titel: „Operationsbefehl Nr. 15“. Es ist der Plan des Franco-Generals Varela für die Einnahme Madrids. General Miaja kann die Verteidiger Madrids entsprechend den Angriffsplänen Francos umgruppieren, aber es fehlt an Waffen, es fehlt aber vor allem an Reserven.

8. November

Wir fahren Richtung Valencia. Plötzlich geht es nicht mehr weiter. Eine nicht enden wollende Kolonne von Lastwagen kommt uns entgegen. Auf ihnen, dicht gedrängt, Männer in Uniformen. Sie singen. In welcher Sprache singen sie? Es sind keine Spanier. Woher kommen sie?

Unser Fahrer schreit: „Das sind Franzosen! Ich hab's ja immer gesagt, dass Frankreich uns nicht im Stich lassen kann!“

Lastwagen und noch mehr Lastwagen. In welcher Sprache singen sie? Auf französisch, ja. Aber diese hier nicht. Diese hier singen auf italienisch. Und die dort? Ist das russisch? Deutsch? Tschechisch? Und die hier, auf englisch! Die Soldaten der internationalen Brigaden fahren hinauf nach Madrid.

Über die Gran Vía, die Prachtstraße Madrids, marschieren sie schließlich unter dem Jubel der Bevölkerung ins Universitätsviertel und den Casa de Campo.

Gemeinsam mit dem Volk von Madrid halten sie dort die Stellungen gegen die Franco-Faschisten unter ungeheuren Opfern und Entbehrungen.

Madrid sollte erst am Ende des Bürgerkriegs, im April 1939, in die Hände der Franco-Truppen fallen.



Das „Wunder von Madrid“ war nicht im Wirken eines „höheren Wesens“ begründet, das „Wunder von Madrid“ hatte unzählige Väter und Mütter aus Fleisch und Blut, mit all ihren Fehlern und Schwächen.

In diesen Novembertagen aber wuchsen sie über sich selbst hinaus und bestätigten eindrucksvoll, dass das Volk und nur das Volk die Triebkraft ist, die Geschichte macht.

Wolfgang Hänisch

CONTRASTE
Die Monatszeitschrift für Selbstorganisation

STADTBÜRGERSCHAFTEN – Von Menschen zum Leben bewachen – soziale und wirtschaftliche Teilhabe auf lokaler Ebene sichern – Stärke in der Vielfalt – Stadtbürgerschaften bilden – Engagement vieler Interessengruppen – Stadtbürgerschaft – Sonnenberg – Bürgerarbeit aktivieren – Netzwerk für bessere Lebensqualität – SBS Sozialer Betrieb Südwest – Experiment in der sozialen Stadtentwicklung – Netzwerk Wohnen: Einmalig regional (Rheinlandpfalz); Süd – Gemeinde – Gemeindefach – Tagung: Stadtbürgerschaften und Stadtbau – **BRUNNEN** – Einziges Projekt – „Les Terraces“ in Dijon, Frankreich; **WEPRESSION** – Bundesweite Großaktion: Alle auf Hirtengässen; **PROTESTE** – Wir sind zurück! – Gegen **BEWEGUNGS** – Bundesland: Die beschleunigte Ackerbauern vom Mandragora; **BRUNNEN LEARN** – Solidarität – GmbH statt Ich; **WELT ODER LEBEN** – Der Bundesrat ist gescheitert; **BOLZERN** – Die ArbeiterInnen von El Alto; **BRUNNEN** – **BRUNNEN** – **BRUNNEN**

BRUNNEN SEITEN 2001 – Das Adressverzeichnis der Alternativen Bewegung. Mit ca. 13.500 Ansetzungen aus der BRD, CH, A und internationalen Kontaktadressen mit **BRUNNEN** der Alternativen Medien im Internet. Mit 1.200 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios, 300 Seiten (DIN A4) für 10 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für 5 Euro
Es muss aktiviert und mit einer gültigen Kreditkarte bezahlt werden.
Bei Fragen: brunnen@brunnen.org

Bestellungen im Internet oder über **CONTRASTE** c/o Postfach 30 45 20, D-48033 Bielefeld
Probieren Sie: www.contraste.org

Chávez und die Medien

Der Sender RCTV und die angebliche Demokratisierung der Kommunikation

Das Kollektiv der anarchistischen venezolanischen Zeitung *El Libertario* veröffentlicht seine Position in der Debatte um den Fall von RCTV, in dem die gegenwärtige Regierung eine Lösung aufzwingt, bei der wir von der *Gemeinheit des privaten kapitalistischen TV-Oligopols zu den Schrecken kommen, den das Monopol eines bürokratischen und autoritären Staates darstellen kann.*

Seit 20 Jahren schreiben die venezolanischen AnarchistInnen gegen die Übel und Ansichten der privaten Medienkonzerne wie RCTV an. Dieser Konzern stellte seinen wirtschaftlichen Erfolg sicher, indem opportunistische Beziehungen zur gegenwärtigen Staatsmacht und der Sendung von „Müll“ mit der Entschuldigung verbunden wurden, mensch „gebe den Leuten, was sie wollen“. Die Probleme, die dieser Sender bereitete, dienen nun als Vorwand, eine Lösung durchzudrücken, die eine Wiederholung und Multiplikation derselben Übel darstellt. Im Venezuela des Jahres 2007 soll die Niedrigkeit eines Teils des privaten Oligopols durch den Alptraum eines Staatsmonopols korrigiert werden, womit die Vorteile für die Regierung in nie dagewesener Weise steigen und die Produktion von „Müll“ gerechtfertigt wird, vorausgesetzt, es bleibt alles schön „rosarot“ (1). Genau gesagt werden wir Miguel Ángel Rodríguez los, aber dafür bekommen wir den gelobten Mario Silva, den Vorzeigjournalisten der Fünften Republik.

Die Geschichte des venezolanischen Fernsehens lehrt, daß Privateigner von Medien niemals das Recht auf Meinungsfreiheit anerkannt haben, insbesondere dann, wenn dieses Recht ihre Profite und ihre privilegierte politische und kulturelle Position beeinträchtigte. Vor oder nach 1999 hat der Staat nichts unternommen, um das Fernsehen zu begrei-

fen, um es als Mittel zur Ausübung und Verteidigung seiner Machtinteressen zu benutzen. Aus diesem Grunde war der kleine, verfügbare Raum, der zur freien Verbreitung und Diskussion von Vorstellungen im TV möglich gewesen wäre, sehr schwach ausgeprägt, da diejenigen, die hier die Macht haben, dies immer so haben wollten.

Als sei dies nicht genug, müssen Regierungs- und oppositionelle Fraktionen miteinander konkurrieren in dem Kampf, der seit der Übernahme der Präsidentschaft durch Chávez um die Kontrolle über Staat und Ölprofite ausgebrochen ist, und die Massenmedien opportunistisch und tendenziös nutzen, da sich ein Schlachtfeld entwickelt hat, auf dem die Anerkennung des Rechts auf Meinungsfreiheit bedeutet, dem Feind Raum zu



geben, innerhalb dieser perversen Logik der Polarisierung, die wir in letzter Zeit erdulden müssen, und in der diejenigen von uns, die kritisieren und sich im Dissens gegenüber den Machthabern befinden, von beiden Seiten verachtet und ausgeschlossen werden.

Trotz aller Nuancen und Warnungen, die im Fall Venezuela im Kampf um das bißchen Meinungsfreiheit gegeben sind, gibt es verschiedene Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die hauptsächliche Gefahr, die dieser Freiheit droht, vom Staat und seiner eindeu-

tigen Absicht ausgeht, ein dem sogenannten Sozialismus angepaßtes Kommunikationsmodell zu schaffen, das jedoch nichts weiter ist als die neuen Kleider der kapitalistischen Herrschaft in Venezuela. Wir sind sicher, daß alle getroffenen Maßnahmen gegen einige der wichtigen Figuren (Granier von RCTV, Ravell von Globovisión und die heute schweigenden Armas Camero von Televén oder Cisneros von Venevisión), prompt auch gegen den Rest der Dissidenten des Landes eingesetzt werden, inklusive derer innerhalb der Regierung.

Wir leben unter einem Regime, das jede Art Kritik oder Nichtzustimmung ablehnt und es sogar zur Tugend erklärt, alles zu unterdrücken und jeglichen Protest gegen den Mißbrauch der Macht und gegen die Inkompetenz sofort zu diskreditieren und jede mögliche Kritik zur kriminellen Verschwörung (der CIA, der paramilitärischen kolumbianischen Gruppen, der Rechten, die einen Staatsstreich will etc.) aufzubauchen. Für diese paranoide, stalinistische Einstellung ist die bloße Forderung von Rechten der unumstößliche Beweis für die Verschwörungen, die den „revolutionären Prozeß“ bedrohen. Der für die venezolanische Regierung charakteristische Dogmatismus rechtfertigt die Einschränkung dieser Rechte im Namen eines absurden „Sozialismus“, der stolz den einen nimmt und sich mit den anderen verständigt, den multinationalen Konzernen Besitzrechte zuschanzt und die brandneue „Bolibourgeoisie“ schützt. (2)

Angesichts dieser Lage können wir venezolanischen AnarchistInnen nur das jetzt verstümmelte Recht auf Meinungsfreiheit verteidigen, ebenso alle anderen politischen und sozialen Rechte, die für die Existenz und Bildung einer autonomen basisdemokratischen Bewegung unverzichtbar sind. Die Möglichkeit der Kommunikation im ganzen und menschlicheren Sinne ist für uns ein Mittel,

aber auch ein Ziel, die Gesellschaft von freien und gleichen Menschen zu erreichen, die wir verwirklichen möchten. Gleichzeitig lehnen wir ab, daß die gegenwärtige Situation der Konfrontation dazu benutzt wird, Dissidenten zu kriminalisieren und ein Recht zu etablieren, das einem Polizeistaat gleichkommt. Der linke autoritäre Staat unterstützt Maßnahmen, die rasch gegen die Teile des Volkes eingesetzt werden, die Forderungen stellen (z.B. werden Blockaden verboten). Wir lehnen auch ab, daß bewaffnete Banden DemonstrantIn-



nen in den Straßen angreifen, eine ganz neue Art paramilitärischer Gruppen, die dem venezolanischen Staat dazu dienen, die Praktiken seiner Handelspartner, Alvaro Uribe und die nordamerikanischen multinationalen Konzerne, zu kopieren. Schließlich weisen wir auf die deutliche Verbindung zwischen der venezolanischen Regierung und Teilen der globalisierten Wirtschaft hin, eine Verbindung, die prekäre Arbeitsverhältnisse und die Unterjochung der bereits Unterdrückten in unserem Land sicherstellen will.

„El Libertario“
Übersetzung: cotkawin (FdA-IFR)

(1) „Rosarot“ ist die von Präsident Chavez und seinen Anhängern gewählte Bezeichnung für den Sozialismus ihrer politische Bewegung, mit der Betonung auf „rosa“, was das Rot betont.

(2) „Bolibourgeoisie“ ist zusammengesetzt aus „bolivarisch“ und „Bourgeoisie“

Seit über 30 Jahren „kooperierten“ RCTV und Venevisión (aus der Cisneros-Gruppe) bei der medialen „Versorgung“. Das Abkommen hatte einen eher ökonomischen als politischen Charakter und beide standen mitunter in Konfrontation zueinander, auch zur gegenwärtigen Regierung. Nach dem Präsidentenreferendum 2004 wurde das stillschweigende Abkommen gebrochen, als die Cisneros-Gruppe aus „gesundheitlichen“ Gründen beschloß, es sei das Beste, mit der Regierung Frieden zu schließen. Das Abkommen wurde bei einem Treffen zwischen Chávez und Gustavo Cisneros in einer der größten Kasernen von Caracas beschlossen, und Jimmy Carter war als Vermittler anwesend. Von Stund an begannen die Flitterwochen zwischen dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und der Konzern-„Gang“; der Verlobungsring waren 5 Jahre Lizenzverlängerung für Venevisión. Zur gleichen Stunde war das Ende von RCTV eingeläutet. Es ärgert jeden Chavista natürlich ungemein, wenn mensch ihn daran erinnert, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß seine Fraktion Venevisión und Cisneros bekämpfte, oder wenn mensch sie bittet, doch mal die qualitativen Unterschiede beider Unternehmen aufzuzählen, die das Schließen des einen sowie das Lob des anderen rechtfertigen.

Quelle:
www.nodo50.org/ellibertario

Greenkett vs Inicjatywa Pracownicza (1)

Ein Interview mit zwei militanten (2) Gewerkschafterinnen

Greenkett Polen ist ein Teil des spanischen Finanzkonzerns Grupo LG, welche nicht nur in Polen, sondern auch in den USA, Brasilien, Portugal, Slowakei und Spanien Fabriken hat. Greenkett bezahlte die ArbeiterInnen nicht pünktlich, Arbeitszeitpläne wurden ihnen nicht gezeigt, es gab keine Arbeitskleidung u.a.m. Der ArbeiterInnenausschuss der Inicjatywa Pracownicza pod Greenkett wurde Mitte Januar 2007 gegründet, 2/3 ProduktionsarbeiterInnen, und forderte sofort, dass die Löhne 30% höher (derzeitige Löhne liegen bei 250 euro Netto) und dass die Arbeitsbedingungen besser werden sollen.

Uns wurde nicht gesagt, was unser Aufgabenbereich ist, es gibt keine Listen über die Arbeit und die Löhne. Die Halle ist grob verschmutzt und es ist sehr laut. Früher gab es keine Kopfhörer um den Lärm zu reduzieren, nun haben sie uns welche gegeben. Die Betriebsführung denkt, dass dies das Problem



lösen wird und wir keine Entschädigung für unsere Gesundheit fordern. Während des letzten Sommers erreichten die Temperaturen in der Halle 43 Grad – dann nahmen sie die Thermometer weg. Gemäß dem Gesetz dürfen es nicht mehr als 28 Grad sein. Im Winter gab es keine Heizung, vor zwei Jahren arbeiteten wir mit zwei Jacken und Mützen bei 8 Grad, während die Klima-anlage im Büro 5.000 zł (1.300 euro) kostet. Jede Person, die länger krank war wurde sofort gefeuert. Einmal hat ein Mädchen dem Boss gesagt, dass sie samstags nicht arbeiten wird. Sie sagten ihr, dass sie das auch nicht müsse und feuerten sie ohne Begründung. Jetzt verdienen wir weniger als zu am Anfang des Bestehens der Fabrik. Vor einem Jahr kürzte ein spanischer Besitzer den Lohn, daraufhin streikten wir. Alle Leute einer Schicht weigerten sich zu arbeiten und die Fertigung wurde für fünf Minuten eingestellt. Dann kam ein Betriebsleiter, brüllte uns an, und wir kehrten zur Arbeit zurück.

- Hattet ihr Probleme mit Repressionen durch die Betriebsleitung der Fabrikbesitzer nachdem ihr den wilden Streik organisiert

habt?
Bevor wir eine Gewerkschaft aufbauten zeigten die polnischen Angehörigen der Betriebsführung (z.B. ein Herstellungsleiter) der gesamten Belegschaft gegenüber eine sehr feindselige Einstellung. Sie warnten uns davon, eine Gewerkschaft zu gründen. Die polnische Betriebsführung verdient zwischen 1.600 und 5.000 zł (zwischen 420 und 1.300 euro), für wenige von ihnen ist es der einzige Job. Ständig wiederholten sie, dass, wenn wir nicht arbeiten wollen würden, müssten wir dies auch nicht, da es eine Menge Freiwilliger darauf warten dies zu tun. Sie schlugen auch vor, dass sie die Fabrik in den Osten verlegen könnten. Wie auch immer, wir erfuhren von der Betriebsführung, dass wir keine Lohnerhöhung bekommen können, weil die Firma ständig am Investieren und Entwickeln ist. Es ist möglich, dass sie eine neue Fabrik in Belchatow öffnen. Sie ziehen auch die Slowakei in Betracht. Wir denken, dass sie die Fabrik nicht weit in den Osten verlegen werden, da die Transportkosten zu hoch wären.

- Wie habt ihr herausgefunden, dass ihr eine Gewerkschaft gründen könnt? Habt sich die Beziehungen zwischen euch und der Betriebsführung seitdem verändert?

Ein Ehemann von uns kennt GewerkschafterInnen der „IP“ in einer Cegielski-Fabrik in Poznan. Wir wollten etwas tun, wir erfuhren, dass wir 10 ArbeiterInnen finden müssten, um einen Gewerkschaftsausschuss zu gründen. Es bereitete keine Probleme, diese Leute zu finden. Einige GewerkschafterInnen aus Poznan kamen her und halfen uns mit all den Papieren. Dann, Schritt für Schritt, unterschrieben weitere Leute. Bis jetzt haben 58 Leute unterschrieben. Die Beziehungen in der Fabrik sind sehr viel besser. Die Betriebsführung wurde liebenswürdig, freundlich, sie begannen auf normale Art mit uns zu reden.

Nach der Gründung der Gewerkschaft konnten wir eine Menge Änderungen feststellen. Ein paar von uns bekamen einen Arbeitsschutzanzug, die restlichen werden ihn in Kürze bekommen. Früher mussten wir samstags arbeiten, nun ist es nur für diejenigen, die es wollen.

- Eure Fabrik ist sehr stark weiblich geprägt. Hattet ihr jemals Probleme mit geschlechtlicher Diskriminierung?

Hier in der Fabrik arbeiten nur um die 20 Männer. Sie arbeiten als Betreiber der Maschinen, Beschickungsanlagen, Hubwagenfahrer oder Elektriker. Sie bekamen bereits eine Erhöhung, sie verdienen um die 1.300 zł



(340 euro), mehr als die Frauen. Nur Frauen arbeiten an den Maschinen und wählen das Holz aus. Die Arbeit ist dem Rhythmus der Maschinen angepasst, man muss regelrecht um sie herumrennen. Junge Mädchen kommen irgendwie damit zurecht, doch ältere Frauen sind in der schlechten Situation, von alleinerziehenden Müttern ganz zu schweigen, die sich nach der Arbeit sich um ihre Kinder kümmern müssen.

- Danke fürs Interview!

IP/FA Polen (17. März 2007)
Übersetzung: lila

- Was wird in der Firma hergestellt?

Greenkett stellt Holzfußböden her. Vor 3 Jahren wurde in Debno, nahe Steszew das Werk gegründet. Halbfertige Holzprodukte kommen aus Spanien hier her und gehen, nachdem sie von uns bearbeitet wurden, wieder zurück. Es arbeiten 120 Leute in der Fabrik, die Mehrheit von ihnen sind Frauen. Es wird in drei Schichten zu acht Stunden gearbeitet, die ganze Zeit an den Maschinen stehend. Wir können während des ganzen Tages nur eine 15 minütige Pause machen.

- Mit welcher Art von Verträgen seid ihr angestellt?

Die meisten Angestellten arbeiten unter Zeitverträgen, die auf sieben Jahre festgesetzt sind. Wir bekommen 5.30 zł (1,40 euro) pro Stunde und 8 zł (2,10 euro) für Überstunden. Überstunden sind nicht verpflichtend, doch als wir eine Lohnerhöhung forderten hörten wir, dass der einzige Weg, mehr zu verdienen ist, Überstunden zu machen.

- Welche Arbeitsrechte werden eurer Meinung in der Greenkett-Fabrik verletzt?

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

Akt. Ausgabe (5/07):
 • Anton Kobel: »Rund um die Uhr, Ende des Ladenschlusses – ein Rückblick
 • Nadja Rakowitz: »Abgeschmackt«, über die Kunst rauszufinden, was das Fortschrittlichste ist
 • Frank-Uwe Betz: »Alle Deutschen werden Nazi-Opfer«, Oettinger – Filbinger
 • Die Telekom, die »Privilegien« – und warum nichts ist, wie es ist, u.a.
 Ich möchte ein kostenloses Probexemplar

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de

Massive Streiks im öffentlichen Sektor

Solidaritätserklärung der Zabalaza Anarchist Communist Federation

ZACF (South Africa & Swaziland)
Tel: 078-577-4394
<http://www.zabalaza.net/>

(Red.) Südafrika: Ein landesweiter Streik von hunderten ArbeiterInnen hat Schulen, Gerichte und Krankenhäuser geschlossen. Der Congress of South African Trade Unions (Cosatu), der Partner der ANC-Regierung ist, fordert eine mindestens zehnprozentige Lohnerhöhung, während die Regierung 7,25% anbietet. Angesichts einer Inflationsrate von ca. 7% bedeutet dies keine Verbesserung, zumal nach mehreren Jahren der sinkenden Realeinkommen. Im ganzen Land werden Massendemonstrationen geplant, die die Regierung bereits zu Warnungen veranlassen, man werde die Armee einsetzen, um „Gewalt zu verhindern“. Bisher wurden 25.000 Soldaten eingesetzt, die Gummigeschosse auf Streikposten abfeuerten. Die Regierung hat bis dato über 600 Angestellte im Gesundheitswesen entlassen, die nach südafrikanischem Gesetz streiken dürfen und hält bei Tausenden anderen, die Streiks planen, die Lohnzahlungen zurückhält. Cosatu sagte, der Streik gehe weiter, bis diese Drohungen zurückgenommen werden.

Bahrain

Regierungsangestellte wollen eine Gewerkschaft gründen, dies gab die General Federation of Bahrain Trade Unions (GFBTU) bekannt. Das Civil Service Bureau gab bekannt, daß die Gründung von Gewerkschaften illegal sei. Die Kollegen: Sie können alles mögliche behaupten, das wird uns nicht davon abhalten Gewerkschaften zu gründen.

Bangladesch: Jute-Arbeiter gegen Polizei

In der Woche vom 16-22.04.2007 kam es im Südwesten von Bangladesch zu heftigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern aus den staatlichen Jutefabriken und der Polizei. Die streikenden Arbeiter fordern die Auszahlung ausstehender Löhne und Zulagen. Die Polizei ging äußerst brutal gegen die Arbeiter vor, es gab 100 Verwundete und zahlreiche Festnahmen. 500 Schulkinder verließen ihre Klassenzimmer und kamen zur Unterstützung ihrer streikenden Eltern und warfen Ziegelsteine auf die Polizisten. Seit Anfang Januar herrscht in Bangladesch Ausnahmezustand, alle Demonstrationen sind verboten.

Frankreich: Streik bei France Télécom

Am 31.05.2007 streikten die 108.000 Beschäftigten der französischen Telefongesellschaft France Télécom. Bis zum Mittag beteiligte sich rund ein Viertel der Belegschaft. Der Streik richtete sich gegen die geplante Vernichtung von 22.000 Arbeitsplätzen.

Airbus Frankreich: Lohnerhöhung erstreikt Sieg!

Mit selbständigen Streiks im Mai setzten Airbus-Arbeiter in den beiden französischen Werken Saint-Nazaire und Nantes eine Lohnerhöhung von 2,8 Prozent durch, mindestens 40 Euro für Arbeiter mit niedrigen Löhnen. Außerdem erklärte sich Airbus zu einer Einmalzahlung von 800 Euro bereit.

sämtlicher während des Streikes entlassenen ArbeiterInnen einhergehen muss.

Wir verurteilen die Doppelzüngigkeit der Regierung durch ihre VerhandlungsführerInnen, die von Kenny Govender angeführt werden, indem sie für vier ganze Monate vorgaben in gutem Glauben zu handeln, als sich herausstellte, dass Govender's Team gar nicht das Mandat der vier ANC-Kabinettsminister⁽³⁾, deren Aufgabe es ist den Streik zu bewältigen, hat: Nquakula, der Verteidigungsminister Mosiuoa Lekota, der Finanzminister Trevor Manuel und die Ex-Kommunistin Geraldine Fraser-Moleketi.

Wir verurteilen die Versuche gewisser reaktionärer Teile der Medien die streikenden Massen als gewalttätig darzustellen, solange die wenigen Vorfälle von Gewalt von einer Hand voll dubioser Typen verursacht wurden. Es ist auffallend, dass der ökonomische Misstand, der an den ArbeiterInnen verübt wird, indem ihnen Hungerlöhne gezahlt werden, nicht als gewalttätig angesehen wird.

Wir loben die heute von kommunalen ArbeiterInnen gezeigte grossartige Solidarität und wünschen ihnen, mit grossem Respekt, Stärke und Mut bei ihren Aktionen. Wir loben auch die bemerkenswerte Solidarität, die unter den Gewerkschaftsföderationen und den Unabhängigen in diesem Streik als Grundlage für eine ungeteilte ArbeiterInnenklassen basierte Massenbewe-



gung gezeigt wird.

Wir sind aber überzeugt, dass, sogar wenn die Regierung auf die Forderungen der ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst eingeht, es nicht lange dauern wird, bevor die ArbeiterInnen wieder streiken müssen, um bei der Inflation und den steigenden

Lebenshaltungskosten mithalten zu können. Das ist der Grund, warum wir sagen, dass dieser Streik nicht nur für höhere Löhne und bessere öffentliche Leistungen sein sollte, sondern dass er ein Teil eines grösseren Kampfes gegen das System sein sollte, wo die Reichen und Mächtigen von dem Leiden und der Arbeit der Armen profitieren.

So lange wir unter einem ökonomischen



System leben, wo öffentliche Leistungen als Profit bringendes Geschäft behandelt werden, werden wir kämpfen müssen um auch nur für unsere grundsätzlichen Bedürfnisse zu sorgen. Das ist der Grund, warum wir Anarchisten-Kommunisten sagen, dass ein Kampf zwischen der reichen Minderheit und der armen Mehrheit, zwischen Chefs und ArbeiterInnen, in diesem Fall zwischen Regierung und Angestellten im öffentlichen Dienst so lange weiter gehen muss, bis die Klasse der Bosse gestürzt wurde und alle Unternehmen, die nötig sind um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden in der Kontrolle derer sind, die sie am laufen halten.

Dieser Streik zeigt sehr klar, wie AnarchistInnen immer betont haben, dass die Regierung — ist sie schwarz, weiß, sozialistisch oder kapitalistisch — nicht den Interessen der arbeitenden und armen dient, sondern denen der reichen, behaglichen und privilegierten Klasse. Die Regierung ist ein Arbeitgeber und, als solcher handelt sie wie Bosse, bereit auf ihre eigenen Angestellten zu schießen um ihre Profitmargen zu verteidigen.

Das ist der Grund warum wir darin un-

nachgiebig sind, dass es, unabhängig vom Ausgang dieses Streikes — auch wenn wir hoffen, dass es im Sinne der ArbeiterInnen sein wird — keine ausreichenden Dienstleistungserbringungen und Zugang zu allen Notwendigkeiten des Lebens geben wird, so lange bis die ArbeiterInnen sich selbst angemessen organisiert haben, um alle Industrien des Landes zurückzuerobern, um sich nicht für Profit sondern für die Bedürfnisse aller zu unterhalten.

Wenn die Fabriken und das Land von denen kontrolliert werden, die sich ihrer bedienen, können wir sagen, dass wir frei sind. Wenn Güter nicht entsprechend der Fähigkeit zu zahlen und dem Motiv des Profits produziert und verteilt werden, sondern entsprechend der Bedürfnisse, wo alle Zugang zu den notwendigen des Lebens haben, dann können wir sagen, wir sind frei. Wenn alle öffentlichen

Leistungen sowohl von denen, die sie in Anspruch nehmen, als auch von denen, die sie betreiben kontrolliert werden, dann können wir sagen, dass wir wirklich frei sind.

Bis dahin müssen wir uns organisieren und zusammenschliessen, alle ArbeiterInnen des Landes, sowohl in den Fabriken als auch auf den Feldern, zusammen mit den Studierenden, Arbeitslosen und all den Gemeinschaften der Armen und arbeitenden Armen, für einen letzten befreienden Kampf. Der Kampf, nicht für eine demokratische Kontrolle durch eine Regierung — schwarz oder weiß, sozialistisch oder kapitalistisch — die unsere Leben kontrolliert, sondern für die totale Kontrolle unserer Leben, unserer selbst und alles was dies mit sich bringt. Für eine öffentliche Kontrolle über die Ressourcen und Industrien des Landes. Dies ist der neue Befreiungskampf, der Kampf für eine komplette Befreiung.

Jonathan Payn (Föderationssekretär)

⁽¹⁾ Die ZACF ist eine anarchistisch/kommunistisch/plattformistischer Föderation in Südafrika, Zabalaza kommt aus einer der indigenen Sprachen und heisst „Kampf“.

⁽²⁾ South African Communist Party

⁽³⁾ African National Congress, seit '94 Regierungspartei, heute eher sozialdemokratisch, Partei Nelson Mandelas

In Europa funkelt's, in China dunkelt's

Schillernde Schmucksteine sind der Tod für chinesische ArbeiterInnen

Während auf der Baselworld⁽¹⁾ glitzernde Steine aus aller Welt zur Schau gestellt werden, sterben leise tausende ArbeiterInnen, die in China diese Steine geschliffen und poliert haben! Sie sterben an Silikose⁽²⁾, einer tödlichen Berufskrankheit, die durch eingeatmete Silicapartikel an den Arbeitsplätzen der Schmucksteinverarbeitenden Industrie verursacht wird.

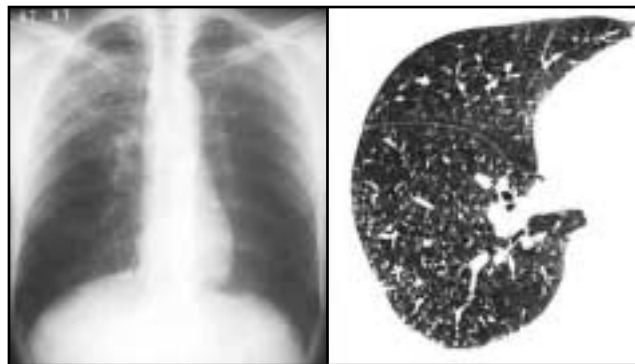
Anzeige



Seit 2004 ist von tausenden von Silikosefällen in den Edelsteinfabriken in der südchinesischen Provinz Guangdong, die im Jahr 2006 mehr als die Hälfte zu den chinesischen Schmuckexporten von 5,5 Mrd. US\$ beitrug, berichtet worden. Aber die Branche blüht auf Kosten von Menschenleben, denen der chinesischen ArbeiterInnen! Jedes Jahr wird von 15.000-20.000 weiteren Fällen berichtet und

mehr als 6.000 PatientenInnen sterben an der Krankheit. Die jährliche Zahl der Silikoseopfer ist sogar höher als die der Opfer von Grubenunfällen. Ein paar der Opfer haben mehrere hundert US-Dollar als außergerichtliche Abfindung erhalten und sind in ihre ländlichen Heimatstädte zurückgekehrt, während die große Mehrheit schlicht vom Arbeitgeber entlassen wurde. Bei der gerichtlichen Einforderung von Entschädigungen sehen sich diese Opfer mit schweren Problemen wie Umzug oder Auflösung von Fabriken, Beendigung des Arbeitsverhält-

nisses, Schwierigkeiten bei der Krankheitsdiagnostizierung sowie herausgezögerten Gerichtsverfahren konfrontiert.



Röntgenaufnahme / Photographie einer durch Silikose zerstörten Lunge

Über die letzten zwei Jahre haben die Opfer und Labour Action China bei der Schmuckmesse Baselworld bezüglich des Silikoseausbruchs bei einigen durch Investitionen aus Hong Kong finanzierten Schmuckunternehmen, die dort ausstellen, regelmäßig starke Bedenken vorgebracht. Bis heute jedoch machen Aussteller, die erwiesenermaßen ArbeitnehmerInnenrechte verletzen, Profit an den Baseler Messeständen. Als größte Messe ihrer Art weltweit bietet die Baselworld den geeigneten Ort für effektive Öffentlichkeitsarbeit⁽³⁾ zur

Unterstützung der ArbeiterInnen in China.

Konkrete Forderungen der Betroffenen-ArbeiterInnen und Labour Action China waren auf der BASELWORLD 2007 u.a.

1. einen Mechanismus zu implementieren, der der Verfolgung von Ausstellern dient, die in Verbindung mit Silikosefällen und uneingebrachten Entschädigungsforderungen stehen, und deren Ausschluss von der Messe durchsetzt;
2. internationale Arbeitsrechtsstandards und relevante Richtlinien zur Vorbeugung von Silikose und zur Entschädigung der Opfer durchzusetzen;
3. sich dafür einzusetzen, dass der Blick der Industrie für Berufssicherheit, Gesundheit sowie Arbeitsbedingungen geschärft wird.

Lexo Ikus

⁽¹⁾ Die BASELWORLD ist der wichtigste Treffpunkt der Uhren- und Schmuckindustrie mit Rund 2'200 Ausstellern aus aller Welt.

⁽²⁾ Die Silikose ist eine Lungenerkrankung, die durch Inhalation und Ablagerung von mineralischem Staub, insbesondere quarzhaltigem Staub, verursacht wird. Es kommt zur Bildung von knotenartigen Bindegewebebildungen, die zu Vernarbung der Lungen, Luftnot, Husten und Verschleimung chronischer Bronchitis und später Tod durch Erstickung führen können.

⁽³⁾ die nächste BASELWORLD findet statt vom 3.-10. April 2008

struggle ['stragl]

NACHRICHTEN VON DER KLASSENFRONT

Argentinien: wilder Streik bei der U-Bahn in Buenos Aires

Beschäftigte der U-Bahn in Buenos Aires haben einen 24-stündigen wilden Streik ausgerufen, um gegen eine Vereinbarung (Lohnerhöhung) der Geschäftsführung mit ihrer Gewerkschaft (BahnarbeiterInnengewerkschaft UTA) zu protestieren. Der Streikaufruf wurde zu 100% befolgt und legte das gesamte Netz lahm, das von über 1 Million Fahrgäste täglich benutzt wird. Die U-Bahn-ArbeiterInnen haben begonnen, sich außerhalb der Gewerkschaft zu organisieren, halten allgemeine Versammlungen ab und wählen Delegierte, um sich selbst zu organisieren. Im Jahr 2004 siegten die U-Bahn-ArbeiterInnen in einer Auseinandersetzung um Lohnerhöhungen und Reduzierung der Arbeitszeit pro Tag auf sechs Stunden, nachdem sie einen wilden Massenstreik organisiert hatten. Die BahnarbeiterInnengewerkschaft UTA, Teil der CGT, wurde dabei völlig umgangen. Die stellvertretende Arbeitsministerin Noemi Rial warnte, daß disziplinarische Maßnahmen gegen die Streikenden ergriffen würden.

China: Gewalttätige Proteste gegen Polizeibrutalität

Die Bevölkerung der südwestchinesischen Stadt Chongqing kämpfte mit der „Riot Police“, nachdem ein Blumenverkäufer von einem Beamten angegriffen worden war. Es ist gegenwärtig nicht bekannt, warum der Beamte den Blumenverkäufer Changming angriff, der im Krankenhaus stationär behandelt werden mußte, nachdem er mit einer Schaufel zusammengeschlagen worden war. Seine Frau, sein Schwager und sein Sohn wurden ebenfalls verletzt. Die Proteste brachen kurz danach aus. Wütende Menschen umringten Streifenwagen. Es kam zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen ungefähr 1000 Personen und 100 Beamten. Im Verlauf von acht Stunden der Auseinandersetzungen wurden zwei Streifenwagen zerstört und zehn Personen verletzt, vier von ihnen schwer. Ein weiterer Blumenverkäufer wurde von städtischen Inspektoren in der Woche zuvor in Zhengzhou zusammengeschlagen, was ebenfalls dazu führte, daß tausende Menschen den Kampf gegen die Beamten aufnahmen. Chongqing ist die am schnellsten wachsende urbane Region auf der Welt und war bereits zuvor Schauplatz von Gewalt. Im November 2005 mußten 20 Streikende ins Krankenhaus, nachdem die Polizei Proteste gegen die Entlassung von 10.000 ArbeiterInnen einer staatlichen Stahlfabrik beendet hatte. 2004 gab es massive Auseinandersetzungen nach Massenentlassungen aufgrund des Drei-Schluchten-Staudammprojekts. Ganze Bezirke der Stadt wurden umgesiedelt, was zum Verlust von 47.000 Arbeitsplätzen führte.

Frankreich: MetallarbeiterInnen verteidigen KollegInnen ohne Papiere

ArbeiterInnen der Fabrik Métal Couleur Système in Bonneuil traten in den Streik, nachdem 19 Kollegen der 64 ArbeiterInnen aufgrund ihres Immigrantensstatus nach einer Inspektion durch die Regierung Ende Januar entlassen worden waren. Die Verträge dieser ArbeiterInnen wurden aufgehoben, nachdem der Inspektor erklärt hatte, die vorgelegten Papiere seien gefälscht. Einige der Entlassenen hatten über 10 Jahre in dieser Fabrik gearbeitet und nahmen am 26. März die Arbeit wieder auf, entschlossen, ihre Arbeitsplätze zu besetzen. Mit Unterstützung der anderen Kollegen konnten sie für denselben Tag ein Treffen mit dem Präfekten durchsetzen. Einige der ArbeiterInnen erhielten sofort Übergangspapiere. Bisher haben alle ArbeiterInnen Übergangspapiere erhalten und 11 konnten an ihren Arbeitsplatz zurück. Die Bezirksregierung hat zugesagt, die Forderungen nach Papieren in jedem Fall einzeln zu prüfen und daß Arbeitsverträge respektiert würden. Die ArbeiterInnen haben angekündigt, mit der Soli-Aktion weiterzumachen, bis alle Papiere erhalten haben. ArbeiterInnen der Fabrik berichteten, daß es ein offenes Geheimnis gewesen sei, daß illegale Beschäftigungen vorgelegen haben und die Geschäftsführung diesen ArbeiterInnen die härtesten Arbeiten zugeteilt und nur den Mindestlohn gezahlt habe. Illegale Immigranten in der Belegschaft gab es auch in weiteren drei Firmen, die denselben Eigentümer gehören. Einige ArbeiterInnen haben auch offenbar neue Papiere mit anderen Namen vorgelegt, aber denselben Arbeitsplatz behalten. Es gibt einen Präzedenzfall für diese Soli-Aktion: ArbeiterInnen in einer Industriewäscherei in Essonne ermöglichten im letzten Jahr 18 ihrer KollegInnen, Papiere zu erhalten. Es gibt derzeit einen weiteren Streik aus einem ähnlichen Anlaß in einem Lagerhaus in der Region Val-de-Marne.

Portugal: „Generalstreik“ im öffentlichen Dienst

Die Öffentlichen Dienste in Portugal sind weitgehend lahmgelegt durch den Versuch einer der größten Gewerkschaften des Landes, den Generalstreik auszurufen. Die Confederation General der portugiesischen ArbeiterInnen steht gegen eine vor zwei Jahren gewählte Mitte-Links-Regierung. Die Streikenden kämpfen gegen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Reformen, die Entlassungen einfacher machen sollen. Der Aufruf zum Generalstreik folgte einer Serie von Demonstrationen im letzten Jahr, die in einer Demonstration in Lissabon im letzten Dezember gipfelten, bei der über 100.000 Menschen auf die Straße gingen. Der private Sektor ist nach Berichten kaum betroffen. „Dies ist ein Teilstreik mit begrenzten Konsequenzen“, erklärte der Arbeitsminister Kose Vieira da Silva gegenüber Journalisten. Laut BBC hatte Portugal im letzten Jahr die geringste Wachstumsrate bei den europäischen Ländern (1,3%). Die Regierung behauptet, ihre Politik zahle sich bereits aus und die Wirtschaft zeige eine gesündere Wachstumsrate. Die OrganisatorInnen des Streiks erklären, diese Zuwächse gingen zu Lasten der ArbeiterInnen, da die Arbeitslosigkeit auf nun über 8% gestiegen sei – die höchste Quote seit 20 Jahren.

Manchester: Knöllchenschreiber im wilden Streik

Ein wilder Streik von Knöllchenschreibern in Manchester, die mit einer Lohnerhöhung unterhalb der Inflationsrate nicht einverstanden waren, hat den Arbeitgeber tausende von Pfund aufgrund von nicht ausgestellten Knöllchen gekostet da normalerweise ca. 500 Tickets (zu 60 £) pro Tag verteilt werden. Die Knöllchenschreiber in Manchester erhalten ein jährliches Gehalt von 12.500 Pfund (= EUR 17.000). Die angebotene Lohnerhöhung betrug 2%. Nach einem Streiktag haben sie die Arbeit wieder aufgenommen, weigerten sich aber, draußen Knöllchen zu verteilen, da die Auseinandersetzung wegen des Lohns und der Behandlung durch das Management immer noch nicht beigelegt sind. „Es gibt viele Probleme und wir haben es absolut satt, wie man mit uns umgeht. Unser Job ist stressig, schwierig und schlecht bezahlt und die Erhöhung ist unter der Inflationsrate. Wir sind mit der Geschäftsführung unzufrieden, die uns einfach überfahren will.“ Durch den Streik gab es freie Bahn für AutofahrerInnen in ganz Manchester, die vom Parken ohne Bezahlen gerne Gebrauch machten. Dies ist der zweite wilde Streik in diesem Monat (Mai), der von den Knöllchenschreibern ausgerufen wurde.

Indien: Am Boden – Wilder Streik bei Fluggesellschaft

Zehntausenden Passagieren wurden die Flüge gestrichen, weil ArbeiterInnen der staatseigenen Fluggesellschaft (Indian) wegen ausstehender Lohnzahlungen streikten. „Sowohl der Minister als auch das Management scheren sich nicht um unsere Interessen“, sagte J. K. Badola, der Generalsekretär der Air Corporation Employees' Union (ACEU) gegenüber IANS. „Der Minister ließ uns eine Drohung zukommen und alle 12.000 Angestellten sind bereit, die Konsequenzen auf sich zu nehmen. Wir haben keine Beförderungen geholt und es gibt Lohnrückstände seit 1997. Verglichen mit Air India liegen wir 10 Jahre zurück. Die Forderung nach gleichem Lohn und Zahlung der Rückstände kann nicht als illegal bezeichnet werden“, sagte Badola.

Übersetzung (alle): catkwin (FdA-IFA)

Fortsetzung „Im Schatten des Gipfels“
von Seite 1

Neben einer niedrigen Steuerlast, niedrigen Energiekosten und einem niedrigen Lohnniveau gibt es verschiedene staatliche Investitions- und Produktionsanreize, wie z.B. das Maquila-Programm, das Investitionsförderungsgesetz und das Freihandelszonen-Regime.“ Die Besitzer der Maquilas, Weltmarktfabriken für arbeitsintensive Montagetätigkeiten, bekommen Zollvergünstigungen, und „erhoben wird lediglich eine 1%ige Maquila-Steuer“. So unterbieten sich Länder, um Auslandskapital anzulocken.

Selbst die venezolanische Regierung des rhetorisch radikalen Hugo Chávez nahm an der diesjährigen Lateinamerika-Konferenz der deutschen Wirtschaft am 15. Mai in Essen mit einer 30-köpfigen Delegation teil. Jesús Paredes, Vizeminister für Industrie und Bergbau Venezuelas, warb dort um das Engagement von deutschem Kapital: „Unsere Türen sind offen für private Investoren, das möchte ich betonen.“ Da verwundert es nicht, dass auch deutsche Wirtschaftsvertreter auf den Markt und die Rendite schauen: „Die Chávez-Regierung ist viel pragmatischer, als es den Anschein hat“, so Peter Rösler vom Ibero-Amerika-Verein – es gäbe im Strom-, Öl-, und Telefonsektor gar „keine wirklichen Verstaatlichungen, sondern vielmehr Übernahmen von Aktienmehrheiten an der Börse“. Und der Geschäftsführer der deutsch-venezolanischen Handelskammer in Caracas, Thomas Voigt,

haben: „Es ist davon auszugehen, dass Importe von ... Investitions- und Konsumgütern aus den USA zu jetzt niedrigeren Zollsätzen deutsche und europäische Importe verdrängen werden und US-amerikanische Investoren aufgrund des besseren Schutzes günstigere Bedingungen in lokalen Großprojekten haben werden.“

Auf Tagungen werden Gegenstrategien entwickelt, so unter dem Motto „Verpasster Trend: Welche Bedeutung hat die Boomregion Lateinamerika für deutsche Unternehmen?“ am 5. Juni im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld in der Zentrale der Euler Hermes Kreditversicherung, die mit ihren staatlich gedeckten Hermesbürgschaften deutsche Auslandsinvestitionen gegen Risiken absichert. Dort referierte Markus Utesch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zum Thema: „Handelspartner Lateinamerika – Neubeginn einer bewährten Beziehung?“. Weiter ging es mit Berichten von Kapitalvertretern zu „Markteintritt und Marktsicherung in Lateinamerika“.

Proteste gegen die Tagung ließen sich dagegen nicht organisieren – alles schaute auf Heiligendamm, wo sich die G8 trafen. Tagungen von Kapitalverbänden gibt es häufiger, so auch am 20. Juni in Ludwigshafen zum Thema: Mexiko – erfolgreich Geschäfte abschließen!“, ebenfalls unter Beteiligung des Ibero-Amerika-Vereins: „Mexiko ist seit Jahrzehnten ein beliebter Standort für deutsche Unternehmen und wird mit einem Binnenmarkt von 107 Millionen Konsumenten



Veranstalter und Redner der internationalen Konferenz „Lateinamerika – der vergessene Kontinent?“ des IAV, des Instituts für Iberoamerika-Kunde und der Friedrich-Naumann-Stiftung (06.12.06)

sprach, ebenfalls auf der Lateinamerika-Konferenz von „Rekordumsätzen deutscher Firmen“. Unbeirrt von Chávez' antiimperialistischer Rhetorik erklärte Voigt: „Gute Geschäfte warten in der Erdölindustrie und bei Infrastrukturprojekten. Hier werden die Deutschen als Zulieferer von Technologie und Know-How gebraucht“. Die staatliche venezolanische Erdölgesellschaft PdVSA will in den nächsten fünf Jahren 56 Mrd. US-Dollar investieren, in der Infrastruktur des Landes sind Projekte im Wert von 100 Mrd. US-Dollar geplant. Vizeminister Jesús Paredes warb um deutsche Firmen, wohl auch als Ersatz für US-Firmen.

Aber trotz Venezuela: Die USA sind mit 226,5 Mrd. US-Dollar Investitionen in Lateinamerika weiterhin die Nummer eins, Spanien mit 70 Mrd. auf Platz zwei, gefolgt von Deutschland. Staatliche Stellen wie die Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfa) – Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie – wirken deshalb mit Kapitalverbänden wie dem BDI eng zusammen, um optimale Bedingungen zur Expansion zu erreichen: So gaben vier Verbände des Großkapitals der deutschen Regierung für ihre EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Januar 2007 mit auf den Weg, sich verstärkt der Andenregion Südamerikas anzunehmen: „Die Länder der Andengemeinschaft sind wichtige Rohstofflieferanten und gehören zu den Ländern mit der größten biologischen Artenvielfalt der Welt. Es liegt im Interesse der Europäischen Union, wirtschaftlich aktiv in dieser Region vertreten zu sein“. Insbesondere stört die deutschen Kapitalvertreter, dass die USA bereits bilaterale Freihandelsabkommen mit den meisten Staaten der Region abgeschlos-

sen auch weiterhin vielfältige Möglichkeiten bieten, erfolgreich Geschäfte abzuschließen.“ Hervorgehoben wird in der Einladung das Freihandelsabkommen Mexikos mit der Europäischen Union.

Die Präsenz deutscher Unternehmen in Lateinamerika und die Bedingungen, zu denen dort Kapital verwertet wird, könnte für eine Antiglobalisierungsbewegung in der BRD ein zentraler Anlass für Protest sein, wird aber meist übersehen, obwohl deutsche KapitalistInnen außerhalb der EU nirgendwo sonst auf der Welt so dominant sind. Nicht nur beim Autobau, wo der VW-Konzern im letzten Jahr sowohl in Mexiko als auch in Brasilien massiv die Arbeit verdichtet hat und die Löhne drückt. In der Industrie bestimmen Deutsche wesentlich die Arbeits- und Produktionsbedingungen. Allein im brasilianischen Industriezentrum Sao Paulo haben sie 800 Niederlassungen: Deutsche Firmen, deutsches Geld ... Und etliche der Firmenzentralen und Netzwerke haben ihren Sitz in Hamburg.

Bereits jetzt wirbt der Ibero-Amerika-Verein für seinen Ibero-Amerika-Tag, der am 11. und 12. Oktober in Hamburg in der Handelskammer stattfindet. Geplant sind ein „Wirtschaftstag Peru“ am 11. Oktober ab 9 Uhr, auf der anschließenden Konferenz: „Infrastruktur, Logistik und Handel“, wird am 12. Oktober zu Eröffnung der Präsident von El Salvador, Elías Antonio Saca, von der rechten Partei ARENA sprechen, die während des Bürgerkrieges Todesschwadronen gegen die aufständische Linke unterstützt hat. Wenn das kein konkreter Anlass ist ...

Goston Kirsche

Rumänien: Hubschrauber-Werk bestreikt

Rund 700 Arbeiter im staatlichen Hubschrauberwerk IAR Ghimbav im rumänischen Brasov sind 07.05.2007 in den Streik getreten. Sie fordern unter anderem die Zusicherung, dass niemand entlassen wird, wenn das Unternehmen verkauft wird. Am Kauf interessiert ist der französisch-deutsche Hubschrauberhersteller Eurocopter.

Kanada: Selbständiger Streik im öffentlichen Dienst

Über 425 Arbeiter aus dem öffentlichen Dienst der kanadischen Großstadt Laval (Nähe Montréal im Bundesstaat Québec) organisierten am 26. April einen selbständigen Streik für einen neuen Tarifvertrag. 97% hatten in einer Urabstimmung für Streik gestimmt, doch muss sein Beginn den Behörden sieben Tage vorher mitgeteilt werden. Die Gewerkschaft hielt sich nicht daran, sondern nutzte die feierliche Einweihung der U-Bahn und die Anwesenheit zahlreicher Honoratioren für ihren lautstarken Protest.

USA: Hunderttausende Immigranten auf der Straße

In den USA haben am 1. Mai Hunderttausende Einwanderer für ihre Rechte auf den Straßen demonstriert. Sie fordern ihre Einbürgerung und die Einstellung der Abschiebungen, die die Familien auseinanderreißen. In den letzten Wochen hatte es vermehrt Razzien gegen „Illegale“ gegeben. Die größten Demonstrationen fanden in Chicago (150.000) und Los Angeles (100.000) statt.

Liberia: Streik bei Bridgestone

In der Woche vom 23.-29.04.2007 sind ca. 7.000 Arbeiter der Firestone Gummiplantage im westafrikanischen Liberia in den Streik getreten. Sie fordern die Absetzung eines Managers, der ihre gewerkschaftlichen Rechte einschränkt. Am Freitag kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die gegen Straßenblockaden der Arbeiter vorging. Die Plantage gehört zum Reifenkonzern Bridgestone.

Hinweis:

Am 11. und 12. Oktober feiert der Ibero-Amerika-Verein den Beginn des europäischen Kolonialismus im heutigen Lateinamerika. Am 12.10.1492 landete Christoph Columbus in „La Espaniola“.

Mutti kocht und Vati schafft

Mensch wird nicht als Frau geboren, Mensch wird dazu gemacht.
Geschlechterverhältnisse im Spiegel der Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik

Seit Wochen wird in Deutschland über den Vorschlag der Familienministerin Ursula von der Leyen zur Einrichtung von zusätzlichen 500.000 Betreuungsplätzen von Kleinkindern gestritten. Der Augsburger Bischof Walter Mixa wirft von der Leyen vor, sie würde Frauen zu Gebärmachern degradieren, und Kinderkrippen wären „schädlich für Kinder und Familien und einseitig auf eine aktive Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern fixiert“. Auch Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman meldet sich zu Wort. Für sie fördern Kinderkrippen „Alkoholismus und Gewalt“ und könnten sogar zur Ausrottung der Deutschen bis 2107 führen. Dabei will die CDU Frauen doch nur zur Karriere verhelfen und erst recht nicht die heilige Familie antasten. In diesem absurden Theater treten Arbeits- und Geschlechterverhältnisse als natur- oder gottgegeben auf. Dabei haben Geschlechterverhältnisse und geschlechtsspezifische Arbeitsformen eine lange und drastische Durchsetzungsgeschichte ...

Wie Heim und Welt auseinander-rückten

Geschichtlich gesehen reproduzierte sich ein großer Teil der vorindustriellen Gesellschaftsformation noch bis ins 19. Jahrhundert durch Subsistenzproduktion: Männer und Frauen waren in einer sich selbst versorgenden Wirtschaftsgemeinschaft tätig. Sie arbeiteten in einer räumlichen Einheit, deren Aufgabe die Versorgung aller im Haus Lebenden beinhaltete. Produktions- und Reproduktionsarbeiten orientierten sich mehr am Gebrauchswert, weniger am Tauschwert. Bis ins 19. Jahrhundert löste sich die Vergesellschaftungsform des „Ganzen Hauses“ durch den Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft, Proletarisierung, Verstädterung allmählich auf. Produktionsprozesse wurden mechanisiert und infolge dessen ausgelagert, lohnförmige Arbeiten außer Haus entstehen, und dadurch werden Wohn- und Arbeitsbereiche getrennt. Das heißt, mit der Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, Abschaffung der Leibeigenschaft und der Entstehung von Industrie beginnt für die Landbevölkerung der Zwang zur Lohnarbeit. Dabei ist die bäuerliche Bevölkerung gezwungen, die Landwirtschaft zu verlassen und ohne festen Wohnsitz nach Lohnarbeit zu suchen. Das gilt anfangs hauptsächlich für Männer.⁽¹⁾

Für die Geschlechterstrukturen bedeutet dies, dass das „Ganze Haus“ als Subsistenzsystem, das die Reproduktion sichert, zerfällt und in ein ausdifferenziertes geschlechtsspezifisches System übergeht: Männer sind als direkt Lohnabhängige in der Produktionssphäre und Frauen als nichtentlohnte Arbeitskräfte in

um möglichst viele Frauen in die Reproduktionssphäre abzurängen. Reproduktive Arbeitsformen sind nämlich für die Wiederherstellung der ausgebeuteten Arbeitskraft und als spezifische Ausbildung zukünftiger Arbeitskräfte als Voraussetzung für die Kapitalakkumulation unabdingbar. Das kapitalistische Vergesellschaftungsverhältnis wäre ohne Reproduktionsarbeiten nicht möglich. Durch diese Trennung entstanden Formen von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, welche wiederum die bürgerliche Vorstellung von einer zweigeteilten Geschlechterordnung stabilisierten: Die weibliche Reproduktionsarbeit wird zum ergänzenden Arbeitsverhältnis der männlichen Lohnarbeit. Produktions- und Reproduktionssphäre treten in dieser Phase der Durchkapitalisierung der Gesellschaft immer mehr auseinander, und die Daseinsbestimmung als Arbeiter oder als Mutter und Hausfrau geraten stärker in den Vordergrund. Die Zweiteilung in „Heim und Welt“ findet im Laufe des 19. Jahrhunderts bis in sozialistische Kreise Zustimmung: Gewerkschaften forderten einen Familienlohn, durch den letztlich die Machtposition des „Ernährers“ innerhalb der Familie gestärkt wird, weil er den Lohn verteilt. Die komplette Familie ist so von einem bezahlten Arbeitsplatz abhängig.

Die vergeschlechtlichten Zuordnungen und Charakterbestimmungen von Männern und Frauen nehmen quasi berufliche Züge an: Das Wesen von Frau und Mann sei auf Ergänzung angelegt, d.h. die Frau wäre für perso-

nenbezogene Tätigkeiten „geeignet“ und der Mann für produktive Tätigkeiten in Industrie, Wissenschaft, Technik und Kultur. Die Entscheidung, wer in der Produktions- und Reproduktionssphäre tätig ist, wurde so durch die Geschlechterrolle festgelegt.

Frauenlohnarbeit ist in dieser Konzeption für verheiratete, bürgerliche Frauen nicht vorgesehen. Allerdings konnte sich diese Ideologie in Arbeiterfamilien nicht durchsetzen, da viele Familien auf den Lohn von Ehefrauen und Töchtern angewiesen waren.

Rationalisierung der Geschlechterverhältnisse In der Zeit vom ersten Weltkrieg bis in die 30er Jahre vollzieht sich die Verdichtung der kapitalistisch-industriellen Gesellschaft. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch eine minutiös geplante, wissenschaftliche Arbeitsorganisation und durch Fließbandproduktion ermöglichte auf längere Sicht eine Erhöhung des realen Lohnniveaus und ließ damit die Arbeiterklasse zu Konsumenten industriell erzeugter Massenprodukte werden. Durch die verbesserte materielle Güterversorgung konnte sich auch eine Verbilligung der Arbeitskräftere-

produktion durchsetzen. Die neue Arbeitsorganisation führte nicht nur in der Produktionssphäre zu einer Rationalisierung und Spezialisierung der Arbeiten und zu einer Stan-

festigt und junge Frauen darauf diszipliniert, die ihnen zugeschriebene Rolle zu erfüllen.

Gesunde Familien für die Volkswirtschaft

Vor dem Hintergrund der negativen Folgen kapitalistischer Produktionsweise, wie Verarmung großer Teile der Bevölkerung, Krankheiten, hohe Kindersterblichkeit etc., hat der staatliche Verwaltungsapparat auch die Gesamtheit der Bevölkerung und ihre Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau und ihre Lebensdauer im Visier. Es entsteht eine staatliche Regulationsweise, die auf die Sexualität gerichtet ist, eine Herrschaftsform, die ein inneres Gleichgewicht oder einen stabilen gesundheitlichen Zustand des „Volkkörpers“ herstellen will.⁽⁵⁾ Hierbei wurde versucht, Phänomene wie Fortpflanzung so zu regulieren, dass innerhalb der Bevölkerung und ihrer Reproduktion ein Gleichgewicht zum Zwecke der kapitalistischen Reproduktion gesichert bliebe: Die vorherrschende Sexualmoral war verknüpft mit Vorstellungen von Heterosexualität. Sexualität sollte wesentlich zum Zwecke der Fortpflanzung praktiziert werden.

Während des Nationalsozialismus wurden familienorientierte und auf heteronormative Verhältnisse aufbauende Ideologien massiv ausgeweitet. Hierbei galt z.B. die biologische Reproduktionsfähigkeit im Familiensammenhang als „Keimzelle des Staates“. Die Reproduktionsorgane der Frau wurden sogar zum Gegenstand der staatlichen Bevölkerungspolitik. In Verbindung mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GvEN) von 1933 wurden auch Ehe- und Schwangerschaftsberatungen durchgeführt. Die damit einhergehenden Maßnahmen waren die Förderung „erbgesunder“ Personen, die Aufstellung verschiedener Ehehindernisse und die Durchsetzung von Zwangssterilisationen. Das so genannte „Ehegesundheitsgesetz“ sollte nach Ansicht der Nazis alle unerwünschten und nach ihrer Auffassung „minderwertigen“ Nachkommen verhindern und die Steigerung der Kinderzahl durch eine „rassische Aufzucht“ ermöglichen. Familien, die keine Nachkommenschaft für den „Volkkörper“ produzierten, wurden gebrandmarkt.

In diesem Zusammenhang wurden Familienstrukturen erstmals durch Sozialleistungen unterstützt und gefördert. So bekam jede Familie ein Ehestandsdarlehen (ca. 600 RM), wenn die Frau nach der Heirat ihren Arbeitsplatz aufgab, wobei sich die Rückzahlungspflicht durch jedes Neugeborene um ein Viertel verringerte. 1934 ist zur Entlastung des nationalen Arbeitsmarktes auch ein hauswirtschaftliches Pflichtjahr eingeführt worden. 1938 wurde sogar eine Strafsteuer für kinderlose Ehepaare eingeführt, die fünf Jahre nach der Heirat noch keine Nachkommen gezeugt hatten. Hierbei ging es darum, „gesunde“, funktionale und stabile Familienstrukturen zu erschaffen, „die in Wohnungen mit Küche, Schlafzimmer und Kinderzimmer passten“.⁽⁶⁾ Mit diesen Maßnahmen ist versucht worden, den Arbeitsmarkt zu entlasten, die Arbeitslosenzahlen zu senken und lohnarbeitende Frauen aus der Produktionssphäre abzuziehen und für den Reproduktionsbereich freizusetzen. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur geschlechtsspezifischen Verteilung der Arbeit veränderten sich dabei allmählich in Instrumente zur Kontrolle der Eheschließungen aus bevölkerungsregulierenden und wirtschaftspolitischen Überlegungen. Allerdings funktionierte diese „Sozialpolitik“ nicht klassenübergreifend. Wie während des Ersten Weltkrieges übernahmen Frauen mit der Umstellung auf die Kriegsproduktion ab 1936 auch in den metallverarbeitenden Fabriken „Männerarbeitsplätze“. Die geschlechtsspezifischen Maßnahmen der Nationalsozialisten sind demnach nicht ausschließlich durch Zwangseugenikmaßnahmen und die Verdrängung der Frauen

Fortsetzung gegenüber

Anzeige

grünes blatt
Zeitung für Umweltschutz und Gutes

inhalte: berichte und artikel zu utopien, gentechnik, selbstorganisation, ökologie, repression; tipps für umweltschutz im alltag; kritische analysen herrschaftsformiger umweltpolitik; entwürfe für umweltschutz, der von den menschen ausgeht.

was ist grünes blatt?
umweltbewusstsein und verantwortung

Das grüne blatt erscheint wochentlich. Ein Abogebührer für 10 € im Jahr (Einsende) oder 30 € (3) (in 3 Ausgaben) und kann bestellt werden per ...

Post: grünes blatt, Postfach 32 08 19, D-39048 Magdeburg
Tel.: +49 391 73 73 657
Mail: mail@gruene-blatt.de

www.gruene-blatt.de/wiki

Anzeige

Zukunft Mensch

Damit ein Gefangener sein Leben nach der Haft ohne Straftaten führen kann, braucht er heute Hilfe. Bitte spenden Sie Menschen in Haft die »Direkte Aktion« zum Selbstkostenpreis von 5 € oder überweisen Sie einen Betrag ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Kennwort: »DA« Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto 30 85 400 Telefon 030-6 11 21 89 Telefax 030-61 62 98 99 E-Mail: freiabos@bin.de www.freibos.de

Freiabonnements für Gefangene

Weitere Artikel zum Thema in der Direkten Aktion

DA 179: Lohnarbeit als Stippvisite – Fehlzanzeige bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau. (Kerstin S., FAU FFM)
DA 177: Rationalisierung – Die Automatisierung des Menschen. (André Eisenstein, FAU L)
DA 165: Besenkammer der Emanzipation – Über gleichberechtigte und unterdrückte Frauen, anderswo und hier. (Ann Ighe, SAC Göteborg)



der Reproduktionssphäre tätig. Natürlich gibt es in der bürgerlichen Gesellschaft auch Frauenlohnarbeit⁽²⁾, jedoch wurde diese durch Gesetze und Maßnahmen massiv eingeschränkt,

die neue Arbeitsorganisation führte nicht nur in der Produktionssphäre zu einer Rationalisierung und Spezialisierung der Arbeiten und zu einer Stan-

„Die gesellschaftliche Debatte ist nicht von Fragen nach sozialer Emanzipation oder Gleichheit von Frauen und Männern bestimmt, sondern allein davon, wie die Bereitstellung einer neuen Arbeitskräftegeneration entsprechend den ‚Marktgesetzen‘ zu organisieren sei.“

<http://www.charlotterefis.com>

<http://www.payer.de/kommunikation>

Fortsetzung von *gebenüber*

aus der Produktionssphäre gekennzeichnet: Frauen sollten auch für außerhäusliche Arbeiten abrufbar sein und als Reservarmee für Fließbandarbeiten bereitstehen. Hierbei wird zumindest die absurde Propaganda der Geschlechtertrennung offensichtlich: Männer und Frauen sind je nach Bedarf eine Verschiebemasse zum Zwecke der Herrschaftssicherung.

Die NS-Regulationsmaßnahmen hinterließen auch im Nachkriegsdeutschland ihre Spuren. Die faschistische Familienideologie und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erschienen nach dem Zweiten Weltkrieg nach wie vor als Chance sozialer Sicherung und politischer wie ökonomischer Wiederherstellung der Gesellschaftsordnung.

Demnach sind die fünfziger und sechziger Jahre auch Hoch-Zeiten konservativer Familienpolitik in West-Deutschland: „Familiendyllen wurden damals gepflegt und besonders hochgespielt, verkörperte doch die ‚intakte‘ Familie nicht nur ein allseits angestrebtes Lebensmodell, sie wurde überhaupt als einzig akzeptable Lebensform beschworen, der nicht nur besonderer staatlicher Schutz, sondern auch volle Privilegierung zuteil werden sollte.“⁽⁷⁾

Emanzipation und Entgrenzung

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint sich das Geschlechterverhältnis noch einmal grundsätzlich zu wandeln. Die starke Ausdehnung weiblicher Erwerbstätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die Möglichkeiten von Empfängnisverhütung, die Bildungsexpansion, Emanzipationsbewegungen, die Forderungen nach Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und nach geschlechtsspezifischen Politiken und Gesetzen sind Anzeichen hierfür. So ist z.B. die Frauenerwerbsquote seit 1968 von 50% auf 66,8% bis zum Jahre 2005 angestiegen.⁽⁸⁾

Der Übergang zu einer mikroelektronischen und globalisierten Produktionsweise seit den 1970er Jahren hat auch Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Arbeits- und Geschlechterverhältnisse. Die ökonomische Entwicklung geht mit einer veränderten Produktionsweise einher: Die Effizienzsteigerung durch innerbetriebliche Rationalisierung und Auslagerung von Produktionsschritten durch transnationale Unternehmensnetzwerke erzwingen eine Flexibilität und Mobilität der Lohnabhängigen und erpressen eine Anpassung der ArbeiterInnen an die neuen Produktionsbedingungen. In dieser hochtechnisierten und globalisierten Phase ist die neue ökonomische Rolle der Einzelnen in der Gesellschaft nicht mehr ausschließlich auf das

Funktionieren in der Produktionssphäre beschränkt, sondern die Lohnabhängigen sollen sich als gesamte Person mit den kapitalistischen Verhältnissen identifizieren.⁽⁹⁾ Dieses neue Produktionsschema zeichnet sich auch durch eine Entgrenzung von Leben und Arbeit aus. Unter Entgrenzung ist der Zugriff des Kapitalismus auf das ganze Leben zu verstehen, das Ende von geregelten Arbeitszeiten und Freizeit, von der Trennung von Arbeitsplatz und Zuhause. Prekäre Arbeitsbedingungen sowie die Verdichtung der Lohnarbeit erhöhen den Druck und die Anforderungen an soziale Beziehungen sowie an die „Selbst“organisation der direkt und indirekt Lohnabhängigen.

Gleichzeitig wird durch die neoliberale Anrufung „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ (SPD im Europawahlkampf 1994) auch die traditionelle Rol-

le der Frau durch die ihr zugewiesene Zuständigkeit für Kinder und Haushalt konfrontiert. Damit entstehen neue Widersprüche: Je mehr Frauen sich durch die gesellschaftliche Entwicklung von ihrer Rolle distanzieren, desto prekärer wird die Trennung in Privat und Öffentlich, in Hausfrau und Arbeiter. Die Begegnung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt als konkurrierende Klassenindividuen lässt bestimmte Formen der Regulation seitens des kapitalistischen Staates zur Aufrechterhaltung der gesamtgesellschaftlichen

Reproduktion notwendig werden.

Eine politische Strategie der Regulierung von modernen Geschlechterverhältnissen ist die Polarisierung bzw. Segregation in geschlechtsspezifische Berufsstrukturen. Hierbei sind im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistung, wie verbraucher- und personenorientierten

Dienstleistungen und in Versorgungs-, Erziehungs-, Pflege- und Sozialberufen besonders



viele Frauen anzutreffen. Dies deckt sich auch mit den Regierungsweisen der momentanen Regierung, welche durch die Öffnung eines Niedriglohnssektors im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit⁽¹⁰⁾ versucht, die Reproduktion der Gesellschaft insgesamt zu sichern. Mittel hierfür ist, zumindest ideologisch, das Konzept der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik bzw. der direkte Zwang zur Arbeit. Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik befähigt demzufolge „zum Anpassen an den Strukturwandel, fördert variable Arbeitsverhältnisse und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sichert die Übergänge zwischen Familien- und Erwerbsphasen ab und ermöglicht Frauen wie Männern eine eigenständige Existenzsicherung“.⁽¹¹⁾

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Es gibt klare geschlechtsspezifische Vermittlungen in

Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen. Abhängig beschäftigte Frauen sind 2004 mit 43 Prozent in Arbeitsverhältnissen unter 31 Stunden die Woche anzutreffen, bei Männern sind es nur sieben Prozent.⁽¹²⁾ In diesem Zusammenhang stehen auch Mini-Jobs, geringfügige Beschäftigungen, befristete Arbeitsverhältnisse, Heimarbeit oder der so genannte

zweite Arbeitsmarkt, in dem überwiegend Frauen anzutreffen sind.⁽¹³⁾ Denn eine haushaltsnahe Vermittlung von Frauen in Bereiche der niedriglohnförmigen Dienstleistungsarbeit und in repräsentative Arbeiten führt wiederum zu einer Verfestigung traditioneller geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungen und zu Einkommensungleichheiten zwischen Männern und Frauen, was wiederum zu geschlechtshierarchischen Abhängigkeitsstrukturen führt. Teilzeitarbeitsverhältnisse sind ein zentraler Bestandteil dieser „Modernisierung“

von geschlechtsspezifischen Arbeitsformen und ein Kompromiss nach Forderungen auf Chancengleichheit. Letztlich wird durch die aktivierende Arbeitsmarktpolitik der Druck zur Sicherung der je eigenen Existenz verschärft. Bei prekären Einkommensverhältnissen und fehlender sozialer Absicherung bei Erwerbslosigkeit stellt sich die Frage, ob jemand in einer solchen Situation bereit ist, Verantwortung für Kinder zu übernehmen.

Renaissance der Volkswirtschaft?

Von den Veränderungen der Produktionsweise, den Umstrukturierungsmaßnahmen der Arbeitsformen sind auch Familien betroffen. Dadurch, dass der ökonomische Erfolg von Unternehmen scheinbar stärker auf die Innovationsfähigkeit und Flexibilität der Arbeitenden angewiesen ist, sind die Lohnabhängigen mit einem komplexeren und aufwändiger zu organisierenden Alltag konfrontiert: Einerseits gefährdet, in der Logik der Unternehmen, das Festhalten an traditionellen Geschlechterverhältnissen den ökonomischen Erfolg, weil undynamisch und unflexibel gestaltete Arbeitsverhältnisse zur Bremse von wirtschaftlichem Wachstum werden. Andererseits erhöhen mobile und flexible Arbeitsverhältnisse den Druck auf soziale Beziehungen und Familienleben,

spezifisch ausgestaltete Arbeitszeitmodelle oder Modelle zur Flexibilisierung des Arbeitsortes (Telearbeit) weiter auszubauen. Auf der Regierungsebene beinhalten diese Konzepte biopolitische Maßnahmen. Darunter sind finanzielle und gesundheitspräventive Leistungen für Lohnabhängige wie Elterngeld, Elternzeit, Kinderbetreuungsmaßnahmen oder Anti-Stress-Management zu verstehen. Bei den Lohnabhängigen sollen durch diese Maßnahmen die Arbeitsmotivation erhöht, Fehlzeiten wie Personalfuktuation verringert sowie „Arbeit und Leben“ besser vereinbart werden⁽¹⁴⁾, so zumindest die Hoffnungen der „Initiative für gesellschaftliche Stabilität“. Letztlich zielt der Staat darauf ab, die Sicherheit der ökonomischen Prozesse und der bevölkerungspolitischen Prozesse zu organisieren. Staat und Kapital entdecken den „Volkskörper“ wieder, um die Verwertungsbedingungen der Arbeitskraft zu optimieren und eine möglichst „kostengünstige Reproduktion einer neuen Generation bei gleichzeitiger flexibler Beschäftigung aller erwerbsfähigen Personen, die auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden“⁽¹⁵⁾, zu gewährleisten.

Die derzeitige Kontroverse innerhalb von Politik, Wirtschaft, Kirche, Zivilgesellschaft über die Familienpolitik – Ehegattensplittung, Freibeträge, Geburtenrate, Kindergeld, „Gebärmaschinen“, etc. um nur einige Diskurse zu nennen – verdeutlicht die Spannungen, welche im Umgang mit der „Modernisierung“ des Arbeitsmarktes herrschen. Einigkeit herrscht jedoch im Grundsatz: Die gesellschaftliche Debatte momentan ist nicht von Fragen nach sozialer Emanzipation oder Gleichheit von Frauen und Männern bestimmt, sondern allein davon, wie die Bereitstellung einer neuen Arbeitskräftegeneration entsprechend den „Marktgesetzen“ zu organisieren sei. Diese Neuzusammensetzungen beinhalten aber auch, zumindest theoretisch, die Entgrenzung geschlechtsspezifischer Trennung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit.

Die neuen Konzepte für Arbeitsmarkt und -organisation haben die demografische Entwicklung im Visier. Für die Geschlechterverhältnisse bedeutet dies, dass das klassische Modell der „weiblichen“ Reproduktionsarbeit transformiert wird in ein neues Flexibilitätsmodell, in der die Logik der Lohnarbeit dominiert und alle Lebensbereiche durchdringt. Diese neuen Formen weiten sich auf die Perspektiven der Lebensführung aus, so dass das Kriterium „männlich-weiblich“ möglicherweise an Bedeutung verliert und das Kriterium „mit oder ohne Kind“ an Bedeutung gewinnt. Wie Geschlechterverhältnisse an diese neuen Lebensverhältnisse angepasst werden, wie die neuen Regulationsmaßnahmen umgesetzt werden, welche gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich daraus ergeben, ob Staat und



Kapital mit ihren Maßnahmen Einfluss auf die Geburtenrate, auf die Denkformen und das Verhalten von Lohnabhängigen nehmen werden, ist unklar. Klar ist, dass Work-Life-Balance-Maßnahmen nicht für ALG II EmpfängerInnen oder prekär Beschäftigte ausgedacht wurden, sondern für Besserverdienende und Hochqualifizierte des Mittelstandes. Die feministische Rhetorik der Familienministerin dient letztlich dazu, eine offensive Bevölkerungspolitik salonfähig zu machen.

Stefan Paulus

Stefan Paulus promoviert an der TU Hamburg-Harburg in der Arbeitsgruppe „Arbeit-Gender-Technik“ zum Thema „Zur Konstruktion und Regulation von Geschlechterregimen“. Er hat außerdem das Buch „Zur Kritik von Kapital und Staat in der kapitalistischen Globalisierung“ (Verlag Edition AV) geschrieben.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Hoherz, Hilde, *150 Jahre Hausfrau. Zur Durchsetzung neuer Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus*, in: FAU-MAT (Hrsg.), *Gender und Arbeit. Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus*, Hamburg 2006, S. 39-52.
- 2) Besonders in der Textilindustrie waren viele ArbeiterInnen anzutreffen. Für eine ausführliche Darstellung der Frauenlohnarbeit siehe Ruf, Anja, *Frauenarbeit und Fordismus-Theorie*, Frankfurt/M 1990
- 3) Vgl. Eisenstein, André, *Rationalisierung – Die Automatisierung des Menschen*, in: DA Nr. 177
- 4) Die „Frankfurter Küche“ ist der Vorläufer der modernen Einbauküche.
- 5) Vgl. hierfür besonders das Biopolitik-Konzept von Foucault, Michel, *Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Bd. 1.*, Frankfurt/M1983
- 6) Bauer, Ilona, *Frauenarbeit und kapitalistische Reproduktion*, in: *Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Neue Folge Nr. 14: Klassengeschichte – Soziale Revolution?*, Berlin 1985, S. 147-200
- 7) Kreisky, Eva, *„Paradise lost“. Das patriarchale Familienmodell in der Krise?* URL: http://evakreisky.at/online/texte/familie_kreisky.php
- 8) Vgl. Statistisches Bundesamt: Erwerbstätigkeit, URL: <http://www.destatis.de/basis/d/erwerb/erwerbtat1.php>, 2006
- 9) Vgl. Voß, Günter/Pongratz, Hans Jürgen, *Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der ‚Ware Arbeitskraft‘? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50. Jg., Heft 1, 1998, S. 131-158*
- 10) Vgl. Bericht der Hartz-Kommission: Summary. URL: <http://www.soliserv.de/hartz-kommission.htm>, 2003
- 11) Ebd.
- 12) Vgl. BMFSFJ: Gender-Datenreport. URL: <http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html>, 2005
- 13) Vgl. Kerstin S., *Lohnarbeit als Stippvisite – Fehlanzeige bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau*. In: DA Nr. 179
- 14) Vgl. BMFSFJ: *Work Life Balance. Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität. Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte*, Berlin 2005
- 15) Winker, Gabriele, *Freiheit oder Planwirtschaft? Das absurde Theater des Streits um Kinderkrippen und die Widersprüche im System der Reproduktion*. URL: <http://www.feministisches-institut.de/krippen.html>, 2007

KULTURQUELLE



Sembène Ousmane gestorben

Am 9. Juni 2007 starb der Regisseur und Schriftsteller Sembène Ousmane im Alter von 84 Jahren in seinem Haus in Yoff (bei Dakar). Er gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller Afrikas und als Begründer des unabhängigen afrikanischen Kinos.

Ousmane Sembène wurde 1923 als Sohn eines Fischers im Senegal geboren. Mit 14 Jahren musste er die Schule verlassen und arbeitete von 1938 bis 1944 zunächst als Klempner, Maurer und Mechaniker in Dakar. 1944 wurde er in die französische Armee zum Krieg gegen Deutschland eingezogen und kehrte 1946 nach Dakar zurück. 1948 wieder in Frankreich, arbeitete Sembène zunächst in einer Zitronen-Fabrik in Paris und dann 10 Jahre als Hafearbeiter in Marseille. In dieser Zeit war er aktiv an den Gewerkschaftskämpfen beteiligt.

1956 veröffentlichte er seinen ersten Roman „Le docker noir“.

Es folgten „O pays, mon beau peuple!“ („Meines Volkes schöne Heimat“) (1957) und „Les Bouts de bois de Dieu“ („Gottes Holzstücke“) (1960).

Da seine Bücher in seiner Heimat die Arbeiter und die Menschen auf dem Land nicht erreichen konnten, beschloss Sembène Ousmane, Filme zu drehen. 1961 reiste er nach Moskau, um dort Regie zu studieren. 1966 erhielt er für „La noire de ...“, einen Film über eine junge Afrikanerin, die in Frankreich als Dienstmädchen arbeitet, den Prix Jean Vigo. Der Film wird heute als

Ausgangspunkt des afrikanischen Kinos angesehen. In über 40 Jahren hat Sembène Ousmane zwölf Spielfilme und mehrere Dokumentarfilme realisiert. Zuletzt im deutschen Kino zu sehen waren „Faat kine“ und „Moolaade“. Beide Filme waren Teil einer Trilogie über den alltäglichen Heroismus. Mit dieser Trilogie, die nun für immer unvollendet bleiben wird, wollte Sembène Ousmane den afrikanischen Frauen ein Denkmal setzen, da er in ihnen allein eine Hoffnung für sein Land und für Afrika sah. Lesetipp: Sein großer Roman „Gottes Holzstücke“ über den Eisenbahnerstreik an der Strecke Dakar-Bamako 1947/48 ist nach wie vor (und obendrein zu einem günstigen Preis) über den Buchhandel zu beziehen.

Anmerkungen

(1) Vgl. Mümken, Jürgen, Schöne neue Arbeitswelt! Die neoliberale Transformation der Arbeit, in: FAU-MAT (Hrsg.), Gender und Arbeit. Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus, Lich/Hamburg 2006

(2) Vgl. Postone, Moishe, Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg 2003

Die Unterwerfung unter die abstrakte Zeit

Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus

Als ich mich in den 1990er Jahren während meines Architekturstudiums mit der Disziplinierung der ArbeiterInnen durch den Werksiedlungsbau beschäftigte, bin ich auch auf den hervorragenden Text „Arbeit, Zeit und Industriekapitalismus“ von Edward P. Thompson gestoßen. Vierzig Jahre nach seiner Erstveröffentlichung 1967 (erste Veröffentlichung der dt. Übersetzung 1973) bringt Edition Nautilus diesem Text mit einer Einleitung von John Holloway erneut heraus. Es war eine Freude, diesen Text nach Jahren erneut zu lesen.

Gelebte und abstrakte Zeit

Der Text von Thompson beschreibt die Transformation der Zeit am Beispiel der Entwicklung des Merkantilismus und des Industriekapitalismus in England. Er zeigt uns, dass es keine „Zeit an sich“ gibt, dass die Zeit ein umkämpftes Feld ist. Mit der Durchsetzung der mechanischen Zeitmessung beginnt eine neue Zeit. Die älteren Formen der Zeitmessung orientierten sich am menschlichen Tun und standen mit dem Arbeitszyklus und der Hausarbeit in Beziehung. So wurde z.B. in Madagaskar die Zeit mit „einem Reiskocher“ (etwa ein halbe Stunde) oder „mit dem Braten einer Heuschrecke“ (ein kurzer Augenblick) gemessen, solche Beispiele gab es vielerorts. Die Arbeit der bäuerlichen Gemeinschaften orientiert sich an die Jahreszeiten, die der Fischer an die Gezeiten. Die gesellschaftliche Zeit im Seehafen wird vom Rhythmus des Meeres bestimmt. Ebenso gab es einen starken Bezug des Raumes und der Entfernung zur Zeit, so wurde die Entfernung u.a. in Tagesmärschen und die Größe landwirtschaftlicher Flächen u.a. in „Tagwerk“ und „Morgen“ angegeben.

Mit der Durchsetzung der Uhrzeit beginnt der Sieg der abstrakten Zeit über die gelebte Zeit. Der Uhrzeit ist es egal, was passiert, wie sie gefüllt wird. „Eine Sekunde ist eine Sekunde ist eine Sekunde. Eine Minute ist eine Minute ist eine Minute. Für die Uhr ist eine Stunde immer gleich, unabhängig davon, ob wir leben oder sterben, ob wir in der Schule sitzen oder Liebe machen“ (John Holloway, S. 7). Die Verbreitung der Uhrzeit hat zwischen 1300 und 1650 das Zeitverständnis des europäischen Kulturkreises verändert. Mit den Aufkommen der Manufakturen und der Mechanisierung der Arbeit nimmt die Bedeutung der Zeit zu, da der Arbeitsprozess zunehmend synchronisiert wurde. Eine Maschine, die eine bestimmte Zeit läuft, produziert eine bestimmte und vorausberechenbare Menge Waren, und zwar zu jeder Stunde die gleiche Menge. Der von den Menschen selbst gewählte Arbeitsrhythmus sah anders aus. Galt es eine bestimmte Menge Waren in einer Woche zu produzieren, fing frau und mann erst einmal mit den blauen Montag an, steigerte sich täglich, um dann am letzten Tag die restlichen notwendigen Waren zu produzieren. „Wo immer die Menschen ihren Arbeitsrhythmus selbst bestimmen konnten, bildete sich ein Wechsel von höchster Arbeitsintensität und Müßiggang heraus. (Dieser Rhythmus besteht noch heute in selbständigen Berufen – bei Künstlern, Schriftstellern, Kleinbauern und vielleicht auch Studenten – und wirft die Frage auf, ob dies nicht ein ‚natürlicher‘ menschlicher Arbeitsrhythmus sei.“) (Thompson, S. 38). Zum blauen Montag gehörte zumindest für die Männer auch die ausgiebige Zeche am Wochenende. So wurde der blaue Montag, dem häufig noch ein blauer Dienstag folgte, zum beliebten Angriffsziel viktorianischer Moralapostel.

Zeitdisziplin und Fabriksystem

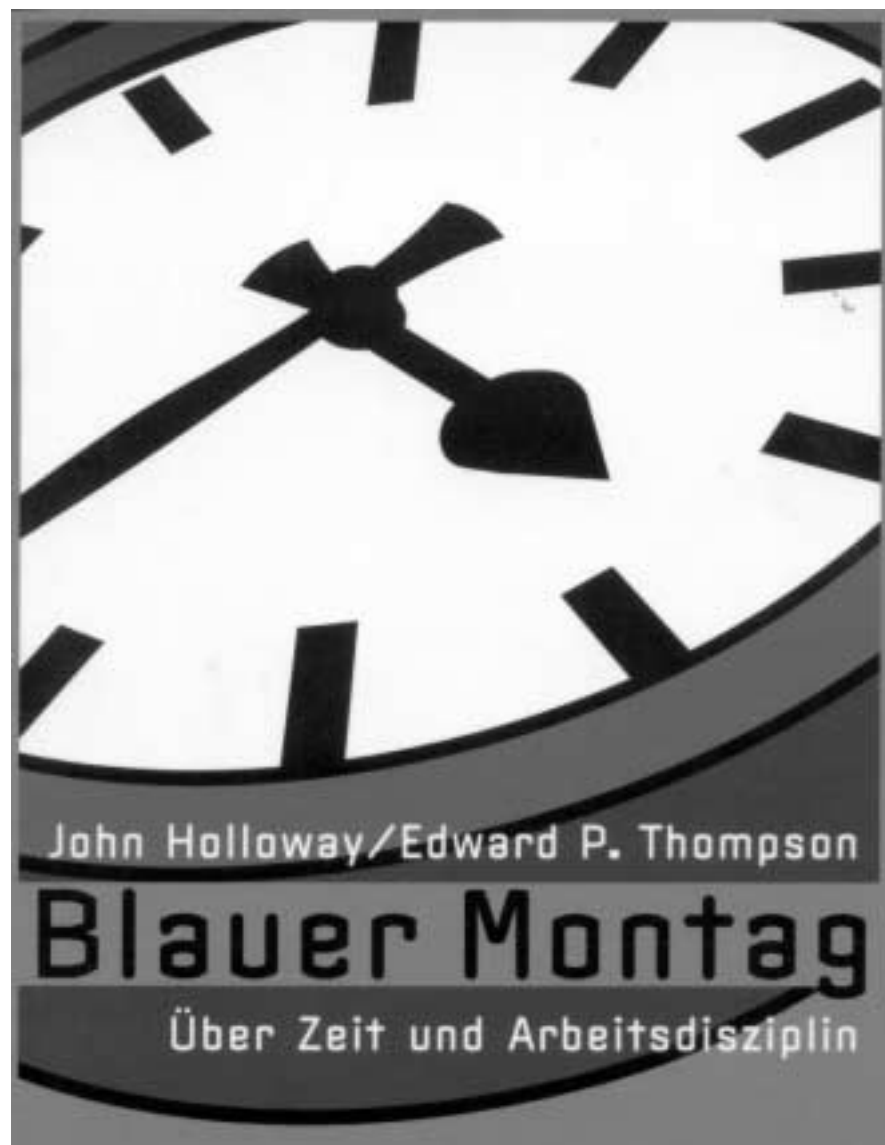
Der unregelmäßige Arbeitsrhythmus gefiel den Manufakturbesitzern ebenfalls nicht, und sie propagierten die Notwendigkeit niedriger Löhne als Mittel gegen den Müßiggang. Erst ab

Mitte des 18. Jahrhunderts tauchen die kapitalistischen Lohnanreize als Instrument der Leistungssteigerung der ArbeiterInnen auf. Die Zeit wurde – und ist es noch heute – ein umkämpftes Feld in den Manufakturen und Fabriken. So finden wir schon um 1700 das System der Kontrollkarten, Aufseher, Denunzianten und Fabrikstrafen vor. Doch die Disziplinierung sollte nicht auf die Fabriken und Werkstätten beschränkt bleiben. Das rationale Zeitbewusstsein sollte ebenfalls in der Heimindustrie Einzug erhalten und auch das häusliche und soziale Leben bestimmen. In ein Pamphlet von 1755 wurde beklagt, dass

innerlich, nun hatten sie es endlich begriffen: „Zeit ist Geld!“

Zeit, Macht und Wissen

Doch immer wieder gibt es eine „erste Generation“: In Spanien hatte die anarchosyndikalistische CNT nach ihrer Gründung großen Zuspruch unter der „ersten Generation“, auch in Italien Ende der 1960er waren es die ZuwanderInnen aus dem Süden, die die Arbeitskämpfe im industrialisierten Norden radikalisierten. Aber noch immer gelingt es dem Kapital, die „erste Generation“ zu disziplinieren



bei Beerdigungen und Hochzeiten die Straßen voll von ZuschauerInnen seien, „die trotz ihres elenden Hungerlebens ... keine Skrupel haben, die besten Stunden des Tages mit Gaffen zuzubringen“. Die Teetische, Kirmessen und Festtage seien „widerwärtige Vertilger von Zeit und Geld“, genauso wie das „faule In-den-Tag-Schlafen“. Ebenso würde das Frühaufstehen „eine exakte Regelmäßigkeit in ihre Familien bringen, eine wundervolle Ordnung in ihre Wirtschaft“ (S. 53). Während der Phase der industriellen Revolution hatten die Werksiedlungen eben auch die Funktion, den ArbeiterInnenfamilien eine „methodische Lebensführung“ nahezubringen. Die Schulen und das Militär wurden ebenfalls zu einem Ort, wo das „rationelle Zeitverständnis“ erzieherisches Ziel war. Die Kinder sollten in den Schulen zum „unermüdbaren Fleiß“ erzogen werden, der Kampf gegen den Müßiggang sollte möglichst früh beginnen.

Auf den Angriff auf die überkommenen Arbeitsgewohnheiten – den „natürlichen“ Arbeitsrhythmus – ließen die Reaktionen nicht auf sich warten: „In der ersten Phase finden wir lediglich Widerstand. Danach aber, sobald sich die neue Zeitdisziplin durchgesetzt hat, beginnen die Arbeiter zu kämpfen, und zwar nicht gegen, sondern um die Zeit“ (Thompson, S. 55). Hatte sich die erste Generation der ArbeiterInnen noch gegen den geregelten Arbeitsrhythmus gewehrt, kämpfte die zweite in der Zehn-Stunden-Bewegung für kürzere Arbeitszeiten, und die dritte für Überstunden- und Feiertagszuschläge. Sie hatten die Kategorien ihrer Arbeitgeber verstanden und ver-

und zu domestizieren. Die neue Zeitdisziplin wurde durch Arbeitsteilung und Arbeitsüberwachung, mit Geldstrafen, Glocken- und Uhrzeichen, Geldanreizen, Predigten und Erziehungsmaßnahmen durchgesetzt. Zu diesem Kontext gehört auch die „wissenschaftliche Arbeitsorganisation“, die von Frederick Winslow Taylor (1856-1915) begründet wurde. Er wollte auf der Grundlage von Zeit- und Bewegungsstudien die Arbeit neu und effektiver organisieren. Der Produktionsprozess sollte in einzelne Arbeitsgänge zergliedert werden und die ArbeiterInnen in „PlanerInnen“ und „Ausführende“ aufgeteilt werden. Henry Ford perfektionierte durch die Einführung des Fließbandes die tayloristische Arbeitsorganisation. Das neue „Macht-Wissen-Regime“ der Arbeit bedeutete eine Enteignung des Produktionswissens der ArbeiterInnen, mit dem Ziel, sie besser kontrollieren zu können. Die ArbeiterInnen, die sich nicht der „industriellen Lebensweise“ verpflichtet fühlten, mussten weiterhin diszipliniert und dahingehend erzogen werden.

Das Zeitverständnis der vollausbildeten Industriegesellschaft ist durch eine strenge Zeiteinteilung und eine klare Trennung von „Arbeit“ und „Leben“ gekennzeichnet. Im Jahre 1963 stellt sich für Thompson die Frage nach dem Umgang mit einer zunehmenden freien Zeit in einer automatisierten Zukunft: „Welche Erfahrungsmöglichkeiten haben die Menschen, die über diese ungesteuerte Zeit verfügen?“ So stellt sich Thompson die Frage, „wieweit diese Zeit nutzbringend angewandt wird oder wieweit sie von der Freizeitindustrie

ausgebeutet wird. Wenn aber der zweckgebundene Umgang mit der Zeit an Zwang verliert, dann müsste der Mensch vielleicht auch wieder etwas von jener Lebenskunst lernen, die in der vorindustriellen Revolution verloren ging: Wie die Zwischenräume seiner Tage mit bereichernden und spannenden persönlichen und sozialen Beziehungen zu füllen sind, wie einmal mehr die Schranken zwischen Arbeit und Leben eingerissen werden können“ (Thompson, S. 69).

Krise der abstrakten Zeit

In seinem Vorwort „Thompson und die Zersetzung der abstrakten Zeit“ sieht Holloway die Trennung von Zeit und Tun in der Krise, und diese Krise der abstrakten Zeit sind wir. Wie wir schon von Foucault wissen, ist die Existenz von Herrschaft nicht ohne den Widerstand dagegen vorstellbar. So ist für Holloway die „Abstraktion der Arbeit [...] ohne die Revolte des Tuns nicht vorstellbar. Die Abstraktion der Zeit stellt sich ständig der konkreten Zeit entgegen. In diesem Sinne ist die Krise des Kapitals, der Arbeit, der Zeit eine permanente Krise: Wir sind die Krise“ (Holloway, S. 9). Er fragt sich, ob es einer Zersetzung der Uhr-Zeit gibt, an der wir beteiligt sind. Er glaubt, dass dem so ist. Die Zeit sei in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren zu einem Thema im Klassenkampf geworden, nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Für Holloway kommt es „zu einem plötzlichen Anwachsen der Revolte der konkreten Zeit gegen die abstrakte Zeit und zu einem plötzlichen Anwachsen des Kampfes des Tuns gegen die Arbeit“ (Holloway, S. 9). Die Krise des Fordismus ist auch eine Krise der Arbeit und eine Krise der tayloristischen Arbeitsorganisation. Nun ist das Wesen der Zeit ein ständiges Thema in antikapitalistischen Kämpfen. Für Holloway kann das Einreißen von den Grenzen zwischen Arbeit und Leben nur auf zwei Arten aufgefasst werden: „entweder als Prozess der Aufhebung der Entfremdung der Arbeit, deren Verwandlung in Tun, welches wir kontrollieren, dessen Rhythmus wir wählen, oder als Ausbreitung der Fabrikdisziplin auf die ganze Gesellschaft (um die ‚gesellschaftliche Fabrik‘ zu konstituieren)“ (Holloway, S. 10).

Die gegenwärtige neoliberale Transformation der Arbeit innerhalb eines entgrenzten Kapitalismus bedeutet den Zugriff des Kapitalismus auf das ganze Leben, das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben“, von Freizeit und Arbeitszeit, von Arbeitsplatz und Zuhause. Die Kultur des neuen Kapitalismus führt zu einer Flexibilisierung von Zeit und Raum jedes einzelnen Menschen, aus ArbeiterInnen werden „ArbeitskraftunternehmerInnen“⁽¹⁾. Der entgrenzte Kapitalismus ist aber keine Disziplinargesellschaft mehr, sondern die „gesellschaftliche Fabrik“ funktioniert als Kontrollgesellschaft.

Holloway hält solch eine Schlussfolgerung für zu voreilig, dies könne frau/mann von Thompson lernen, denn er erlaube es uns, zu verstehen, „dass die Zeit immer ein Kampf ist, dass sie immer einen Zusammenstoß zwischen den Zeiten darstellt“ (Holloway, S. 10). Die Zeit ist nicht nur ein Feld der Herrschaft, sondern auch des Kampfes. Aber solange die Menschen in den „neoliberalen Freiheiten“ Möglichkeiten von „Selbstbestimmung und ‚Selbstverwirklichung sehen, anstatt eine neue Form der Unterwerfung und Verwertung, stehen die Chance für eine Aufhebung der Entfremdung der Arbeit nicht besonders gut. Aber Holloway hat Recht, wenn er sagt: „Die Erschaffung einer Welt gesellschaftlicher Selbstbestimmung erfordert in vielerlei Hinsicht eine entspanntere Zeit als die kapitalistische Zeit. Sie benötigt Zeit, um nachzudenken und zu diskutieren“ (S. 15/16). Die Aufhebung des Kapitalismus verlangt nicht nur die Abschaffung des Privateigentums, sondern auch die Abschaffung dieser spezifischen Form der Arbeit⁽²⁾ und damit zugleich die Aufhebung der abstrakten Zeit.

Jürgen Mümken

Holloway, John/Thompson, Edward P.
Blauer Montag
Über Zeit und Arbeitsdisziplin
Edition Nautilus
96 Seiten | 10,90 Euro
ISBN 978-3-89401-539-1

Flemings Ticket

Zum Alltagsmythos James Bond

Weltweit strömen Millionen Zuschauer an den Kinokassen vorbei, um verückt den Phrasen des Agenten James Bond zu lauschen, die sie im Grunde doch alle schon kennen. Wer den Film nicht gesehen hat, ist nicht auf dem Laufenden, und was könnte heute schlimmer sein, als unter den Freunden, in der Schule, auf der Arbeit oder in der Universität nicht mitreden zu können und sprachlos der Kennerin zu lauschen. In der den Menschen verbliebenen Zeitspanne zwischen Arbeit und Schlaf verabredet man sich zum Kinobesuch, wo der Alltag, dem man doch eigentlich, wenn auch nur für kurze Zeit, entfliehen will, sich auf der Leinwand reproduziert.

Die Guten und die Bösen

Der Schöpfer des James-Bond-Stoffs, Ian Fleming, hat seine Romane nach einem immer gleich bleibenden Muster erzeugt. Grundlegend für diese erzählerische Struktur der James-Bond-Romane ist der Gegensatz von bestimmten Figuren und Werten. Mögen beim Anschauen der Filme oder beim Lesen der Romane die Namen der Figuren auch unterschiedlich sein, ihr emotionales Verhältnis zueinander und ihre Charaktereigenschaften bleiben immer gleich. Aufgrund dieser Austauschbarkeit ist anzunehmen, dass, wenn die Romanvorlagen einmal ausgehen, von der Filmindustrie neue Produkte angefertigt werden, die genau dieser Struktur entsprechen. Dabei werden die Inhalte der Filme schon heute derart manipuliert, dass sie sowohl den Interessen der Kulturindustrie als auch denen der herrschenden Klasse entsprechen. So geschehen bei der filmischen Umsetzung des Romans „Casino Royal“, der im Jahr 2006 in den Kinos lief.

Der Gegenspieler Bonds mit dem Namen Le Chiffre (Gut/Böse) war in der ursprünglichen Textversion ein Agent der Sowjetunion (westliche Welt/Sowjetunion) und gleichzeitig Vertreter der internationalen kommunistisch-kontrollierten Gewerkschaft der Schwerindustrien (Nationalismus/ Internationalismus). Da sich heute kaum mehr jemand vom Kommunismus schrecken lässt und es ganz im Interesse der herrschenden

Klasse ist, einen länderübergreifenden Terrorismus als das ultimativ Böse darzustellen, das ihre Angriffskriege rechtfertigt, wurde aus Le Chiffre kurzerhand ein internationaler Terrorist. Der Gegensatz zwischen nationalistischem Agenten (Bond) und international ausgerichtetem Bösen (Le Chiffre) bleibt davon unberührt. Andere Gegensätze finden sich ebenso immer wieder. So vertritt die Hauptfigur Bond den Wert der Ehrlichkeit, im Gegensatz zu Le Chiffre, der im Spielcasino auch zu unehrlichen Mitteln greift



(Ehrlichkeit/Unehrlichkeit). Die Folterungszone gegen Ende des Romans, bei der der Böse die Genitalien James Bonds malträt, zielt auf den Gegensatz Perversion/Unschuld hin. Dabei wird dem Perversen im James-Bond-Stoff die Homosexualität zugeschlagen. So schaut Le Chiffre dem britischen Agenten „fast zärtlich“ in die Augen, bevor er ihm mittels eines Teppichklopfers die Genitalien massiert. In „Diamonds Are Forever“ ist es ein homosexuelles Killerpärchen, das seine Gegner sadistisch ermordet.

Stereotypen und Projektionen

Neben der oppositionellen erzählerischen Struktur sind Klischees für die Darstellung

der Figuren sehr wichtig. Rassistische und antisemitische Projektionen geben den Figuren ihren Gehalt. Deutlich wird dies an der Figur Goldfinger, der zum einen baltischen Ursprungs ist, jedoch auch jüdische Vorfahren hat. Auch Le Chiffre aus „Casino Royal“ hat in der Romanversion einen jüdischen Einschlag, behauptet der Literaturwissenschaftler Umberto Eco. Er ist „romanischer Abstammung mit preußischem und polnischem Einschlag“ und außerdem wie ein „Tintenfisch“, ein oft gebrauchtes antisemi-

tisches Symbol. Der Böse in den James-Bond-Romanen hat meistens Vorfahren aus verschiedenen Ländern. James Bond dagegen verkörpert die Überlegenheit des englischen Menschen gegenüber dem Bösen mit „gemischtem Blut“. Solche rassistischen Muster sind in „Live or Let Die“ besonders deutlich. Hier fällt es nach Auskunft des „Internationalen Lexikon des Films“ dem Zuschauer leicht, aufgrund des Inszenierungsstils rassistische Tendenzen zu akzeptieren. Fast man die reproduzierten stereotypen Bilder und Herrschaftsideologien des James-Bond-Stoffes zusammen, so ähneln diese oftmals einer Form des Denkens, die von Theodor W. Adorno als „Ticket-Thinking“ bezeichnet wird. Das reaktionäre Ticket, um das es sich

hier handelt, beinhaltet auch das Ressentiment gegen die Juden. Mag dieses Klischee im Film „Casino Royal“ auch kaum wahrnehmbar sein, so ist der Antisemitismus doch strukturell in der Geschichte verankert. Der Stereotyp, wie beispielsweise dem anti-jüdischen Klischee, so stellt Adorno fest, ist die Personifizierung entgegengesetzt. Paradoxerweise neigen die Menschen nun dazu, beides miteinander zu verschmelzen, und auch darin reproduziert der James-Bond-Film die wirklichen Verhältnisse. An einer Figur werden einfach Stereotypen konkretisiert, und so ist Goldfinger ein Verbrecher mit baltisch-jüdischen Vorfahren, der vom Handel und Schmuggel mit Gold lebt, die kommunistische Bewegung in Europa finanziert, der beim Spielen betrügt und sagenhaft reich ist; nebenbei quält er noch junge Mädchen, indem er sie mit Gold überzieht – kaum ein anti-jüdisches Klischee, das hier fehlt. Deutlich wird dies auch am Namen des bösen Mr. Big aus „Live or Let Die“; er personifiziert den rassistischen Ausspruch von Lothar Matthäus: „Unser Schwarzer hat den Längsten“.

Auch wenn man die klischeehafte Darstellung von Figuren möglicherweise für ironisch halten mag, so ist kaum anzunehmen, dass viele KinobesucherInnen eine solche Ironie empfinden, denn diese menschenfeindlichen Muster sind vielen überhaupt nicht fremd, sondern ein annehmbares Ticket, welches sie auch ohne Bezahlung an der Kinokasse schon haben. Die in Großbritannien aufgekommene Islamophobie nach den Anschlägen in London und die gestiegene Anzahl antisemitischer Straftaten im Jahr 2006 in Deutschland zeigen, auf welch fruchtbaren Boden stereotype Darstellungen fallen. Die aus der kapitalistischen Vergesellschaftung drängenden, latenten völkischen Wahnbilder gilt es deshalb zu zerschlagen. Einen kleinen Beitrag dazu können vielleicht andere Figuren aus der Literatur leisten. Deutlich autonomer als der autoritätsgebundene James Bond sind beispielsweise die Romanfiguren Sherlock Holmes oder Miss Marple. Der Opium fixende Detektiv und die emanzipierte Detektivin unterscheiden sich zwar nur graduell von der Figur James Bond, sie führen aber im Gegensatz zu ihm die autoritätsgebundene Polizei vor und sind nicht wie der Geheimagent vom Staat dressierte Killer zur Elimination allen „unwerten Lebens“. Deshalb: Lieber Tee mit Sherlock Holmes als Gin mit dem Schwein 007.

marcel gruber

Work is Freedom. Freedom is work ...

Ein Roman über die Schöne neue Welt der Arbeitslosen

„Work is Freedom. Freedom is work“ ist einer der Grundsätze des Trainingslagers „Sphericon“, in dem Arbeitslose fit für ihre Bewerbungen auf dem Arbeitsmarkt gemacht werden sollen. Es ist mittlerweile das Jahr 2012, wie viele Arbeitslose es gibt, weiß keiner so genau, die Berechnungsformeln werden ständig geändert. Regelmäßig werden Arbeitslose von der „Bundesagentur für Arbeit“ mit Bussen zur Fortbildung in die Trainingslager verschickt. Die Busse haben an der Seite den sinnigen Slogan „Deutschland bewegt sich“.

Der Schulleiter von „Sphericon“ erklärt den neu angekommenen TeilnehmerInnen, den Trainees, die neue Arbeitsideologie: „Während der gesamten Menschheitsgeschichte war Arbeit a priori gegeben. Sie hat die Menschen Jahrtausende lang begleitet, belagert, verfolgt. In den letzten Jahren hat sich dies verändert. Die Arbeit verfolgt nicht mehr. Wir verfolgen sie. Wir fahnden nach ihr. Mit allen Mitteln. Wie nach einem kostbaren Rohstoff. Oder wie der Jäger nach Beute. Die eigentliche Arbeit ist heute nicht mehr die Arbeit selbst, sondern die Suche nach Arbeit. Vielleicht gar ihre höchste und vollendetste Form. Arbeitssuche ist ein irreführendes Wort. Sucharbeit ist das Wort. Ein Arbeitsloser leistet fortwährende Sucharbeit“ (S. 34).

Diese Sucharbeit soll nicht nur von den Trainees verinnerlicht werden, sondern von der ganzen Gesellschaft, deshalb gibt es die Fernsehserie „Job Quest“. Dort geht es um die fortwährende Suche nach Arbeit mit



wechselnden Protagonisten, die nach unzähligen Kämpfen und Rückschlägen in letzter Minute eine Arbeit finden. In der Serie hat kein Mensch Arbeit aus Zufall oder weil sie oder er sie immer schon hatte. Die Arbeit muss sich verdienen, erkämpft

und erzwungen werden. „Job Quest“ gibt es selbstverständlich als Fortsetzungsroman zum Lesen oder als Computerspiel.

JedeR, die oder der einmal ein Bewerbungstraining als ErwerbsloseR mitmachen musste, weiß, welche Bedeutung der Lebenslauf bei der Selbstvermarktung der Arbeitskraft besitzt. Hier bei „Sphericon“ wird dies noch auf die Spitze getrieben, denn hier folgen Lebensläufe ihrer eigenen Wahrheit und Möglichkeit: „Ein gelungener Lebenslauf ist nicht das, was gewesen ist, sondern das, was gewesen sein könnte oder gewesen sein sollte – um ein Leben zu irgendeinem Erfolg zu bringen“ (S. 134). Von den Trainees wird nicht Wirklichkeitssinn, sondern Möglichkeitssinn gefordert. Es geht nicht um die Übereinstimmung von Lebenslauf und Lebenswirklichkeit, sondern um die innere Stimmigkeit.

Der Höhepunkt ist, dass die Trainees die Chance bekommen, sich um eine Stelle als Trainer bei „Sphericon“ zu bewerben. Das Bewerbungsverfahren funktioniert wie eine Casting-Show, die fünf besten treten in der Endrunde gegeneinander an: „Jedes Vorstellungsgespräch dauert 30 Minuten: Es beginnt mit einem fünfzehnminütigen Soloprogramm jedes Bewerbers in Form von Vortrag, Schauspiel, Revue, Tanz oder Mu-

sik. Dem folgt ein fünfzehnminütiges Kreuzverhör des Bewerbers durch Schulleitung und Trainerstab. Am Ende des Abends wird der am wenigsten überzeugende Bewerbungsvortrag per Votum des Publikums selektiert“ (S. 132). Mit den verbleibenden BewerberInnen geht das Verfahren weiter. Ähnlich wie bei den aktuellen Casting-Shows im Fernsehen bilden sich Fangruppen der verschiedenen BewerberInnen. Was ist, wenn frau und mann nicht mitmachen will, sich nicht bewerben will? Karla, eine der Trainees, weigert sich und bekommt die Repression von „Sphericon“ zu spüren.

In seinem Roman „Schule der Arbeitslosen“ beschreibt Joachim Zeltner in kafkaesk-orwellscher Weise die „Diktatur des Coaching“. Kühl und ironisch wird hier der Zynismus neoliberaler Subjektivitäten entlarvt. JedeR, die oder der schon einmal ein Coaching der Arbeitsagentur mitmachen musste, erkennt Elemente gegenwärtiger Praxen wieder. Diesen Roman sollten aber auch jene lesen, die sich noch nicht in den unterwerfenden Mühlen der Arbeitsagentur befinden.

Jürgen Mücken

Zeltner, Joachim, *Schule der Arbeitslosen*, Klöpfer & Meyer, 206 Seiten – 26 Euro

Anzeige



Quellen:

Adorno, Theodor W., *Ticket Thinking and Personalization in Politics, Soziologische Schriften II, Qualitative Studies of Ideology*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Band 9, Frankfurt/Main 1986.
Eco, Umberto, *Erzählstrukturen bei Ian Fleming*, in: Peter Zima (Hrsg.), *Textsemiotik als Ideologiekritik*, Frankfurt/Main 1977.
Fleming, Ian, *James Bond. Casino Royal*, München 2006.

Anzeige

Das ist ja der Gipfel!

contra la gravitación (FDR026)

Soll-Sampler gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm.

U.S. mit Daddy Longleg, Koyaanisqatsi, The Toyotas, Propagandhi, Cose Perse, Kobayashi, Thee Evil Bad, Fallos Del Sistema, Re.In, Violencia Violeta, Harum, Scarum, Inner Conflict, Black Ash, Desechos, Con-Senso, Geigerzähler, Baxi, David Rovica...

80 Min. Punk, Liedermacher!, Reggae und Weltmusik aus Europa, USA und Mexiko inkl. 20-seitigem Booklet mit Infos zum Gipfel und allen Songtexten.

CD: 8,-
MC: 4,-

FALLING DOWN RECORDS
a/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Ullmeier
Germoney
falling-down@gmx.de
www.falling-down-records.de
myspace.com/fallingdownrecords

WAS WILL DIE FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Empirische Ordnung

Des letzten Rätsels Lösung: das Organisationsprinzip des Föderalismus

Nicht überall wird Michail Bakunin in erster Linie als Anarchist verstanden. Wer die Gelegenheit hat, sibirische Intellektuelle auf den russischen Frühsozialisten anzusprechen, wird da viel häufiger hören: „Ah, der Vater des Föderalismus“. Und mit glänzenden Augen wird anschließend erläutert, dass Bakunin schon im 19. Jahrhundert die Vision von einem selbstverwalteten Sibirien entwickelt habe.

Wie so oft bei Geschichtsmythen ist diese These zwar nicht ganz falsch, aber eben auch nicht ganz richtig. Sicher war Bakunin ein leidenschaftlicher Verfechter des Föderalismus, aber eben auch ein Anarchist. Eine Art Bundesland Sibirien in einem föderalistischen russischen Staat gehörte denn auch kaum zu seinen Zielen. Richtig ist allerdings, dass er während der Zeit seiner Verbannung in Sibirien (1857 - 61), wo er sich verhältnismäßig frei bewegen konnte, bei der lokalen Elite mit der Idee von Selbstverwaltung auf reges Interesse stieß; allerdings nur mit dieser.

Ein ähnliches Schicksal teilen Proudhons Ansichten zum Föderalismus, die Bakunins Gedanken vorangingen und auf die jener aufbaute. Bis in die Gegenwart berufen sich bürgerliche

Föderalistentheoretiker auf das anarchistische Urgestein, wollen dabei aber wie selbstverständlich auf einen föderativen Staat hinaus. Proudhon habe das mit dem Staat eben zu eng gesehen oder sei missverstanden worden.

Tatsächlich muss man zweierlei unterscheiden, wenn von Föderalismus die Rede ist. Einerseits den etatistischen, also staatsbezogenen, andererseits den anti-etatistischen, revolutionären, libertären Föderalismus. Beide Föderalismen hängen zwar ideengeschichtlich zusammen, trennen ansonsten aber Welten.

Das libertäre Föderalisprinzip, wie von Proudhon und Bakunin entwickelt, ist untrennbar mit revolutionären sozialistischen Vorstellungen verknüpft. Dabei geht es nicht einfach um einen utopischen Entwurf vom Gesellschaftsaufbau nach der Revolution, sondern um ein ganz allgemeines Organisationsprinzip. Im Gegensatz zum Organisationsverständnis des autoritären Flügels der sozialistischen Bewegung, wie es Marx und seine Anhänger vertraten, und das später im Konzept des „demokratischen Zentralismus“ mündete, sieht der Föderalismus eine weitgehende Selbstständigkeit der Basiseinheiten vor. Statt Kaderdisziplin und

strengem hierarchischen Aufbau verbleibt bei der Föderation die Entscheidungsgewalt auf unterer, lokaler Ebene. In der Föderation veräußern die Mitglieder nicht ihre Freiheit an die Organisation, sondern teilen sie miteinander.

Mit der anti-etatistischen Föderaliskonzeption verbunden sind weitere wesentliche Organisationsprinzipien wie die des imperativen Mandats, verantwortliche, gewählte und jeder Zeit abrufbare Delegierte, verbindliche allgemeine Strukturen und gegenseitige Hilfe als ein wichtiger Zweck der Organisation. Proudhon verstand im Föderieren den notwendigen Ausgleich zwischen individueller Freiheit und kollektiver Autorität.

In Anbetracht der Vielschichtigkeit und beinahe dialektischen Allgemeingültigkeit verblasen etatistische Föderalismusmodelle, wie sie uns heute in Staaten wie Deutschland, Russland oder den USA begegnen, zur Karikatur. Denn hier bezieht sich das Föderieren lediglich auf Kompetenzbelange innerhalb der Administration, deren Obrigkeitscharakter unangetastet bleibt.

Die von Bakunin mitbegründete Jura-Föderation in der Schweiz war die erste Organisation, die nach libertär-föderalistischen Prinzipien aufgebaut war. Nach diesem Muster begannen sich bald auch in anderen Ländern Europas die Anhänger des anti-autoritären Flügels der Ersten Internationale, der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), zu organisieren. Alle spä-

teren anarchosyndikalistischen Gewerkschaften, von der CGT in Frankreich über die spanische CNT bis hin zu den weltweit verzweigten IWW, folgten diesem Grundprinzip des anti-etatistischen Föderalismus.

Das vielleicht Bemerkenswerteste am libertären Föderalismuskonzept besteht in seinem praktischen Charakter. Während Proudhon die klassischen Staatsmodelle als idealisierte, „hypothetische Konstrukte“ verwarf, begriff er den Föderalismus als „empirischen Typ der Ordnung“.

Matthias Seiffert



Vater des Föderalismus: Proudhon

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 48

| | | | | | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| 1 | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| | | 13 | | | | | | | 14 | 11 | | | |
| 15 | 16 | | 4 | | | | 17 | 18 | 19 | | | | 15 |
| 20 | | 21 | | | | 22 | 23 | | | | | 5 | |
| 24 | 25 | | | 26 | | | | | | 27 | 28 | 29 | |
| 30 | | 31 | | | | | | | 32 | | | | |
| | | | | | | 33 | 34 | | 14 | | | | |
| | 35 | | | | | 36 | | | 37 | 38 | 39 | | |
| 40 | | | | | | 41 | | | 42 | | 43 | | 10 |
| 44 | 9 | | 45 | 46 | | 47 | | 48 | | | | | |
| | | 49 | | 50 | 51 | 52 | | | 53 | 54 | 2 | | |
| 55 | | | 6 | | | 56 | | 57 | | | | | |
| | | | 58 | | | | | 59 | | 3 | 60 | | |
| 61 | | | | | 62 | | | 12 | | 63 | | 13 | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|

Waagrecht

1. deutscher Liedermacher, der vom leidenschaftlichen Kommunisten zum Befürworter des NATO-Krieges gegen Jugoslawien mutierte und 2007 auf Antrag der CDU Ehrenbürger Berlins wurde 7. Straßenkampfwaffe: ~-Cocktail

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss“ geschrieben

13. jemand, der stiehlt oder gestohlen hat 14. Land, in dem die maoistische Guerilla „Leuchtender Pfad“ in den 70ern und 80ern die Regierung bekämpfte 15. „erotische“ Losung der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung in den USA: „Make ~, not war!“ 17. viele Organisationen betreiben Detailarbeit in untergeordneten AG oder ~ <Abk.> 19. Freizeitsportler, kennt sich von Aal bis Zander aus <männl. Form> 20. Abk. für Kunsthochschule 21. jemand, dem man alle Schuld zuschiebt 24. Abkürzung für „IAA“ in den meisten romanischen Sprachen 26. gefeierte SchauspielerIn, SängerIn 27. Lebe wohl! <franz.> 30. Prosaerzählung oder Nachtragsgesetz 32. Gründungsmitglied der RAF, zeitweise Mitglied und Anwalt der NPD, wegen Volksverhetzung und Holocaustleugnung verurteilt 33. antimilitaristische Organisation in Deutschland: DFG-~ <Abk.> 35. Kunstfreund, freigiebiger Gönner 36. sich überall listig hindurchwindend, schleimig 40. Kfz-Kennzeichen für Kulmbach 41. Kfz-Kennzeichen für Göppingen 42. das Mittagessen ersetzendes Frühstück <engl.> 44. Abkürzung im Netzjargon für einen Beitrag, der nicht zum Thema gehört <engl.> 45. Abk. für den Magistertitel 47. Hafenstadt auf der Krim 50. Kfz-Kennzeichen für

Neumarkt 52. semitischer Wetter- und Himmelsgott 53. Hauptstadt Mazedoniens 55. Bakunin: „Die Lust der ~ ist zugleich auch immer eine schaffende Lust“ 57. Touristikonzern, der mit der britischen First Choice Holidays fusionieren soll, wodurch die größte Touristikgruppe der Welt entstehen würde 58. der erste gekrönte russische Zar (1530-84); er stärkte die Zentralgewalt und förderte den niederen Dienstadler auf Kosten der mächtigen Bojaren: ~ der Schreckliche 59. Finanztheoretiker, Sozialreformer und Begründer der sog. Freihandelslehre (1862-1930) 61. Meerjungfrau, badendes Mädchen 62. bitter schmeckende Salatart 63. Angehöriger einer westukrainischen Volksgruppe in der historischen Region Galizien

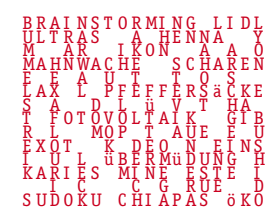
Senkrecht

1. Region in Südosteuropa, von Deutschland und Österreich lange Zeit als ihr „Hinterhof“ betrachtet 2. Kenntnisse auf diesem Gebiet braucht heutzutage fast jede, die sich um eine Stelle bewirbt <Abk.> 3. Becken zwischen Schwäb. und Fränk. Alb, das durch Meteoriteneinschlag entstanden ist: Nördlinger ~ 4.

englisch für „mich“ und „mir“ 5. verstaubt wirkender Titel der ersten Ausgabe des Werkes von Rudolf Rocker, das in der neueren Ausgabe „Nationalismus und Kultur“ heißt: „Die Entscheidung des ~es“ 6. Wüstenlandschaft im Süden Israels 7. alttestamentlicher Staat im heutigen Jordanien 8. lichtundurchlässig 9. englisch für „zehn“ 10. durch die Medien geprägter Begriff für das Platzen einer Spekulationsblase im Jahr 2000 nach einigen Jahren des Internet-Booms: Dot-~-Blase 11. über 1.000 Jahre vor Luther übersetzte dieser westgotische Bischof große Teile der Bibel in eine germanische Sprache 12. Seeschncke, die einen Schleim absondert, der sich purpurn färbt und schon in der Antike zur Stofffärberei verwendet wurde 16. Bundesstaat der USA 18. einem guten Verhältnis zwischen KollegInnen entsprechend 22. bestimmter Artikel 23. Ausruf 25. Fernsehen <Abk.> 27. Kfz-Kennzeichen für Aalen 28. Kfz-Kennzeichen für Diepholz 29. BiologInnen unterscheiden zwischen zwei Arten von Zwillingen: zweieiigen (Abk. ZE) und eineiigen (Abk. ~) 31. den Stoffwechsel regulierende Verbindung 33. Landstreicher 34. russisch-jüdische Anarchistin, 1918 nach einem gescheiterten Attentat gegen Lenin verhaftet und hingerichtet; Vorname: Fanny 35. Tapferkeit, Courage 37. Missbrauch (z.B. von Arznei- oder Genussmitteln) 38. Landeskürzel für die Türkei 39. Abk. für vom russischen Unternehmen Tupolew PSC produzierte Flugzeuge 40. Nach der Machtergreifung der Nazis soll der deutsch-jüdischer Künstler Max Liebermann (1847-1935) gesagt haben: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich ~ möchte.“ 43. geächtete Brandwaffe, die von den USA im Vietnamkrieg massiv eingesetzt wurde 46. Präfix mit Bedeutung „gegen“ 48. sehr verschieden: So verschieden wie ~ und Nacht 49. ehemaliger deutscher Name für die Stadt Most in Nordböhmen 51. Vogelfamilie, lebt v.a. an Küsten und Flüssen 54. November 1918 meuterten vor dieser deutschen Hafenstadt die Matrosen 56. Aufforderung zu handeln: „~ an die Bouletten!“ 57. Mahnung zur Geduld: „Abwarten und ~ trinken“ 59. Fußsoldat der US-Armee 60. größte Stadt der Normandie mit dem zweitgrößten Hafen Frankreichs: ~ Havre

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Frank G. aus St. Georgen.

**Auflösung
№ 47**



DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Bielefeld
August-Bebel-Str. 16
33602 Bielefeld

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

Schlussredaktion:
E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org
BuG: E-Mail: da-bug@fau.org
Globales: E-Mail: da-globales@fau.org
Hintergrund: E-Mail: da-hintergrund@fau.org
Kultur: FAU Bielefeld, E-Mail: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: E-Mail: da-zeitlupe@fau.org

Verleger:
Direkte Aktion e.V.,
Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Alexander Stricker

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 183: 06. August

Eigentumsvorbehalt: die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen pers. ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine pers. Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.